Nr. 283. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Männer und Frauen des Proletariats! Erhebt die Stimme des Rechts und der Gerechtigkeit gegen die Junker und Pfaffen des Zollwuchers, die Advokaten der Gewalt, die Verräter des Liberalismus!

Wie eine Obstruktion aussieht.

Unser Wiener Mitarbeiter schreibt uns:

Zur Rechtfertigung ihres schmählichen Streiches berufen sich die Zollbriganten darauf, sie seien durch die „Obstruktion" der socialdemokratischen Abgeordneten provoziert worden; der Antrag auf En bloc-Annahme des Zolltarifs sei nur Notwehr gegen eine Obstruktion. Der Oestreicher, der die Obstruktion in allen Spiel- und Tonarten mitgemacht hat, wird eher den Eindruck gewonnen haben, daß zu einer wirklichen, systematischen und planmäßigen Obstruktion die Geschäftsordnung des deutschen Reichstages überhaupt nicht die Handhabe biete; aber niemals wird er glauben, die streng sachgemäßen Reden der Socialdemokraten seien das, was als Obstruktion er so gründlich ausgekostet hat. Es konnte auch nur der specifische Majoritätsdünkel auf den Einfall kommen, die Opposition hätte die Pflicht, die Erledigung eines von ihr als verhängnisvollen Fehler erkannten Gesetzentwurfes zu fördern, und es ist eine seltsame Verkennung der oppositionellen Thätigkeit, wenn man die Aufgabe der Opposition als erfüllt erachtet, wenn sie gegen eine Vorlage stimmt. Opposition heißt Widerstand, und Widerstand heißt die Ausnützung und Mobilisierung aller Kräfte, womit das Zustandekommen eines Gesetzes überhaupt verhindert werden kann. Umsomehr muß der Widerstand wachsen und sich ausdehnen, wenn es sich um ein Gesetzwerk der Art handelt, wie es der Wuchertarif darstellt. Um jenes fadenscheinige Argument in seiner ganzen Hohlheit aufzuzeigen, ist es vielleicht nützlich, den Herren um Wassermann herum einmal von einer leibhaftigen Obstruktion zu erzählen, von der österreichischen.

Obstruktion heißt die planmäßige Ausbeutung aller geschäftsordnungsmäßigen Mittel zu dem Zweck, einen Beratungsgegenstand nicht zum Ende kommen zu lassen. Hier schon fällt der Unterschied zwischen der österreichischen Obstruktion und dem parlamentarischen Kampfe der Socialdemokratie im Reichstage auf: die Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses trägt in sich die Gewähr ihres Bestandes. Ein Vorgang wie bei der lex Aichbichler wäre in Oestreich überhaupt nicht denkbar, denn so kurzerhand wie es da geschehen ist, läßt sich die österreichische Geschäftsordnung überhaupt nicht ändern. Ausdrücklich bestimmt ihr Schlußparagraph: „Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung müssen selbständig eingebracht und nach besonderer Verhandlung der Beschlußfassung unterzogen werden. Bei solchen Anträgen ist die Abkürzung der Geschäftsbehandlung unzulässig." Es können also solche Anträge weder im Wege der bekannten Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gebracht werden, noch kann vor den drei Lesungen, denen im österreichischen Abgeordnetenhause jeder meritorische Beschluß unterworfen ist, noch von der Ausschußbarmachung Umgang genommen werden. Die Geschäftsordnung steht also direkt unter dem Schutze der Obstruktion: ihre Abänderung kann ebenso gut verhindert werden wie die Beratung jedes Gegenstandes — mittels Obstruktion. Eine Abänderung der Geschäftsordnung wäre also in Oestreich nur möglich, wenn das ganze Haus sie wollte, nur im Einvernehmen aller Parteien, ja aller Abgeordneten.

Sehen wir nun zu, welche Hilfsmittel die Obstruktion in dieser Geschäftsordnung findet. Im österreichischen Abgeordnetenhause bedarf ein Antrag der Unterschrift von zwanzig, eine Interpellation der von fünfzehn Abgeordneten. Die Abstimmung mittels Namensaufruf tritt ein, wenn sie fünfzig Abgeordnete begehren. Ueber Beschluß des Hauses erfolgt die schriftliche Abstimmung, die aber, wenn sie beschlossen wird, auf Verlangen von fünfzig Mitgliedern, mittels Namensaufruf geschieht. Die Auszählung der Stimmen, die sogenannte Konstatierung des Stimmenverhältnisses, muß geschehen, wenn sie ein Abgeordneter verlangt. Die Verlesung der Interpellationen kann gleichfalls ein Abgeordneter bewirken: es kann also der Wille eines einzigen Mitgliedes zwei bis drei Stunden der Tagesordnung absorbieren. Denn im österreichischen Abgeordnetenhause, dem ja auch die ganze Verwaltung dieses höchst komplizierten Landes unterliegt, werden Interpellationen in ungeheurer Zahl gestellt — beispielsweise in der ersten Sitzung dieses Sessionsabschnittes 44, die nicht weniger als 52 Seiten des gedruckten Protokolls füllen — so daß deren Verlesung allein — sonst behilft man sich damit, daß nur das „Rubrum" verlesen wird — ein paar Stunden in Anspruch nehmen würde. Dazu kommen noch folgende Einrichtungen: Die zwanzig Abgeordneten, die einen Antrag stellen, können auch verlangen, daß er mit den im § 42 vorhergesehenen Abkürzungen behandelt werde: daß er verhandelt wird, ohne auf der Tagesordnung zu stehen, oder daß von der geschäftsordnungsmäßig bestimmten Vorberatung in einem Ausschusse abgesehen werde. Das sind die sogenannten „Dringlichkeitsanträge", die nach der Geschäftsordnung „sogleich in Verhandlung zu nehmen sind"; man kann also mit diesem einen obstruktionistischen Hilfsmittel allein die Tagesordnung vollständig blockieren — wie die Erfahrung zeigt; verhandelt doch das Abgeordnetenhaus seit dem 16. Oktober, dem Tage seines Zusammentritts, ausschließlich „sogleiche" Dringlichkeitsanträge. Ein Mittel, mit dem die österreichische Obstruktion begann, das aber jetzt ob seiner Geringfügigkeit fast gar nicht mehr angewendet wird, ist die sogenannte Zehnminuten-Pause. Auf Verlangen von 20 Mitgliedern hat nämlich der Präsident, ehe er zur Abstimmung auffordert, „durch zehn Minuten innezuhalten, nach deren Verlauf erst zur Abstimmung geschritten werden kann" — nach der Meinung der altfränkischen Leute, die im Jahre 1875 diese Geschäftsordnung beschlossen, um den Abgeordneten Zeit zur „Ueberlegung" zu schaffen. Zu Obstruktionszwecken kann auch die — schon durch das Staatsgrundgesetz verbürgte — Zulässigkeit einer geheimen Sitzung verwendet werden, die schon eintritt, wenn zehn Mitglieder die Ausschließung der Oeffentlichkeit begehren. Ist doch unter Badeni der Kampf um die erste Lesung des Ausgleichsprovisoriums hauptsächlich durch den glücklichen Einfall eines Abgeordneten entschieden worden, der nach der berühmten Nachtsitzung, in der der Abg. Lecher seine dreizehnstündige Rede hielt, die Ausschließung der Oeffentlichkeit mit der Begründung verlangte, die Abgeordneten befänden sich in einem körperlichen Zustande, der auf Zuschauer sehr peinlich wirken müßte! Und bei dem Injurienkonsum des österreichischen Parlaments ist auch die sogenannte „Mißbilligung" eine Waffe mehr im obstruktionistischen Arsenal. Im Falle einer Beleidigung steht nämlich dem Beleidiger das Recht zu, „zu verlangen, daß das Haus seine Mißbilligung hierüber ausspreche". Da muß aber erst ein eigner Ausschuß gebildet werden, der binnen 24 Stunden einen Bericht zu erstatten hat, über den eine Debatte zu führen ist — lauter Dinge, die unter Umständen Zeit kosten, also Obstruktion bewirken können.

Wie man sieht, können zwanzig Abgeordnete das österreichische Parlament vollständig mattsetzen. Sind's ihrer fünfzig, die Obstruktion machen, so können sie es soweit bringen, daß das verstopfte Haus überhaupt nichts andres macht, als namentlich abzustimmen. Das ist auch im österreichischen Abgeordnetenhause schon durch Wochen geschehen, und damit es die Pharisäer, die ein paar Reden als Obstruktion schelten, erfahren, wie eigentlich geschäftsordnungsmäßige Anordnungen — ganz legal — ausgenützt werden können, sei das betreffende, tödlich wirkende Obstruktionsmittel genau geschildert. Ganz unauffällig normiert die Geschäftsordnung den Vorgang bei der Eröffnung der Sitzung: der Präsident hat den Einlauf (Zuschriften der Regierung und des Herrenhauses, Mitteilungen der Ausschüsse, die eingelaufenen Anträge, die Urlaube und Urlaubsgesuche) bekannt zu geben. Endlich, heißt es nun, „wird das Verzeichnis der bis zum Tage vor der Sitzung eingelangten Petitionen mit Angabe ihres wesentlichen Inhalts mitgeteilt". In dem Verfahren mit den Petitionen ist nun auch bestimmt, daß die Verlesung einer Petition nur dann stattfindet, „wenn sie bei der Mitteilung von einem Mitgliede beantragt und vom Hause ohne Debatte beschlossen wird". Mit diesem einzigen Worte „beschlossen" kann das ganze Parlament, wenn es eben fünfzig Leute wollen, stranguliert werden. Wie das? Petitionen kommen an das Haus auch in ganz normalen Zeiten in großer Zahl — in diesem Sessionsabschnitt etwa 400 —, sie können natürlich auch künstlich in beliebigster Reichlichkeit gemehrt werden. Und nun braucht nur die Verlesung beantragt und über den zu fassenden Beschluß die namentliche Abstimmung verlangt werden: und das Haus kommt über den Einlauf überhaupt nicht hinaus! Das ist beileibe keine theoretische Konstruktion: das ist wirklich so gehalten worden! Sobald die Obstruktion aus dem bloßen Vorpostenkriege hinaustritt, wenn sie Ernst macht, hört auch das Reden auf, die Dringlichkeitsanträge machen den namentlichen Abstimmungen Platz. Man nennt diese zweite Phase in Oestreich — die dritte sind dann die Pultdeckel-Konzerte — die mechanische Obstruktion: es wird dann nur über die tiefsinnige Frage abgestimmt, ob eine Petition verlesen werden soll oder nicht. Und zwar kann das mit den erwähnten schriftlichen Abstimmungen kombiniert werden: man beantragt die Verlesung und beantragt darüber, über den „meritorischen" Antrag, die geheime Abstimmung. Aber da die geheime Abstimmung eines Beschlusses bedarf, so läßt man zuerst über diesen Beschluß und dann über den Antrag auf Verlesung — namentlich abstimmen, so daß die Abstimmung über die Verlesung, die selbst etwa zwei Minuten beanspruchen würde, anderthalb Stunden braucht! Solches ist im österreichischen Abgeordnetenhause im Kampfe gegen und für die Sprachenverordnungen wochenlang betrieben worden — immer so lange, bis der Schluß der Session dem anmutigen Spiel ein Ende machte! Die Herren im Reichstag, die sich in Lamentationen nicht genug thun können, wenn ein socialdemokratischer Redner, um die sinnlose Zusammenziehung von Materien, die nicht zu einander gehören, wettzumachen, eine halbe Stunde länger spricht, mögen aus diesem Beispiel ersehen, was Obstruktion ist. Mit der Obstruktion kann man in Oestreich aus dem Parlament eine Abstimmungsmaschine machen!

Nun erzählen wir das nicht, um irgendwie auf der Welt etwa zur Nachahmung des österreichischen Beispiels zu animieren. Diese Darstellung hat nur den Zweck, der deutschen Oeffentlichkeit Begriff und Charakter der Obstruktion an einem wahrhaft klassischen Beispiel zu demonstrieren. Alle die aufgewiesenen Hilfsmittel der Geschäftsordnung sind in Oestreich nutzbar gemacht worden. Die langen Reden: im österreichischen Parlament ist der Rekord einer dreizehnstündigen Rede erreicht worden. Wobei zu erwähnen wäre, daß bei uns auch nach Schluß der Debatte Generalredner zu Worte kommen und die Abgeordneten auch in nichtdeutscher Sprache, in allen in Oestreich landesüblichen Sprachen, reden können, wodurch sie sich der Kontrolle des Präsidenten ganz entziehen können, da nichtdeutsche Reden, selbst wenn der Vorsitzende die Sprache zufällig versteht, offiziell nicht beachtet werden dürfen. . . . Die zwecklosen Abstimmungen: im österreichischen Abgeordnetenhause ist einmal eine ganze Woche über nichts andres abgestimmt worden als über die „Frage" der Verlesung von Petitionen. . . . Mutwillige Anträge: im österreichischen Abgeordnetenhause ist einmal ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, daß der Zapfenstreich der Soldaten auf eine spätere Stunde verlegt werden soll. . . Geheime Sitzungen, Mißbilligungsanträge, Anträge auf Versetzung der Regierung in den Anklagezustand (zu welchen 40 Unterschriften ausreichen), Ueberlegungspausen, tagelange Verlesungen von Interpellationen, alles war schon und war als bewußte Absicht da. Das ganze Arsenal der Geschäftsordnung ist systematisch geplündert worden, um das Haus in den Zustand völliger Lähmung zu bringen; und alles streng geschäftsordnungsmäßig: das nennt man Obstruktion! Aber die so peinlich korrekte parlamentarische Debatte der reichstäglichen Opposition Obstruktion zu nennen, dagegen müssen wir Oestreicher wirklich Protest erheben!

Die Geschichte der österreichischen Obstruktion ist aber besonders lehrreich für jene, die in Berlin, um sich einer unbequemen Opposition zu entledigen, zu Verletzungen der Geschäftsordnung greifen: sie zeigt nämlich, daß das ein abschüssiger Weg ist, dahier der Anfang zu einem unabsehbaren Ende führt. Mit „Interpretationen" fängt man an und endet — bei dem Einmarsch der Polizisten, wie es in Oestreich an dem entsetzlichen Novembertag des Jahres 1897 geschah . . . Geht man der österreichischen Obstruktion nach, so findet man nämlich, daß sie nicht so sehr durch den ihr zu Grunde liegenden politischen Kampf, sondern vornehmlich durch Ungesetzlichkeiten in der Geschäftsführung, durch Verleugnungen der Geschäftsordnung hervorgerufen worden ist. Das zeigt schon die erste österreichische Obstruktion, die der Jungczechen unter dem Koalitionsministerium im Jahre 1895. Die Koalition hatte ihre politische Kraft aufgezehrt und suchte also, wie das bei dekadenten politischen Gebilden immer der Fall ist, die Opposition zu erdrosseln. Aber von Obstruktion war keine Rede, diese „teuflische" Erfindung war noch nicht gemacht. Da fiel es dem brutalen Präsidenten Chlumecky ein, bei der Beratung des großen Steuergesetzes 25 Paragraphen auf einmal zur Debatte zu stellen, gegen jeden Brauch und auch gegen seine eigne Zusage. Was war die Folge? Obstruktion! Einer von den Jungczechen, die damals noch eine kleine, aber anständige Partei waren, hielt sofort eine sechsstündige czechische Rede, es wurden etwa 100 Abänderungsanträge eingebracht, über die dann, mit Benutzung der Ueberlegungspause, vier Sitzungstage abgestimmt werden mußte. Das Ende der Koalition brachte dann auch die Obstruktion zum Abschluß. Obstruktion war es auch nicht, womit der große Kampf der Deutschen gegen die Sprachenverordnungen begann: erst eine systematische Verletzung der Geschäftsordnung durch ein feiles Präsidium und durch eine brutale, skrupellose Mehrheit machten aus der hartnäckigen Opposition jene Obstruktion, die dann freilich alle Stadien durchlief. Der erste Sturm entstand, als sich das Präsidium weigerte, eine begonnene Debatte, so wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, fortzusetzen und an ihre Stelle eine Regierungsvorlage einschmuggeln wollte: das war die Episode, da der Abgeordnete Schücker zwei Sitzungstage das Wort „hatte" — der Präsident hatte damit den Beginn der Verhandlung über die betreffende Regierungs-Vorlage erzwingen wollen — aber zwei Tage lang durch das Geschrei seiner Parteigenossen am Sprechen gehindert wurde. Die Episode, die zur Schließung der Session führte! Mit einem Worte: durch Vergewaltigung der Geschäftsordnung entsteht die Obstruktion, an ihnen wächst sie, und aus ihnen zieht sie ihre Kraft. Der Niedergang des österreichischen Parlaments ist eine Warnung — eine Warnung für die Spahn, Bassermann und Kardorff, es nicht so zu treiben wie die Abrahamowicz, Kramarsch und Fuchs! Wer nicht will, daß aus dem Reichstage des deutschen Volkes das Jammergebilde werde, als welches der österreichische Reichsrat dem Untergang unrettbar anheimgefallen ist, kann nicht wollen, daß die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrags Kardorff bejaht werde!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Dezember.

Die Antwort der Bestie.

Das arbeitende Volk steht auf, um gegen den Raubanfall der Zollritter, gegen die Vergewaltigung der socialdemokratischen Minderheit im Reichstage, gegen die Scharfmacherhetze der Junker und Pfaffen Protest einzulegen.

Erfurt hat den ersten Schuß gethan. In einer Riesenversammlung haben dort die Arbeiter schon am letzten Sonnabend zu den Vorgängen im Reichstage das Wort ergriffen.

„Genosse Kesselring", schreibt die „Tribüne", „trat als Redner auf; das Treiben der Reichstagsmehrheit hatte ihm kräftige aber zutreffende Worte auf die Zunge gelegt. Aber selbst wenn der Redner hätte versuchen wollen, die Versammelten zu beschwichtigen und sie mit den Vorkommnissen auszusöhnen: Es wäre ihm nicht gelungen. Immer und immer wieder brachen die **Stürme der Entrüstung** hervor, wenn eine besondere Episode Erwähnung fand. **Eine so erregte Versammlung,** wie am Sonnabend im Tivoli, haben wir wohl noch selten erlebt. Mit **Entrüstung und Empörung** wurde die Reichstagsmehrheit überschüttet, ganz **besondere Aufregung** rief das Verhalten unsres jetzigen Reichstags-Abgeordneten Jacobskötter hervor und Schmach und Schande wurde auf die Volksverräter gehäuft, die dem hochverräterischen Treiben der Reichstagsmehrheit Beistand leisten." Eine Resolution wurde angenommen, die mit den Worten schließt: **„Bewußt des Ernstes der Situation,** stellt die Arbeiterschaft Erfurts zu **jeder erforderlichen Zeit** ihren Mann, um gemeinsam mit der socialdemokratischen Reichstagsvertretung **die Volksrechte zu schützen."**

In **Schleswig-Holstein** sprachen Genosse **v.** Elm und die Genossin Zietz in mächtigen Versammlungen unter brausendem Beifall. In zahlreichen andren Orten werden Versammlungen schon vorbereitet, andre werden bald folgen.

Die Arbeiter von Berlin werden bekanntlich **an diesem Donnerstag abend ihr Urteil sprechen.**

Der „Temps" über den Antrag Kardorff.

Paris, 1. Dezember. (Eig. Ber.) Der „Temps", das leitende Organ des allergemäßigtsten Bourgeois-Liberalismus in Frankreich, kommentiert in einem „Parlamentarische Staatsstreiche" betitelten Leitartikel die Guillotinierung der Schulvorlage-Debatte im englischen Unterhaus und den Staatsstreichs-Versuch der Kardorff und Konsorten. Ueber letzteren heißt es:

„Im deutschen Reichstag . . . handelt es sich nicht um die im voraus bestimmte Schließung und Einschränkung der Debatten, sondern um ihre Abschaffung. Man scheut davor nicht zurück, die En bloc-Abstimmung über die 946 Artikel des Zolltarifs vorzuschlagen und sie der Minorität aufzuzwingen. Unter diesen Bedingungen bleibt von der parlamentarischen Immunität nichts mehr übrig.

„Die entarteten Epigonen der Windthorst und der Bennigsen schicken sich an, dem Regime beratender Versammlungen einen unverwindbaren Schlag zu versetzen. Es ist unerhört, daß nicht nur das Centrum, welches gemäß der ultramontanischen Ueberlieferung so laut seinen Liberalismus betonte, so lange es in der Minorität war, jetzt mit seinen Spahn und seinen Bachem ein so schweres Attentat mitmacht, daß nicht nur die Nationalliberalen von der Art Bassermann so sehr die Grundprincipien des Konstitutionalismus vergessen, die ihren Existenzgrund bildeten, — sondern daß auch der Präsident des Reichstages, Graf Ballestrem, so wenig sich bewußt ist seiner Pflichten als eines Hüters der parlamentarischen Prärogative und eines geborenen Verteidigers der Minoritäten."

Und so klagt denn das liberal-bourgeoise Blatt darüber, daß „das parlamentarische Regime im Begriffe steht, Aenderungen durchzumachen, die man als revolutionär bezeichnen kann. . . ." —

Die englische Presse über die Ereignisse in Deutschland.

London, 1. Dezember. (Eig. Ber.)

Das politische Leben, das — dank der Socialdemokratie — gegenwärtig in Deutschland lebhaft pulsiert, wird in der Kulturwelt mit einem gewissen Staunen verfolgt. Im Westen Europas hatte man sich das deutsche Volk als intelligent, ernst und arbeitsam vorgestellt, aber ihm jede politische Initiative abgesprochen. Man hatte sich gewöhnt, den Deutschen als einen militärisch abgerichteten Automaten zu betrachten. Und gar oft fiel den im Auslande weilenden deutschen Genossen die patriotische Aufgabe zu, das deutsche Volk auch politisch zu verteidigen. Man kann sich deshalb die Ueberraschung vorstellen, mit der man in England die Nachrichten über die Opposition im Reichstag, sowie über die Haltung des „Vorwärts" und der „National-Zeitung" aufnahm. „Das deutsche Volk wird politisch reif" — dies ist der Eindruck, den die letzten Ereignisse in Deutschland auf das Ausland machen. Längere Auszüge aus der Freitagnummer des „Vorwärts" brachten die liberalen Blätter „Daily Chronicle" und „Morning Leader". Gestern brachte auch „Reynolds Newspaper" einiges aus dem „Vorwärts", ebenso aus dem Pariser „Européen", in welchem M. Henry Davray, der Kritiker des „Mercure de France", persönliche Erfahrungen aus Capri mitteilt. Heute beschäftigt sich ein Leitartikel der „Times" mit der Lage des deutschen Reichstags. Wir lesen da: „Die parlamentarischen Vorgänge in Bezug auf die Zollvorlage riefen einen Sturm der Entrüstung in Deutschland hervor. Alle kleinen Zwistigkeiten, zu denen diese schlecht vertretene Vorlage den Anlaß gab, sind unbedeutend im Vergleich mit der Gefahr, die der plötzliche Angriff auf die konstitutionellen Freiheiten heraufbeschworen hat. . . . Der Handel der Regierung mit der parlamentarischen Mehrheit führte zu einer Suspendierung der Debatte über die Vorlage. Der Reichstag diskutiert jetzt über die Frage, ob es mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung vereinbar sei, den Tarifplan, der alle Einzelheiten der Vorlage enthält und die Zölle von beinahe tausend Artikeln bestimmt, mit einer einzigen Abstimmung fertigzustellen. Es waren die Auseinandersetzungen über diese Frage, die letzten Freitag eine solche Aufregung entfachte, daß der Reichstag, zum erstenmal in seiner Geschichte, die Debatte unterbrechen mußte. Ihren Siedepunkt erreichte die Aufregung durch die Treulosigkeit (defection) der Nationalliberalen, — einer Partei, die stets eine außerordentliche Neigung zum Wankelmut entwickelte. Ihre eignen Blätter sind aufgeregt über die Führer, die in einem so kritischen Moment die Sache des Liberalismus verlassen haben, und die Organe aller Parteien und Interessen, mit Ausnahme derjenigen der Reaktion, sind erschrocken über die Schwere des Angriffs auf die beschränkten konstitutionellen Freiheiten des deutschen Volkes. . . . Die Agrarier, unterstützt von den Nationalliberalen, entwerfen jetzt einen Plan, der konstitutionellen Freiheit Deutschlands den schwersten Schlag zu versetzen."

Aus diesen Einzelheiten kann man ersehen, wie genau man im Auslande die Entwicklungen in Deutschland beobachtet. Daß die „Times" von **irgend welchen** unehrlichen Hintergedanken geleitet sind, ist nach Lage der Dinge ganz ausgeschlossen. Es würde ja im Interesse der britischen Industrie liegen, Deutschland wirtschaftlich und politisch niederzuhalten. Und wären die Briten wirklich so perfid, wie man sie hält, so würden sie die deutsche Reaktion unterstützen müssen. —

Das Stimmungsbild aus dem Reichstag finden die Leser heute auf der dritten Seite.

Roosevelts Botschaft.

Dem Kongresse der Vereinigten Staaten von Amerika ist gestern eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt zugegangen, die aufs neue das diplomatische Geschick „Teddys" beweist, mit vielen Worten nichts Bestimmtes zu sagen und nach allen Seiten verbindliche Redensarten zu spenden, die sich nach Belieben deuten lassen, aus denen also jeder herausnehmen kann, was ihm paßt. Nach einer Versicherung, daß die Vereinigten Staaten noch immer in einer Periode „unbegrenzten Gedeihens" ständen: eine Versicherung, die der neue Gründungen projektierenden Hochfinanz sehr willkommen sein dürfte, kommt der Präsident auf sein Lieblingsthema, die Trusts zu sprechen. Trusts, meint er, seien notwendig und dürften nicht angegriffen werden; aber, so heißt es dann weiter gegen die Trustgegner gewendet, Monopole seien ungerecht und schädlich für den freien Wettbewerb — folglich müßten die Uebel der Monopolbildungen beseitigt werden, aber — und hier wendet sich Roosevelt wieder nach der andren Seite — das dazu am besten geeignete Mittel, eine Aenderung der Hochschutzzoll-Politik, sei nicht anwendbar, denn die Frage der Regelung des Trustwesens habe mit der Tarifpolitik nichts zu thun.

Und auf derselben Höhe der equilibristischen Kunst stehen die Aeußerungen über die zu befolgende Reciprocitäts-Politik, und das Verhältnis der kapitalistischen Organisationen zu den Arbeiterverbänden. Der Nachsatz hebt fast stets den Vordersatz wieder auf, und was bleibt, ist nichts als ein Gemengsel aufgeworfener unklarer Fragen und halbfertiger Gedanken.

Nach dem telegraphischen Bericht heißt es z. B. in der Botschaft:

Wir befinden uns noch immer in einer Periode unbegrenzten Gedeihens. Als Volk haben wir eine große Rolle in der Welt gespielt und sind entschlossen, unsre zukünftige Rolle zu einer noch größeren zu machen. Die Ereignisse der letzten vier Jahre haben zum Guten oder Schlimmen endgültig entschieden, daß unser Platz unter den großen Nationen sein muß. Wir schrecken nicht vor bevorstehenden Kämpfen zurück. Wir haben es mit großen Problemen im Auslande und mit noch größeren daheim zu thun, aber wir können sie wohl lösen. Der gegenwärtige hohe Stand unsrer materiellen Wohlfahrt ist die Folge der über ein Jahrhundert währenden Entfaltung wirtschaftlicher Kräfte, unsrer Gesetze, unsrer beständigen Politik und vor allem den hohen durchschnittlichen Eigenschaften der Bürger.

Die Erfahrung eines Jahres, fährt der Präsident fort, habe bewiesen, daß die von ihm in seiner letzten Botschaft vorgeschlagenen Maßnahmen sich empfehlen. Ungeachtet der Unverletzlichkeit des Eigentums müßten Verbände und namentlich Vereinigungen von Verbänden der Regelung durch öffentliche Vorschriften und der nationalen Aufsicht unterworfen werden. Sie seien nicht zu beseitigen, sie seien im Gegenteil eine unvermeidliche Entwickelungsform des modernen Industrialismus und ihre Vernichtung nur unter äußerster Schädigung des ganzen politischen Gemeinwesens möglich. Die Vereinigungen sollen nicht angegriffen, sondern nur alles in denselben enthaltene Ueble beseitigt und eine solche Regelung getroffen werden, daß sie dem öffentlichen Wohle dienen. Monopole seien ungerecht und den freien Wettbewerb schädigend oder verhindernd. Kraft der Befugnis des Kongresses, den Handel mit fremden Nationen und unter den Staaten der Union zu regeln, können die mit der Trustbildung in Verbindung stehenden Uebel verhindert werden. Wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, durch ein Gesetz in diesem Sinne die erwähnte Aufgabe zu lösen, so sollte man vor einer Abänderung der Verfassung, um die dazu nötige Befugnis zu schaffen, nicht zurückschrecken. Durch eine Herabsetzung des Zolltarifs würde an den mit den Trusts verbundenen Mißständen nichts geändert, vielmehr nur die Fabrikation weniger gewinnbringend gestaltet und namentlich der schwächere einheimische Mitbewerber unvermeidlich dem Untergange geweiht werden. Die Aufgabe der Tarifpolitik sei, nicht den ausländischen Produkten durch unzweckmäßige Tarifänderungen einen Vorteil auf dem heimischen Markte einzuräumen, sondern dem heimischen Wettbewerbe durch geeignete Gesetzgebung ein günstiges Feld zu schaffen. Die Frage der Regelung der Trusts habe mit der Frage der Tarifrevision nichts zu thun.

Einer der Wege der weiteren Regelung des Zollwesens seien Gegenseitigkeitsverträge. Wo Gegenseitigkeitsverträge möglich seien, seien sie ein brauchbares Mittel zur Erweiterung der Märkte und Förderung der Produktion des Landes. Wo sich die Ratifikation noch schwebender Verträge unmöglich erweist, sollte durch einen direkten Akt der Gesetzgebung dafür gesorgt werden, daß die Gegenseitigkeit zu stande komme.

Unsre Zeit sei eine Zeit der Föderationen. Kapitalistische sowohl wie Arbeiterföderationen aber könnten Gutes sowohl wie Uebles stiften. Bekämpft solle in den Organisationen nur das werden, was sich als Uebel in ihnen erweise, nicht die Organisationen als solche, denn durch die Korporationen und Vereinigungen sei ein weitreichendes und segensreiches Werk für das Volk geschaffen worden. Also willkürliche und tyrannische Beeinträchtigung der Rechte anderer sei zu verwerfen. Organisierte Arbeit und organisiertes Kapital müßten bedenken, daß im Interessenkampf das Interesse eines jeden dem allgemeinen Wohl sich unterordnen müsse. Jedem Unternehmer aber und jedem Lohnarbeiter müsse die Freiheit und das Recht gesichert werden, falls er nicht in die Rechte anderer eingreife, mit seinem Vermögen oder seiner Arbeit anzufangen, was ihm beliebe.

Die Botschaft schließt: Es sei gegenwärtig keine Wolke am politischen Horizont und nicht die geringste Aussicht auf eine Schwierigkeit mit irgend einer andern Macht vorhanden. Der Präsident hoffe von Herzen, daß dieser Zustand dauernd sein möge. Der Weg aber, die Fortdauer dieses Zustandes zu sichern, sei eine schlagfertige Flotte. Die Weigerung, eine solche zu unterhalten, würde leicht Schwierigkeiten herbeiführen, und, wenn es zu solchen käme, sicher zu unheilvollem Ausgang gelangen.

* * *

Deutsches Reich.

Beschwerde gegen einen Ordnungsruf. Genosse Bebel hat auf Grund der Geschäftsordnung Beschwerde erhoben bei dem Präsidenten Graf Ballestrem über den ihm heute vom Vicepräsidenten Graf v. Stolberg-Wernigerode erteilten Ordnungsruf. (Er hatte eine Aeußerung Posadowskys für „unpassend" erklärt.)

Nach der Geschäftsordnung muß die Beschwerde Bebels in der morgigen Sitzung zur Abstimmung gebracht werden und zwar ohne daß debattiert wird. —

Es muß alles totgeschossen werden! Der „Post", die durch ihre ständigen Aufforderungen zu Straßenschlachten eine wahre Revolutionspost geworden ist, schreibt ein badischer Scharfmacherlehrling:

Wie deutsche Abgeordnete es vermögen, Männer wie Singer, Ulrich, Stadthagen usw. als „Kollegen" zu bezeichnen, ist unbegreiflich. Wollen die Roten infolge solcher andren Behandlung dann den Reichstag verlassen und **offene Empörung auf die Straße verpflanzen, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn statt der Worte, deren wahrlich genug gewechselt sind, endlich zu Thaten geschritten und die ultima ratio regis (das letzte Auskunftsmittel des Königs) zur Anwendung gebracht würde.**

Was hat den Tapferen zu so heller Wut entflammt? Er sagt es selbst:

Ein Professor der Volkswirtschaftslehre der Freiburger Universität hat nach Angaben von Freiburger Blättern in der „Socialen Vereinigung" ausgesprochen, **daß in der Zolltarif-Frage bei den Socialdemokraten** mehr Vaterlandsliebe zu finden sei, als bei den Abgeordneten der Rechten.

Wäre es nicht einfacher, vorläufig bloß den **bösen Universitäts**professor totzuschießen? —

Wahlarbeit für die Socialdemokratie. „Richtig ist", meint die „National-Zeitung", daß die Socialdemokratie den Rechtsbruch der Mehrheit mit Erfolg für ihre Agitation ausnützt". Das beweise jeder Blick in die socialdemokratische Presse.

Demnächst soll die Richtigkeit dieser Auffassung auch durch jeden Blick in socialdemokratische Versammlungen bewiesen werden. —

Herr Bachem hat sich krank gemeldet. Die Mittwochmorgen-Nummer der „Kölnischen Volkszeitung" hat ihn noch für gesund erklärt. Nun appelliert er doch als Opfer der socialdemokratischen Mörderbande an das öffentliche Mitleid. Aerzte wollen wissen, er sei an einer allzu dicken Behauptung erkrankt, die ihm im Halse stecken geblieben sei. Hoffentlich wird's nicht so schlimm sein. —

Mißvergnügt, wenn es keinen Lärm giebt, ist die „Kölnische Volkszeitung". Die kaltblütige Ruhe, die unsre Genossen am Montag bewahrten, hat nach ihrer Meinung „etwas Gekünsteltes und Gemachtes" gehabt. Denn die Linke sei „schwer gereizt worden".

Herr Richter weiß es besser. Für ihn hat jeder Entrüstungsruf der Socialdemokraten „etwas Gekünsteltes und Gemachtes" und nach seiner Meinung ist nicht die Linke von der Rechten, sondern umgekehrt die Rechte von der Linken gereizt worden. Er wird also umlernen müssen, wenn er es seinen Gebietern recht machen will. —

Der Segen der Aichbichlerei. Die lex Aichbichler hat auch bei den zahlreichen namentlichen Abstimmungen am Dienstag wieder zu kleinen Unrichtigkeiten bei den Proklamierungen der Ergebnisse durch die Präsidenten geführt. Auch die zweimalige Zählung durch die Schriftführer, die seit gestern eingeführt ist, beseitigt die Irrtümer nicht, weil bei dieser Zählung die ungültigen Stimmzettel mitgezählt werden. So haben bei der namentlichen Abstimmung über die Frage, ob der nichtberichtigte Antrag Kardorff zulässig sei, nicht 198 — wie der Präsident sagte — sondern nur 197 Abgeordnete mit „Ja", und nicht 45 sondern nur 44 Abgeordnete mit „Nein" gestimmt. Doppelt hatten nämlich gestimmt, die Abgg. v. Queiß mit „Ja" und Lotze mit „Nein", so daß eine Stimme in Abzug gebracht werden mußte. Bei einer der folgenden Abstimmungen wurden die Stimmen der Abgeordneten Langerhans und Raab für ungültig erklärt, weil die beiden Abgeordneten aus Versehen die noch nicht durch die Farbe unterschiedenen alten Karten zur Abstimmung benutzt hatten.

Gegen die Zulässigkeit des nicht berichtigten Antrages v. Kardorff haben Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Antisemiten, die Polen und der Däne Jessen geschlossen gestimmt. Die beiden Präsidenten Graf Ballestrem und Graf v. Stolberg-Wernigerode haben sich der Stimme enthalten, ebenso die Welfen, ferner Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der Sohn des vorigen Reichskanzlers und der Centrums-Abgeordnete Strombeck. Von den Nationalliberalen haben mit „Nein" gestimmt die Abgg. Büsing, Dr. Esche, Hilbck, Quentin, Dr. Semmler und der Hospitant der Partei, Prinz zu Schönaich-Carolath. Für die Zulässigkeit haben sämtliche elsaß-lothringische Abgeordnete mit Ausnahme des Abg. Preiß, der fehlte, gestimmt. Der in Straßburg-Stadt gewählte Abg. Riff ist Hospitant der Freisinnigen Vereinigung und hat mit „Nein" gestimmt.

Bei der Abstimmung über die Zulässigkeit des berichtigten Antrages v. Kardorff ist das Bild ziemlich dasselbe. Nur haben die bei der Abstimmung über den ersten Antrag dissentierenden Nationalliberalen bis auf den Abg. Büsing und den Prinzen zu Schönaich-Carolath mit „Ja" gestimmt. Der Centrums-Abgeordnete Strombeck hat bei der zweiten Abstimmung auch mit „Ja" gestimmt, dagegen hat sich der Centrums-Abgeordnete Szmula, der bei der ersten Abstimmung mit „Ja" gestimmt hatte, der Abstimmung enthalten. Die socialdemokratische Fraktion hat sich an beiden Abstimmungen nicht beteiligt. —

Das Volksgericht über die Volkspartei. Das volksverräterische Treiben der Freisinnigen Volkspartei im Reichstage hat im Lande unter unsern Parteigenossen eine nur zu berechtigte Erbitterung gegen diese Partei hervorgerufen. Besonders scharf und sichtbar tritt diese Empörung in denjenigen Wahlkreisen hervor, in denen die Wasserstiefler lediglich durch unsre Wahlstimmen in den Reichstag gekommen sind.

Zu denjenigen Mannen des Herrn Eugen Richter, die lediglich durch socialdemokratische Hilfe in den Reichstag gewählt worden sind, gehören von der Freisinnigen Volkspartei die Herren Lenzmann, Eickhoff, Biemer, Knörcke, Ritter, Hermes, Mundel, Schmieder, Müller-Sagan, Müller-Meiningen und Bargmann. Wenn diese Herren Eugen Richters Schleichertaktik unterstützen, so verraten sie damit nicht nur ihre eignen Parteiprincipien, sondern sie hintergehen auch ihre socialdemokratischen Wähler. Hätten diese voraussahnen können, was jetzt geschehen ist, so hätten sie es sich sicherlich dreimal überlegt, ob ihnen ein brutaler Gegner nicht lieber sein müsse als ein perfider, ob der offene Angriff auf den Geldbeutel nicht weniger gefährlich sei als der feige Verräterknff.

Andrerseits ist auch klar, daß diejenigen Volksparteiler, die nur durch einen geringen Vorsprung vor der Socialdemokratie zur Stichwahl kamen, jetzt alle Aussicht haben, von vornherein ausgeschaltet zu werden und so unsre Genossen in die Stichwahl lassen müssen. Die Begeisterung für Richters Geheimtaktik dürfte im Lager der volksparteilichen Wähler nicht groß genug sein, um den geringfügigen Stimmenrückgang, der hierzu nötig ist, aufhalten zu können. Vielleicht wird sich Herr Richter davon in seinem eignen Wahlkreise überzeugen können, wenn er es nicht vorzieht, sich unter die Fittiche seiner katholisch frommen Brotwucherfreunde zu flüchten. Aber ganz abgesehen von dieser Stichwahl-Ausschaltung durch Verluste in ihren eignen Reihen, kann leicht eine sehr große Anzahl volksparteilicher Parlamentarier einfach durch den sicheren Stimmenzuwachs unsrer Kandidaten aus der Stichwahl gedrängt werden. Zu diesen Wasserstieflern, denen das Wasser schon weit über die Stiefel geht, gehören in erster Linie die Herren Eickhoff (Mühlhausen-Langensalza), Ritter (Querfurt-Merseburg), Biemer (Nordhausen-Hohenstein), Hermes (Landeshut-Jauer), Bargmann (Oldenburg-Birkenfeld).

Aber weit über die Wahlkreise hinaus, in denen die Volksparteiler erst durch unsre Stimmen ihren Sitz im Reichstage bei der letzten Wahl erobern konnten, auch überall dort, wo unser Sieg für die Zukunft nur annähernde Wahrscheinlichkeit für sich hat, nehmen unsre Genossen energisch Stellung gegen den Verrat der Volkspartei. So hat in Koburg eine öffentliche Parteiversammlung eine Resolution angenommen, in der es unter anderm heißt: „Nach dem Grundsatz, daß ein offener Feind besser ist als ein unzuverlässiger und verräterischer Freund, erklären die heute Versammelten, daß sie bei der nächsten Reichstagswahl den jetzigen freisinnigen Abgeordneten Bedh unter keinen Umständen wählen." Das ist gewiß deutlich!

Für die nächsten Tage sind in vielen Orten von seiten unsrer Parteigenossen Protest-Versammlungen gegen die parlamentarischen Staatsstreiche und Vergewaltigungen einberufen, auch in ihnen wird das Volksgericht über die Volkspartei einen breiten Raum einnehmen müssen. Diese Partei, die lahm auf beiden Füßen ist, scheint sich ganz auf die eine Wahlkrücke des Centrums verlassen zu wollen. Das Geschäft ist richtig, aber ob es auch gut ist? —

Scherl, der Deutsche. „Undeutsch" ist das Vorgehen der socialdemokratischen Fraktion, das hat August, der Inseratenstarke, mit scharfem Blick erkannt. Es ist undeutsch, auf seinem Rechte zu bestehen, undeutsch, vor Junkern den Hut nicht abzunehmen, undeutsch, sich für hohe Saujagden und höchste Entbindungen nicht zu interessieren. Deutsch ist es dagegen, die einfachen Thatsachen zu verdrehen und die Reichstagsberichte schamlos zu fälschen, wie es der „Tag" und der „Lokal-Anzeiger" in unglaublichem Vertrauen in die

Gutmütigkeit ihrer Leser täglich thun. Es wäre kein Wunder, wenn die „Post" und die „Kreuz-Zeitung" gegen Herrn Scherl wegen unlauteren Wettbewerbes klagen wollten. —

Absolution erhält Eugen Richter von dem — Berliner Kommunalfreisinn. Ein „Berliner Parteitag" hat ihm sogar ein Huldigungstelegramm, ohne die Kosten zu scheuen, nach Groß-Lichterfelde geschickt.

Es muß für Herrn Eugen Richter bitter sein, von dem in Berliner Kommunalkreisen sehr genau bekannten Rechtsanwalt Hugo Sachs die Bescheinigung zu erhalten, daß er ein großer Staatsmann und ein unvergleichlicher Taktiker sei. —

„Arbeiterkundgebungen!"

Man schreibt uns aus Breslau: Auf eigne Art und Weise versuchen gegenwärtig unsere Patrioten Beweise für ihre loyale Gesinnung abzugeben. Wilhelm II. hält sich bekanntlich zur Zeit in Oberschlesien zur Jagd auf und berührt bei seiner Rückkehr auch die schlesische Provinzial-Hauptstadt. Hier wird nun eine Arbeiterkundgebung geplant, bei welcher das Einverständnis der Breslauer Arbeiter mit der bekannten Krupp-Rede des Kaisers ausgesprochen werden soll.

Uns Breslauern liegt nun daran, die Parteigenossen im Lande rechtzeitig zu unterrichten, wie derartige Kundgebungen hier zu stande kommen. In einem großem Betriebe, der Maschinenbau-Anstalt Breslau, wurden die Arbeiter in den einzelnen Werkstätten versammelt und zunächst gefragt, ob sie bei der Anwesenheit des Kaisers nicht Spalier bilden wollen. Wer sich nicht beteiligt, soll die Hand erheben. Nun muß man bedenken, daß die Arbeiterzahl in der genannten Fabrik wegen des schlechten Geschäftsganges ohnehin von rund 3000 auf 2000 herabgesetzt ist, die meisten politisch „anrüchigen" Elemente sind dabei mit entfernt worden. Ein Teil der Verbliebenen arbeitet mit verkürzter Arbeitszeit, so daß jederzeit weitere Entlassungen mit der Begründung „Arbeitsmangels wegen" vorgenommen werden können. Unter diesen Umständen beschränkte sich der aufrechte Teil der Arbeiter darauf, die Bezahlung der Zeit zu verlangen.

Seiner wartete aber noch eine weitere Ueberraschung. Jetzt tauchten Listen auf, die die Namen sämtlicher Arbeiter fein säuberlich geschrieben enthielten. Hinter dem Namen hatte jeder Arbeiter zu vermerken, ob er mit der Absendung einer Deputation an den Kaiser einverstanden ist, die dem Kaiser ihr Einverständnis mit seiner Essener Rede ausspricht. Ein Teil der Arbeiter verweigerte seine Zustimmung, wie groß derselbe ist, können wir augenblicklich noch nicht übersehen. Viele von denen, die unterschrieben, thaten es aus Furcht vor Maßregelung.

Wir bemerken jedoch, daß die Arbeiter dieses Betriebes erst im März dieses Jahres den Genossen Bernstein mit 3000 Stimmen Majorität in den Reichstag wählen halfen, sie lieferten die geschlossensten Wählertruppen der Socialdemokratie. Und sie werden auch bei den kommenden Wahlen, die geheim sind, beweisen, daß sie das Tischtuch zwischen sich und der Socialdemokratie nicht zerschnitten haben.

Andre Fabriken haben dasselbe Manöver unternommen.

* * *

Auch bei den Stadtverordnetenwahlen agitieren die Breslauer Konservativen mit der Rede des Kaisers. —

Die Kommission für Kinderschutz hielt am Dienstagvormittag ihre letzte Sitzung, die sie dazu benutzte, mehrere Verschlechterungen in die Beschlüsse erster Lesung hineinzubringen. So wurde nach einem Antrag Gerstenberger (C.) im § 3 die in der ersten Lesung gestrichene Bestimmung wieder aufgenommen, daß „Kinder, die demjenigen, welcher sie beschäftigt, zur gesetzlichen Zwangserziehung (Fürsorge-Erziehung) überwiesen sind", so wie die eignen Kinder einer größeren Ausbeutung zugängig gemacht werden. Im § 4 wurden bei den verbotenen Beschäftigungen die an „Werkstatt-Maschinen" wieder zugelassen, da der Bundesrat jetzt das Recht erhalten habe, gefährliche Arbeiten zu verbieten. Abg. Trimborn meinte zwar, er entschließe sich nur schwer zur Streichung, aber er that es doch. Verbessert wurde § 4 dahin, daß der Bundesrat nicht allein gesundheitsschädliche, sondern ungeeignete Beschäftigungen verbieten kann. Verschlechtert wurde das Verzeichnis der verbotenen Werkstätten dahin, daß die Beschäftigung von Kindern in Schmieden und Schlossereien wieder als zulässig erklärt wurde mit der Begründung, er handele sich um 12000 Kinder, denen die Erwerbsmöglichkeit genommen werde. Wurm wies vergeblich auf die Gefährlichkeit und Gesundheitsschädlichkeit dieser Arbeiten hin, die schon bei den Erwachsenen viel Verheerungen anrichten, um so mehr doch bei Kindern. Bei § 5 (Beschäftigung im Betriebe von Werkstätten, im Handelsgewerbe und im Verkehrsgewerbe) wird auf Antrag Trimborn die Vorschrift, daß die Arbeit der Kinder erst eine Stunde nach beendetem Vormittagsunterricht beginnen darf, wieder gestrichen. Abg. Richthofen (kons.) erklärt, daß ihm auch dann noch die Kommissionsbeschlüsse zu weit gehen und er nur für die Regierungsvorlage zu haben sei. Bei der Sonntagsruhe wird der Absatz 3, wonach beim Austragen der Waren sowie für sonstige Botengänge Ausnahmen zugelassen werden, wieder eingefügt. Eine längere Debatte entspinnt sich über den neuen § 13a (Ausnahmen für verbotene Werkstätten, wenn in ihnen mit elementarer Kraft bewegte Triebwerke vorhanden sind), wo zu Gunsten der Webereien im badischen Hotzenwalde die Kinder schutzlos gelassen werden, wie Baudert ausführlich nachwies. Dabei ergiebt der Beschluß der Kommission in zweiter Lesung, daß schließlich dieselben Berufsarten, die bei Handbetrieb als verbotene gelten, bei Motorbetrieb durch den Bundesrat als zulässig erklärt werden können. Wurm wies auf das Widersinnige dieses Beschlusses hin. Abg. Trimborn stimmte dem zu, nahm aber mit der Mehrheit der Kommission diesen Beschluß an. Als Wurm auf die ungenügenden Informationen hinwies, die sich der Bundesrat über die Arbeiterverhältnisse verschaffe, weil die Vertretung der organisierten Arbeiter nicht gehört werde, erklärte Ministerialdirektor Casper, daß seit zehn Jahren auch Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzugezogen würden. Einstimmig wird ein Antrag Wurm angenommen, daß dem § 13a hinzugefügt wird: „Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Nachmittagsunterricht beginnen."

Der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes wird vom 1. Oktober 1903 auf 1. Januar 1904 verschoben. — Die Plenarberatung wird, wie schon gemeldet, im Januar nächsten Jahres stattfinden. —

Es giebt keinen Ausweg! Gegen Herrn Tampke, dessen Fall bei der letzten Beratung der socialdemokratischen Fraktion über polizeiliche und gerichtliche Mißgriffe eine große Rolle spielte, ist das Strafverfahren eingeleitet worden. Er soll die Behörde durch unwahre Behauptungen beleidigt haben. Man bleibe höflich, wenn man grundlos verhaftet worden ist. —

Ausland.

Das Blutbad von Rostow.

In unserm gestrigen Depeschenteil brachten wir eine Nachricht des russischen offiziösen Regierungsboten, die über schauerliche Metzeleien berichtete, die am 24. und 28. November von Kosaken unter ausständigen Arbeitern in Rostow und Tichoretzkaya angerichtet wurden und bei denen vier Arbeiter getötet und 38 verwundet wurden. Selbstverständlich stellte es das Regierungsorgan so dar, als ob die Arbeiter der angreifende Teil gewesen seien und die Kosaken, von denen angeblich eine ganze Anzahl verwundet worden sein sollen, sich gewissermaßen nur in der Notwehr befunden hätten. Aus dem Bericht des Regierungsboten ist jedenfalls nur die Thatsache richtig, daß die Bluthunde des Zarismus fürchterliche Metzeleien unter den Arbeitern angerichtet haben; die Darstellung über die Vorgänge selbst ist auf alle Fälle völlig erlogen. Der Beweis hierfür wird allerdings erst in einiger Zeit angetreten werden können, da ja die russische Regierung alle Mitteilungen der bereits circa eine Woche zurückliegenden Ereignisse unterdrückt hat und auch künftig alle objektiven Nachrichten, so weit sie durch Depeschenzensur und Verletzung des Briefgeheimnisses zu verhindern sind, unterdrücken wird. Von einem Teil der offiziellen Nachricht können wir allerdings schon heute beweisen, daß er schamlos erlogen ist.

Als Grund des Ausstandes giebt nämlich der „Regierungsbote" an, daß die Arbeiter von der Eisenbahn-Verwaltung Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Entlassung einiger Meister gefordert haben. Das ist völlig unwahr. Nach einer uns zugegangenen absolut zuverlässigen Nachricht sind die Arbeiter in Rostow vielmehr deshalb in den Ausstand eingetreten, weil ihr **Lohn um 25 Prozent** herabgesetzt worden war! Diese unverschämte Lohnreduktion hat auch die Sympathien der ganzen Stadt auf die Seite der Arbeiter gebracht. Richtig an dem Bericht des „Regierungsboten" ist dagegen, daß die Leitung des Streiks sich in den Händen der (geheimen) Lokalsektion der „Russischen socialdemokratischen Arbeiterpartei" befand. Dieser Umstand, der sich in der Verhaftung der Streikleiter und Flugblattverbreiter äußerte, vermehrte wohl die Wut der zarischen Henkersknechte, die sich dann in so infamen Metzeleien der Arbeiter entlud. Diese Orgie des Zarismus wird die revolutionäre Empörung nur zu loderndrer Glut entfachen! —

Der Schiedsspruch im Loire-Becken.

Paris, 30. November. (Eig. Ber.) Im zweitwichtigsten Kohlenbecken der Loire (20 000 Arbeiter) haben die Bergarbeiter einen relativ günstigen Schiedsspruch erzielt. Es handelte sich dort um eine Reduktion der im Januar 1900 erlangten neunprozentigen Lohn-„Prämie" auf bloß 3 Proz. Der unparteiische Schiedsrichter war Ballot-Beaupré, Erster Präsident des Kassationshofes, dem von den beiden Parteien, die in direkten Unterhandlungen zu keiner Verständigung über die Lohnfrage hatten gelangen können, die endgültige Entscheidung übertragen worden war. Das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber dem schiedsgerichtlichen Verfahren, verstärkt durch die schlimmen Erfahrungen der nordischen Reviere, hatte sich darin geäußert, daß die Wahl Ballot-Beaupré zum „Unparteiischen" in der Urabstimmung bloß mit 4170 gegen 4131 Stimmen erfolgte bei Enthaltung der großen Mehrheit.

Der Schiedsspruch hat nun meines Erachtens jenes allgemeine Mißtrauen gerechtfertigt, obwohl er im Vergleich mit den nordischen Schiedssprüchen immerhin als günstig zu bezeichnen ist. Die Lohn-„prämie" wird für das zweite Halbjahr 1903 wieder von 3 auf 5 Proz. erhöht, um für das erste Halbjahr 1903 auf 4 Proz. und für das erste Halbjahr 1904, d. h. bis zum Schlußtermin der ganzen Abmachung auf 3 Proz. zu sinken. In absoluten Zahlen ausgedrückt, wird die Lohn„prämie" in den drei resp. Halbjahren pro Arbeiter und Tag betragen: mindestens 20 und höchstens 35 Cts., dann mindestens 15 und höchstens 25 Cts., zuletzt mindestens 10 und höchstens 20 Cts. Die bloß für die nächsten zwei Halbjahre geltende Lohnerhöhung ist also so bescheiden wie möglich. Der persönlich gewiß unparteiische Schiedsrichter, der auch in seiner Urteilsbegründung sich — im Gegensatz zu den schiedsrichtenden nordischen Bergunspektoren — juristisch einwandsfrei gezeigt hat, kam schließlich doch zu einem sachlich ziemlich einseitigen Schiedsspruch, der den gerechten Arbeiterforderungen keineswegs entspricht. Demgegenüber erscheinen die bereits mitgeteilten in direkten Unterhandlungen, d. i. durch den direkten Druck der Streikenden im Loire-Becken vorher erzielten Zugeständnisse in ihrer Gesamtheit bedeutend vorteilhafter. Das Schiedsgericht ist eben nur ein Notbehelf, dessen Inanspruchnahme durch die Streikenden gerade beweist, daß die Kraft ihres direkten Drucks unzureichend ist, um einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes zu sichern. Das mögen die französischen ministeriell-socialistischen Anhänger des obligatorischen Schiedsgerichts um jeden Preis beherzigen.

Im Becken der Haute-Loire war der Streik vorher durch einen Vergleich beendet, der unter andren Zugeständnissen die frühere Lohnprämie für 1903 aufrecht erhält.

Nunmehr stehen im Ausstand nur noch die Bergarbeiter von Carmaux. Dort stocken bisher die Unterhandlungen an dem Widerstand der Kohlenbarone, neben der Lohnfrage auch die Verbesserung der Alterspensionen dem Schiedsgericht zu unterbreiten, trotzdem es sich um eine ganz geringe Verbesserung handelt.

Frankreich.

Eine Humbert-Interpellation. Der Abg. Gauthier will die Regierung am nächsten Freitag in der Kammer über die Humbert-Affaire interpellieren. Ebenso wird der Abg. Binder eine Interpellation darüber einbringen, daß die französische Sicherheitspolizei an die auswärtigen Polizeibehörden vollständig unähnliche Photographien der Humberts versandt hat. Man glaubt, daß die Diskussion hierüber eine sehr erregte werden wird. Der Justizminister wird, wie es heißt, im Laufe der Sitzung die Mitteilung machen, daß die Verhaftung der Familie Humbert nahe bevorstehe, oder sogar schon in Argentinien erfolgt sei. —

Der Abg. Brunet brachte gestern in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, welcher die **Abschaffung der Todesstrafe** in Frankreich und den französischen Kolonien bezweckt. Der Entwurf wurde einem Ausschusse überwiesen. —

Italien.

Die Somalifrage in der Kammer. In Beantwortung einer Interpellation Santinis über die Haltung der italienischen Regierung gegenüber den Ereignissen im englischen Somalilande führte Minister des Aeußern Prinetti aus, der Mullah habe auf dem zur italienischen Einflußsphäre gehörigen Gebiete Raubzüge veranstaltet. England habe seit einiger Zeit eine militärische Aktion eingeleitet, um den Mullah hierfür zu strafen, habe dies aber nicht ausführen können, da der Mullah sich auf das zur italienischen Interessensphäre gehörige Gebiet geflüchtet hatte. Deshalb habe England um die Ermächtigung nachgesucht, nötigenfalls in das italienische Gebiet einrücken zu dürfen. Italien habe es England bewilligt, seine Aktion auch unter Ueberschreitung der Grenzen des italienischen Gebietes durchzuführen. Hierbei seien natürlich gewisse Bedingungen gestellt worden, deren hauptsächlichste die sei, daß die militärische Aktion Englands nicht eine solche Entwicklung annehmen dürfe, daß sie die Quelle einer Gefahr für die Kolonie Ben-Adir und das italienische Protektorat bilden könnte. England schlug hierauf vor, daß ein höherer italienischer Marine-Offizier die englische Expedition begleiten möge. Dies wurde von Italien angenommen.

Nach in London eingetroffenen Nachrichten dürfte vor Mitte Januar keine Möglichkeit vorliegen, irgend eine Aktion gegen den „tollen Mullah" vorzunehmen. —

Eine sensationelle Verhaftung wird aus Rom gemeldet. Dort ist einer der Führer der klerikalen Partei, der Bankier Chippa, unter der Anschuldigung, in Genua eine reiche Witwe, die Frau Ghiglino ermordet zu haben, verhaftet worden. —

England.

Michael Davitt über die Schulvorlage.

London, 30. November. Die Schulvorlage wurde gestern in zweiter Lesung angenommen. Sie erhielt eine ganze Reihe kleiner Verbesserungen und gelangt nächsten Dienstag zur dritten Lesung. Die Vorlage hat demnach die beste Aussicht, Gesetz zu werden. Die Haltung der Vertreter der irischen Katholiken dieser Vorlage gegenüber ist bekannt. Sie war keine freiheitliche. Michael Davitt hielt es deshalb für seine Pflicht, sie öffentlich zu tadeln, und den reaktionären Charakter der Vorlage zu kennzeichnen. Er schreibt darüber in der New Yorker „Irisch World": „... Die katholischen Bischöfe in England machten einen doppelten Irrtum, indem sie die hochkirchliche Vorlage gegen die Nonconformisten (Sekten) unterstützten. Ihre Verbindung mit den Bischöfen der Hochkirche war überflüssig, denn die Vorlage berührt nicht das Erziehungswesen Irlands; zweitens machten sie sich die Nonconformisten zu Feinden, d. h. diejenigen Volksschichten Großbritanniens, die für Home Rule sind und stets für die Rechte der Irländer eintreten. Allerdings giebt es auch in England und Wales katholische Schulen, die von der Vorlage einen Nutzen haben werden, aber die Zahl dieser Schulen ist dermaßen gering, daß es sich gar nicht verlohnte, ein besonderes Gesetz zu ihrem Schutze zu haben. In England und Wales giebt es rund 1 400 000 Katholiken, davon sind nur 100 000 englisch; wegen dieser 1 300 000 irischer Katholiken, die eine gewisse Geldunterstützung für ihre besonderen Schulen wollen, opferten die katholischen Geistlichen die Freundschaft der Nonconformisten für unsre nationalen Interessen. Die katholischen Bischöfe gaben der parlamentarischen Vertretung Irlands den Befehl, mit ihren Stimmen eine Regierung zu unterstützen, die unsre tapfersten Vorkämpfer ins Gefängnis schickt." —

Nach dem Staatsstreich.

Nachdem sie die parlamentarische Ordnung, Parlamentarismus und Verfassung in Stücke geschlagen, hat die Mehrheit des Zollwuchers den pathologischen Antrag Kardorff, der zusammen mit dem Abg. Arendt gezeugt sein dürfte, mit brutaler Faust aus dem Zusammenbruch davongeschleppt, und die Preßsöldlinge des Zollterrorismus setzten sich hin, und schrieben Sieges-Artikel.

Aber die berufenen Vertreter des deutschen Volkes überantworten, von der Gewalt vertrieben, eine Position nur dem Gegner, um eine neue noch festere Position einzunehmen. Die Fasanenjäger und die Kapläne müssen sich schon noch ein Weilchen gedulden. Die Beute selbst sträubt sich, den Vergewaltigern anheimzufallen.

Um 1/4 1 Uhr eröffnete am Mittwoch Präsident Ballestrem die Sitzung. Man darf vermuten, daß er im Innersten überzeugt ist, von der Verwerflichkeit des Vorgehens der Mehrheit. Aber er scheut den Konflikt mit seiner Partei, mit der sein ganzes Leben verknüpft ist. Man kann es verstehen, daß er vor dem äußersten Schritt, zu dem ihn sein Gerechtigkeitssinn drängen würde, zurückbebt. Jetzt das Präsidium niederlegen, hieße der Sache des Centrums den Todesstoß versetzen, und dazu findet er nicht die Entschlossenheit. Aber es scheint, als habe er vom Centrum gewisse Garantien verlangt, daß weitere Vergewaltigungen der Geschäftsordnung unterlassen würden. Wenigstens ist die bis in die Nacht währende endlose Sitzung des Reichstages vom Mittwoch — die Nichtsthuer der Mehrheit versuchten die unermüdlichen Arbeiter der Minderheit durch Erschöpfung vergeblich zur Kapitulation zu zwingen — nicht durch weitere Brutalitäten der Mehrheit gestört worden; man blieb innerhalb der Grenze der bisher proklamierten Gesetzlosigkeit.

Ueber Nacht war die Minderheit in unverzagter Tapferkeit daran gegangen, inmitten des wüsten Trümmerfelds der Zollhumen so etwas wie eine neue Ordnung zu schaffen. Und am Mittwochmittag war zur großen Ueberraschung und zum nicht geringen Schreck der „Sieger" schon eine ganz stattliche Festung für die Zollopposition erstanden.

Zunächst lag ein Geschäftsordnungs-Antrag Singer-Haase vor, der eine Vertagung der weiteren Beratung verlangte, bis die Geschäftsordnungs-Kommission die Frage wegen der Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung entschieden hätte. Das war eine selbstverständliche Konsequenz des gestrigen Beschlusses — von Rechts wegen müßte die gesamte geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Zolltarifs erst einmal der Kommission übergeben werden — aber weil sie selbstverständlich ist, darum will die Mehrheit sie nicht, die, unter Uerikalem Einfluß, nur noch glaubt, weil es absurd ist, nur thut, was gegen die Vernunft ist. Folglich beantragt Herr von Kardorff, der Geschäftsordnungs-Stolperer, über den Antrag und die Vernunft Uebergang zur Tagesordnung. Vicepräsident Büsing, der Ballestrem die Glocke abgenommen hat, unternimmt es zweimal, Haases treffliche und durchaus geschäftsordnungsmäßige Darlegungen gegen den Uebergang auf Tagesordnung zu unterbrechen. Herr Büsing entwickelt ein großes Talent, die einfachsten Sätze nicht zu verstehen, was die Linke zu den lebhaften Bemühungen veranlaßt, den Vicepräsident aufzuklären. Büsing ruft den Genossen Haase zweimal zur Sache und droht mit den geschäftsordnungsmäßigen Folgen.

Mit 210 gegen 96 Stimmen wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Mehrheit atmet auf: Endlich ist auch diese Geschäftsordnungsdebatte vorüber und nun kann mit Heissa und Hussa der Antrag Kardorff in Sicherheit gebracht werden.

Leider vergessen die genialen Strategen des Zollwuchers gerade immer das wichtigste; sie fallen deshalb von einem Hinterhalt in den andern. Sie geraten selbst aus Versehen unter die Guillotine, die sie errichtet haben.

Barth erinnert, wohl weil er ahnt, daß die Mehrheit auch das übersehen wird, bescheiden daran, daß das Haus nun zunächst die 23 Kommissionsreferenten hintereinander hören müsse.

Die Mehrheit erstarrt über diese grausige Folge des Antrags Kardorff. Spahn öffnet den Mund. Die Zöllner erwarten gespannt so ein kleines Reichsgerichts-Urteil, mit dem Schluß: die Revision ist verworfen. Aber selbst Herr Spahn weiß diesmal nicht, was er sagen soll. Er redet etwas von Petitionen, über die nach der Beratung Bericht erstattet werden müßte. Singer erleuchtet ihn, daß es sich nicht um Petitionen sondern um Kommissionsberichte handelt. Vicepräsident Büsing muß sich nach einigem Zögern zu dem Bekenntnis entschließen, er werde thatsächlich nun den 23 Referenten das Wort erteilen. Das ist die unerläßliche Ouvertüre zum Antrag Kardorff, sie zeichnet sich durch eine wahrhaft unendliche Melodie aus.

Derweilen ist mit dem Eintritt in die sachliche Beratung des Antrages Kardorff wie aus der Versenkung endlich wieder ein Regierungsmann erschienen: Graf Posadowsky wünscht der Geburt des kleinen Kardorff beizuwohnen. Man erinnert sich überrascht, daß wir also doch noch eine Regierung haben.

Die Mehrheit aber will nun einmal nichts vom Zolltarif hören. Graf Schwerin-Löwitz, der erste Referent, erklärt kurz: Ich verzichte.

Wieder einer jener Meisterstreiche unergründlicher — Stärke. Die Socialdemokratie hatte in der Kommission schriftliche Berichterstattung verlangt; die Mehrheit begnügte sich mit der mündlichen.

Nun sitzen die Zöllner wieder auf den Bajonetten. Gothein, Singer, Richter stellen fest, daß bei mündlicher Berichterstattung der Referent gar nicht verzichten darf.

Unter großer Heiterkeit muß Schwerin-Löwitz auf die Tribüne und zwingt sich ganze zehn Minuten ab, um über die wichtigsten Getreide-Positionen zu reden.

Indes die Linke ist wachsam. So geht das nicht! Das ist Pflichtvergessenheit. Barth beantragt Zurückverweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. Paasche widerspricht. Singer hält die Zurückverweisung für dringend notwendig. Und da er endlich den Regierungsvertreter erwischt, apostrophiert er den Grafen Posadowsky. Was ist das für eine Wirtschaft? Hinter den Coulissen mit der Mehrheit kuhhandeln und im Reichstag unsichtbar bleiben! Kaum hat Posadowsky die ersten Worte vernommen, und er ist wie vom Erdboden verschwunden.

Barth, Pachnicke, Paasche, Stadthagen, Bernstein, Rösicke erörtern weiter die Frage der Zurückverweisung an die Kommission. Schließlich taucht Posadowsky wieder auf. Allgemeine Spannung. Aber er hat nichts zu sagen. Er entschuldigt die lange Abwesenheit; die Regierung des Grafen Bülow mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Hauses. Aber wenn der Antrag Kardorff zur sachlichen Beratung gedeihe, was hoffentlich bald geschehe, dann werde die Regierung reden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wiederholt sich nun immer dieselbe Scene: Referent, Antrag der Minderheit auf Ueberweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung, Antrag der Mehrheit auf Uebergang zur Tagesordnung, der, nachdem ein Redner für, ein Redner dagegen gesprochen hat, beschlossen wird. Nur die beiden volksparteilichen Referenten finden die Zufriedenheit der Minderheit. Denn ein Wunder ist geschehen. Auch die Volkspartei beteiligt sich plötzlich schüchtern an der Bekämpfung des Zolltarifs.

Gamp referiert eine Viertelstunde über Kartoffel, Gemüse, Blumen. Zurückverweisung. Tagesordnung. In der Gegenrede Bebels ereignet sich ein unglaublicher Zwischenfall. Graf Stolberg ruft ihn zur Ordnung, weil er die Aeußerung eines Regierungsvertreters — man denke eines Ministers — für unpassend erklärt hat. Für den Grafen Stolberg ist mithin immer noch ein Bundesratsmitglied ein höheres Wesen mit höherem Anspruch auf Schutz als ein gemeiner Volksvertreter.

Der nächste Referent, Blankenhorn, spricht 27 Minuten über Obst. Zurückverweisung. Tagesordnung.

Müller-Meiningen referiert 41 Minuten über Kolonialwaren.

* * *

5¼ Uhr. Herr Gamp referiert. Er bringt es fertig, in 19 Minuten über die Holzzölle und den Quebrachozoll zu berichten, während die Kommission einen vollen Tag nur für die Gerbholzzölle gebraucht hat. Aber er bittet himmelhoch, ihm ja nicht etwa Gewissenlosigkeit vorzuwerfen: das amtliche Protokoll sei noch viel gewissenloser. Um so notwendiger ist unser Antrag auf schriftliche Berichterstattung über die Gerbholzzölle. Wurm stellt ihn und spinnt eine lebhafte Unterhaltung mit Herrn Gamp über den Wert des schweigsamen Protokolls der Zollkommission an. Inzwischen hat der geschäftige Dr. Arendt den üblichen Antrag auf Tagesordnung eingebracht. Wozu? Es scheint kein Socialdemokrat mehr zu diesem Punkte sprechen zu wollen, und er zieht den Antrag schleunigst zurück, um die Pro- und Kontra-Rede zu sparen.

5½ Uhr. Ach, Herr Arendt ist hereingefallen. Wurm hat sofort wieder das Wort ergriffen und versteht es nun meisterlich, unter strenger Innehaltung der vorgeschriebenen Form in einer Rede zur Geschäftsordnung eine sachkundige Kritik des Quebrachozolles zu liefern, die auch vom Minister Möller aufmerksam mit angehört wird. Inzwischen verbreitet sich das Gerücht, daß die Mehrheit die Sitzung bis 10 oder 11 Uhr nachts ausdehnen wolle.

6¼ Uhr. Wurm hat dreiviertel Stunden gesprochen, ohne daß ihn der Präsident auch nur einmal hätte unterbrechen können. Die Freisinnigen beantragen noch die Gerbstoffextrakt-Nummern, Genosse Sachse die Position über Felgen und Speichen zur nochmaligen Berichterstattung an die Kommission zurückzuweisen. Wieder zückt Dr. Arendt das Schlachtmesser der einfachen Tagesordnung, aber diesmal schneidet er zu. Alle drei Anträge sollen durch eine Abstimmung niedergesäbelt werden. Die Freisinnigen ziehen ihren Antrag ängstlich zurück. Arendt, fürchterlich in seinem Zorn, erklärt, er werde demnächst beantragen, alle noch nicht gestellten Anträge der Opposition durch Uebergang zur Tagesordnung von vornherein zu beseitigen. Zwei starke Männer, Herr v. Kröcher und Herr Dr. Spahn, hindern Herrn Arendt durch Festhalten der Hände am Weiterreden.

6½ Uhr. Der neue Arendtsche Ritus ist eingeführt: die Anträge Wurm und Sachse sind durch eine Abstimmung geköpft worden, nachdem Genosse Bock gegen die einfache Tagesordnung gesprochen hatte.

7¼ Uhr. Das alte Bild. Der Oberzöllner Herold hat in fünfzehn Minuten Federvieh und Fleischextrakt, Fische, Heringe, Kaviar, Austern und Krebse verschluckt. Molkenbuhr beantragt Zurückverweisung der Positionen an die Kommission und bekämpft in einer Kontrarede die Bachemsche Kaviarlegende. Die Mehrheit füllt wieder die Punch romaine-Becher der Abstimmung mit weißen Karten bis zum Rande.

8 Uhr. Herr Dr. Müller-Sagan hat rasch zusammengestelltes Material zu einer halbstündigen Berichterstattung über 16 Positionen benutzt. Herr Dr. Paasche, der in der Fixigkeit allen über ist, brauchte zu 17 Positionen nur sieben Minuten. Durch genaue Angaben der Minutenziffern gewinnen die gewissenhaften Berichte das Aussehen von Eisenbahn-Fahrplänen. Stadthagen polemisiert gegen Paasche.

8½ Uhr. Der Nationalliberale Sieg hat flüchtig über Mehl und Oel berichtet. Gothein verlangt schriftliche Berichterstattung über die Oelpositionen und legt den Präsidenten, Grafen Stolberg, elegant in den Sand, der die unglückliche Neigung hat, gerade mit diesem Redner anzubinden und ihn tolpatschig zu unterbrechen. Dr. Spahn stellt, da den Dr. Arendt die Mehrheit wegen Unfähigkeit von seinem Posten als Schlußmacher entfernt hat, den üblichen Antrag auf Tagesordnung. Genosse Edmund Fischer spricht dagegen. Die Mehrheit, die nur zum Abstimmen in den Saal gekommen ist, hört wie immer nicht zu; Herr Dr. Heim erheitert sie durch naturgetreue, aus der innersten Natur quellende Nachahmung des Ochsengebrülls, womit unser Redner, der einen Augenblick beim Aussprechen eines mit U anfangenden Wortes gestockt hat, verhöhnt werden soll. Aber blutiger Hohn soll sie selber treffen. Unmittelbar nach der Annahme des Spahnschen Antrags erhebt sich Gothein und spricht — — gegen Fischer. Die Mehrheit spitzt vergnügt die Ohren, Herr Büsing lauscht ... Was wird kommen? Nun, Herr Gothein stellt fest, daß Fischer überhaupt nicht über die Oel-, sondern über Mehlpositionen gesprochen, daß die Mehrheit mit dem Präsidenten Stolberg an der Spitze nicht das geringste gemerkt, daß sie sich bis über die Ohren blamiert habe und daß nun eigentlich die Kontrarede erst gehalten werden müsse.

Riesiger Jubel bei der Opposition, schrecklicher Aerger, Wutschreie und Toben bei der Mehrheit. Aber wahr bleibt es doch.

9 Uhr: Herr Büsing ist sehr kleinlaut geworden, Stadthagen zwingt ihn zu dem Eingeständnis, daß er sich geirrt habe. Dr. Spahn wird offenherzig. Er sagt: Gründe sind so billig wie Brombeeren. Die Mehrheit beschließt, dieses Wort ihres Führers fortan zu ihrem Feldgeschrei zu machen.

9¼ Uhr. Bebel fordert die nicht gehaltene Oelrede ein. Die Mehrheit ärgert sich von neuem. Die Opposition ist sehr guter Laune. Graf Ballestrem, der in diesen Präsidialnöten wieder auf dem Plane erschienen ist, schiebt die Schuld an dem „Mißverständnis, auf Gothein, der seinen Antrag nur mündlich gestellt habe.

9½ Uhr. In der Diplomatenloge sitzt dasselbe halbe Dutzend gesteifter Hemdbrüste, das man schon gestern dort bewundern konnte. Diese jungen Attachés scheinen hier ihr Abendvariété zu suchen.

9¾ Uhr. Die Mehrheit hat einen neuen Kniff ersonnen. Um die socialdemokratischen Zurückverweisungs-Anträge der einzelnen Positionen unmöglich zu machen, beantragen die Zöllner jetzt, sich selbst zum Hohn, die Zurückverweisung ganzer Partien im Ramsch, um dann durch Uebergang zur Tagesordnung über den eignen Antrag die ganze Positions-Serie in Sicherheit zu bringen. Die Rechte versucht also endlich einen Anlauf, statt mit Fäusten und Füßen mit dem Hirn zu kämpfen. Konsistoriakrat Stockmann ist dieser Columbus, aber er kann nicht verhindern, daß Wurm sehr ausführlich gegen den von Spahn gestellten Tagesordnungs-Antrag spricht.

10 Uhr. Die Herren Dr. Heim und Dr. Gröber sind sehr ungeduldig. Wurm läßt sich nicht stören.

10¼ Uhr. Wurm schließt. In der Kasperle-Theatervorstellung der Mehrheit siegt die Marionette Spahn programmäßig über die Marionette Stockmann. Die Tagesordnung wird angenommen.

10½ Uhr. Nach längerem Kampfe giebt die Mehrheit nach, weil ein Teil des Centrums aus socialen Gründen weich wird: Rücksicht auf die Stenographen! Dafür beginnt es morgen schon um 10 Uhr früh.

Ergebnis der 10½stündigen Sitzung: 9 Referate sind erledigt, 29 Referate stehen noch aus, darunter die der Genossen Antrick, Reißhaus, Molkenbuhr (zweimal).

Am Montag ist katholischer Feiertag, also fällt die Sitzung aus. Bis dahin will das Centrum die Ernte des Staatsstreichs einheimsen. Ein frommer Wunsch!

Gerichts-Zeitung.

Wie wäre es Arbeitern in solchem Falle ergangen? Nach einer Kneiperei hatten am 6. April d. J., abends 8 Uhr, eine Anzahl Studenten in der Berlinerstraße zu Charlottenburg einen recht unanständigen Ulk verübt, indem sie Straßenpassanten anrempelten, Frauen belästigten und schließlich am Knie mit einem Straßenbahn-Schaffner Skandal anfingen, sodaß eine große Menschenmenge sich ansammelte und im öffentlichen Interesse die Polizeibeamten gegen die Studenten einschreiten mußten. Der Student Burgers war von Polizeibeamten arretiert und zur Wache in der Marchstraße gebracht worden. Auf dem Wege dorthin drängten sich andre Studenten zwischen die Polizeibeamten und den Arrestanten, offenbar in der Absicht, den Letzteren zu befreien. Dies gelang ihnen nicht, jedoch versuchten sie nun ihren Zweck durch Chikane zu erreichen, indem sie als der total betrunkene Burgers schon seinen Rausch in der Polizei-Zelle ausschlief, mehrmals bis in die Nacht hinein an der Klingel zur Polizeiwache zogen und Freilassung des angeblich kranken B. forderten. Dem Revier-Polizei-Lieutenant Heitmann, der den Versuch machte die Studenten und deren Begleiter, ehemalige Corpsstudenten, zur Vernunft zu bringen, wurde zugerufen: „Sie sind ja wohl preußischer Offizier, aber ich — bin Corpsstudent!" Der Rufer war der Ingenieur Adolf Stromberg aus Berlin, der mit dem Studenten Franz Karl Raabe das Befreiungswerk zu gunsten des betrunkenen Burgers unternommen hatte und durchaus seinen Willen durchzusetzen versuchte. Die beiden wurden dem Polizeiwachtmeister vorgeführt, dem sie auf Befragen erklärten, sie wollen den B. mitnehmen. Als dies wiederholt abgelehnt worden war und der diensthabende Wachtmeister mit dem Hinweis auf den Hausfriedenbruchs-Paragraphen den beiden Eindringlingen den ferneren Zutritt untersagt hatte, zogen sie dessen ungeachtet weiter an der Klingel und drangen in das Revier-Polizeibureau ein. Endlich machte man mit ihnen kurzen Prozeß und behielt sie gleich da zur Einlieferung in das Polizei-Gefängnis. — Gegen die bei der Affaire beteiligten Ruhestörer verhandelte am 24. September d. J. das hiesige Schöffengericht. Raabe und Stromberg waren wegen eines auf der Polizeiwache begangenen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt worden und ferner wegen groben Unfugs auf je 50 M. Geldstrafe. — Im Beistande des Rechtsanwalts Hartwig legten beide Berufung ein. Die 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts II verhandelte gestern gegen Raabe und Stromberg, die Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegt hatten und zwar insoweit dasselbe sie wegen Hausfriedensbruch verurteilte. Der Angeklagte Raabe erklärte, er sei, als Burger arretiert wurde, mitgegangen, um Zeuge zu sein, und Stromberg wiederum erklärte, er habe aus Kameradschaftlichkeit sich dem angeschlossen. — Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme stellte Staatsanwalt Chrzeczinski anheim, das erste Urteil in Bezug auf das Strafmaß abzuändern und wegen einfachen Hausfriedensbruch gegen R. auf 100 M. Geldstrafe und gegen St. auf 50 M. Geldstrafe zu erkennen. Die Strafkammer erachtete **Hausfriedensbruch nicht für vorliegend** und hob das schöffengerichtliche Urteil auf, insoweit die beiden Angeklagten wegen Hausfriedensbruch verurteilt worden waren.

Eine so milde Beurteilung der von den Studenten verübten Ausschreitungen legt die Frage nahe, wie sich die Polizeibeamten gegen „Studententumult" dieser Art hinfort sich schützen sollen. Ferner muß man fragen, ob die Schutzleute Arbeitern gegenüber, die sich derart flegelhaft benommen hätten, eine ebenso unbegreifliche Langmut bewiesen hätten.

In vierter Instanz wurde gestern eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes gegen den Naturheilkundigen M. Laabs vor der 5. Strafkammer verhandelt. Dieser hatte in der üblichen marktschreierischen Weise angekündigt, daß er „auch in den verzweifeltsten Fällen allen Kranken, die durch Aerzte verkehrt behandelt worden seien, sichere Hilfe bringe." Auf den namens der Aerztekammer von Professor Dr. Cohnmann gestellten Antrag, verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe. Die Strafkammer verwarf die eingelegte Berufung und führte u. a. aus, daß die sichere Heilung aller Krankheiten die Grenze des menschlichen Könnens überschreite und dies dem Angeklagten zweifellos auch bekannt sei. Hiergegen wurde Revision eingelegt und das Kammergericht hob das Urteil auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück, weil es noch einige thatsächliche Feststellungen für nötig hielt. Die gestrige wiederholte Verhandlung hatte dasselbe Ergebnis wie die übrigen. — Unmittelbar nach dem Sohn nahm der Vater, der Heilkundige Rudolf Laabs auf derselben Anklagebank Platz. Er war vom Schöffengericht wegen Betrugs zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte, der nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Puppe eine volle Unkenntnis über die elementarsten Grundbegriffe der medizinischen Wissenschaft verrät, war von einem auswärts wohnenden Mann infolge eines Inserats um Hilfe angegangen worden. Er hatte demselben darauf ein Paket mit zwei Flaschen verschiedener Flüssigkeit zugeschickt, wofür 12,80 M. zu zahlen waren. Die eine Flüssigkeit sollte äußerlich, die andere innerlich angewendet werden, und der Angeklagte verhieß vollständige Heilung. Als sich das Befinden des Patienten nicht besserte, ging er mit dem Rest der Flüssigkeiten in ein chemisches Institut und ließ sie analysieren. Der Inhalt der Flaschen wurde als ganz wertlos festgestellt: die eine enthielt Alkohol mit Zucker und Pfefferminze, die andre Saffran mit einem Bitterstoff. — Der Angeklagte behauptete, daß diese beiden Flaschen nur dazu dienen sollten, den Krankheitsstoff aus dem Körper heraus zu treiben und daß er noch eine dritte Flasche in petto habe, die erst die Krönung der Kur darstelle. In unermüdlicher Zungenfertigkeit suchte er darzulegen, daß er von der Heilung der Menschen mehr verstehe, als alle Aerzte und Professoren zusammengenommen. Der Gerichtshof kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß, wenn auch die beiden hier in Frage kommenden Flüssigkeiten zur Heilung objektiv untauglich waren, der Angeklagte subjektiv wohl der Ueberzeugung war, daß sein Mittel Heilung bringe. Da hiernach ein Dolus nicht nachzuweisen war, erkannte der Gerichtshof unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung.

Um einen Erbschaftsschwindel handelte es sich in einer Anklage wegen Betruges, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Bäckergesellen Kurt Mohr und den Geschäftsführer Gustav Muscate verhandelt wurde. Während Mohr in diesem Frühjahr im Gefängnis zu Tegel eine Strafe verbüßte, lief bei der Anstalt ein Schreiben von einem Rechtsanwalt an den „Kaufmann Kurt Mohr" ein, worin der Adressat aufgefordert wurde, eine beigelegte Prozeßvollmacht zu unterschreiben, damit der Anwalt in einer dem Mohr von seiten der Großmutter zugefallenen Erbschaft von 5000 M. die geeigneten Schritte thun könne. Da außer dem Angeklagten ein Mann gleichen Namens sich nicht im Gefängnis befand, so hielt man ihn für den richtigen Adressaten, zumal Mohr erklärte, daß man ihn als Kind für den kaufmännischen Beruf bestimmt hätte. Mohr unterschrieb die Vollmacht und wartete nun den weiteren Verlauf der Sache ab. Es erfolgte aber nichts. Der Rechtsanwalt hatte wohl inzwischen entdeckt, daß eine Personenverwechselung vorgelegen. Als Mohr dann seine Strafe verbüßt hatte, setzte er sich mit dem Angeklagten Muscate in Verbindung und dieser soll ihm dann Beihilfe geleistet haben, um auf Grund des erwähnten Schreibens vom Rechtsanwalt von leichtgläubigen Personen Geld zu erschwindeln. Ein Schankwirt ließ sich herbei, 120 M. auf die Erbschaft zu geben. Er wurde um diesen Betrag geprellt. — Die Behauptung des Angeklagten Muscate, daß er sich im guten Glauben befunden habe, konnte durch die Beweisaufnahme nicht widerlegt werden, er wurde freigesprochen. Mohr wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Budget der Vereinigten Staaten.

Washington, 3. Dezember. (W. T. B.) Dem Kongreß ist heute der Jahresbericht des Schatzsekretärs Shaw zugegangen. Nach denselben beliefen sich die gesamten Staatseinnahmen in dem am 30. Juni 1902 zu Ende gegangenen Rechnungsjahr auf 684 826 280 Dollars, die Ausgaben auf 593 038 905 Dollars, so daß sich ein Ueberschuß von 91 287 375 Dollars ergiebt. Von den Einnahmen betrugen die aus Zöllen 254 444 706 Dollars gegen 238 585 456 Dollars im Vorjahre. Die Staatseinnahmen sind gegen das Vorjahr um 14 990 250 Dollars, die Ausgaben um 38 776 495 Dollars zurückgegangen. Für das Rechnungsjahr 1903 werden die Einnahmen auf 694 020 630 Dollars, die Ausgaben auf 651 020 630 Dollars veranschlagt, so daß also auf einen Ueberschuß von 43 Millionen Dollars gerechnet wird. Für das Rechnungsjahr 1904 werden die Einnahmen auf 729 767 664, die Ausgaben auf 677 956 776, der Ueberschuß demnach auf 51 810 887 Dollars geschätzt.

Ueber den Gang des auswärtigen Handels teilt der Bericht mit: Die auffallendste Erscheinung im abgelaufenen Rechnungsjahr ist die Abnahme der Ausfuhr und die Zunahme der Einfuhr. Die Ausfuhr sank seit dem Vorjahre um 106 045 590 Dollar (von 1 487 764 991 auf 1 381 719 401 Dollar), während die Einfuhr um 80 148 783 Dollar (von 823 172 165 auf 903 320 948 Dollar) stieg. Was die Ausfuhr betrifft, so sank die Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaren um 18,76 Millionen Dollars infolge der gestiegenen Nachfrage des heimischen Marktes, die von Mais und Maismehl infolge des Ernteausfalls um 67,96 Millionen Dollars, und durch den Preisfall der Baumwolle fiel der Wert der Baumwollausfuhr (trotz der gestiegenen Menge) um 23 Millionen Dollars. Von der Steigerung der Einfuhr entfallen 69,7 Millionen Dollars auf Mehreinfuhr von Rohstoffen für die inländischen Fabriken, 19,7 Millionen Dollars auf fertige Artikel, 11,86 Millionen Dollars auf feine Artikel. Hingegen die Einfuhr von Nahrungsmitteln um 21 Millionen Dollars zurück. Die Einfuhr ganz oder teilweise fertiger Eisen- und Stahlwaren stieg um 9,3 Millionen Dollars und war größer, als sie seit 1893 gewesen. Auch die Gesamteinfuhr von, wie erwähnt, 903 Millionen Dollar hat die bisher größte des Jahres 1893 von 866 Millionen Dollar noch übertroffen. Der Rückgang der Ausfuhr betrifft fast ausschließlich den Handelsverkehr mit Europa; die Abnahme der Ausfuhr dorthin (um 128,47 Millionen Dollar) wurde durch die Zunahme des übrigen Exports nicht ... gemacht.

Die Handelsmarine zählte Ende Juni 24 273 Fahrzeuge mit einem Brutto-Tonnengehalt von 5,79 Millionen Tonnen (gegen 24 057 Fahrzeuge mit 5,52 Brutto-Tonnen im Vorjahre). Der Bericht sagt, der Fortschritt im Schiffsbau sei besser als je gewesen, und wenn er den Gang der letzten Jahre innehalte, würden die Vereinigten Staaten allmählich Deutschland den zweiten Platz unter den schiffbauenden Nationen streitig machen können; doch sei die Aussicht für das laufende Rechnungsjahr nicht so vielversprechend. Das Wachstum der amerikanischen Schiffahrt, führt der Bericht fort, erstrecke sich nur auf den Binnenverkehr, während von der ganzen Einfuhr und Ausfuhr des Landes 8,8 Proz. (wenig mehr als im Jahre vorher) auf amerikanischen Schiffen befördert wurden. Groß sei hingegen die Beteiligung amerikanischen Kapitals an fremden Dampferlinien; der Bericht erinnert an die Gründung des Schiffahrts-Trusts, von dessen Dampfern, nach dem Tonnengehalt, nur etwa ein Achtel die amerikanische Flagge führe. Der Grund dieser Erscheinung seien die höheren Schiffsbaukosten sowie die höheren Betriebsausgaben und Mannschaftslöhne in Amerika. Der zuletzt erwähnte Uebelstand falle noch ins Gewicht, selbst wenn man im Auslande gebauten Schiffen die Führung der amerikanischen Flagge gestatte.

Zucker-Konvention.

London, 3. Dezember. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage Gibson Bowles (kons.) betreffend die **Wirkung der Brüsseler Konvention** auf den englisch-russischen Handelsvertrag von 1859 sagt Unterstaatssekretär des Auswärtigen Lord Cranborne, nach der Auffassung der englischen Regierung sei die Auferlegung von Ausgleichszöllen auf Prämienzucker oder das Verbot der Einfuhr solchen Zuckers nicht unvereinbar mit der Meistbegünstigungs-Klausel. Der russischen Regierung sei im Jahre 1899, als die indische Regierung Ausgleichszölle auf aus Rußland eingeführten Zucker legte, mitgeteilt worden, daß dies die Auffassung der britischen Regierung sei, daß aber, falls die russische Regierung dieser Auffassung mit beipflichten könne, die englische Regierung bereit sei, den Vertrag von 1859 zu kündigen. Auf diese Mitteilung sei von seiten der russischen Regierung eine Antwort nicht erfolgt. Auf eine weitere Anfrage fügt Cranborne hinzu, daß der obenerwähnte Vertrag nicht gekündigt worden sei. Alsdann fragt Gibson Bowels an, welche Schritte die englische Regierung, da nun einmal die russische Regierung eine von derjenigen der englischen gänzlich abweichende Ansicht habe, zu unternehmen beabsichtige, um diese verschiedenen Auffassungen auszugleichen. Lord Cranborne, erwidert hierauf, die englische Regierung habe, wie Bowles sehe, die Kündigung des Vertrages angeboten, es sei jedoch von diesem Anerbieten keinerlei Notiz genommen worden. Des weiteren stellt Bowles eine Anfrage bezüglich der Erklärung des holländischen Finanzministers, daß England durch die Konvention verpflichtet sein würde, Ausgleichszölle auf Prämienzucker, der aus seinen Kolonien stammt, zu legen, Cranborne ersucht jedoch, derartige Anträge vorher anzukündigen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Nr. 283. 19. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 4. Dezember 1902.

Reichstag.

229. Sitzung. Mittwoch, den 3. Dezember 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: niemand.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des **Zolltarif-Gesetzes.**

Präsident Graf **Ballestrem**: Ehe ich die Diskussion über § 1 Absatz 1 der Kommissionsbeschlüsse wiedereröffne, habe ich dem Hause mitzuteilen, daß ein Antrag Singer und Haase (Soc.) eingegangen ist, welcher lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Verhandlung über den Antrag Kardorff solange auszusetzen bis die Geschäftsordnungskommission über die ihr am 7. November überwiesene Frage Bericht erstattet und das Plenum darüber Beschluß gefaßt hat". — Der erste Teil dieses Antrages ist gleichbedeutend mit einer Absetzung der Tagesordnung. Er ist präjudiciell für unsre Verhandlungen. Ich werde ihn deshalb zur Diskussion und Abstimmung bringen.

Abg. **v. Kardorff**: Ich beantrage Uebergang zur einfachen Tagesordnung über den Antrag Singer.

Präsident Graf **Ballestrem**: Dieser Antrag ist jederzeit zulässig. Es handelt sich um die Frage, ob ein einmal vom Hause gefaßter Beschluß über die geschäftliche Behandlung einer Angelegenheit im Laufe derselben Debatte wieder abgeändert werden darf.

Für den Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich bitte, meinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen. (Bravo! rechts. Gelächter links.)

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **Haase** (Soc., während der Redner seine Ausführungen beginnt, verlassen zahlreiche Mitglieder der Mehrheit den Saal.): Die präjudicielle Frage, die in unserm Antrage enthalten ist, hat eine einschneidende Bedeutung. Es ist klar, daß der Antrag v. Kardorff jetzt gar nicht mehr beraten werden darf. Das Haus hat bereits den Beschluß gefaßt, in die Beratung des Tarifs einzutreten. Der Präsident hat das unzweifelhaft festgestellt.

Vizepräsident **Büsing**: Sie dürfen auf diese Frage nicht mehr zurückkommen. Es liegt ein Beschluß des Hauses darüber vor, daß es nicht richtig ist, daß wir in die Diskussion über den Tarif eingetreten wären.

Abg. **Haase**: Meine Ausführungen stehen im engsten Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrage. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ich muß doch nachweisen können, weshalb wir notwendigerweise die Beratung des Antrages Kardorff aussetzen müssen und weshalb es notwendig ist, die gestern gefaßte Entscheidung des Hauses wieder aufzuheben.

Vizepräsident **Büsing**: Die Frage, ob das Haus bereits in die Diskussion des Tarifs eingetreten ist, ist gestern erledigt.

Abg. **Haase**: Es ist doch Thatsache, daß Beschlüsse des Hauses durch andre Beschlüsse abgeändert werden können. Es ist doch möglich, — —

Vizepräsident **Büsing**: So lange ich an diesem Platze stehe, habe ich einzutreten für die Beschlüsse dieses Hauses. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit.) Von keiner Seite ist beantragt worden, den gestrigen Beschluß wieder aufzuheben. Ich werde nicht dulden, daß dieser Beschluß jetzt in der Diskussion angefochten wird. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit. Rufe bei den Socialdemokraten: Der Antrag! Der Antrag!) Der Antrag geht nicht dahin, den gestrigen Beschluß wieder aufzuheben. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Haase**: Das Vorgehen der Mehrheit muß zur Anarchie, zur Willkür-Herrschaft im Parlament führen. Was Sie gestern für sich beansprucht haben, verweigern Sie heute kaltlächelnd der Linken. Dafür waren die Ausführungen des Herrn v. Tiedemann das krasseste Beispiel, der gestern in jedem Punkte die früher von ihm bekämpften Gründe der Linken sich zu nutze machte. Früher nahmen wir an, daß der Präsident Leiter der Geschäfte des Hauses sei, jetzt aber will ihn die Mehrheit zu ihrem Kommis machen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten. Lärm bei der Mehrheit. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Büsing**: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, die Geschäftsführung des Präsidiums nicht zu kritisieren. (Stürmische Zurufe links: Ist ja gar nicht geschehen!) Sie haben darauf hingedeutet, daß das Präsidium sich in irgend einer Weise herabgewürdigt hat.

Abg. **Haase** (fortfahrend): Ich muß mich entschieden gegen diese Behauptung verwahren. Wenn Sie das Stenogramm nachlesen, so finden Sie, daß ich nicht im Entferntesten davon gesprochen habe, daß das Präsidium sich habe herabwürdigen lassen.

Vizepräsident **Büsing**: Sie haben gesagt, wenn der Präsident das und das thut . . . (Stürmische Unterbrechung links. Nein! nein!)

Abg. **Haase** (fortfahrend): Ich weiß sehr gut, was ich gesagt habe. Ich habe mich noch wohl kaum jemals einer Verletzung der Ordnung des Hauses schuldig gemacht! . . .

Vizepräsident **Büsing**: Sie haben doch gesagt, wenn der Präsident das und das thut . . . (Wiederholte stürmische Unterbrechungen links. Nein! nein!)

Abg. **Haase** (fortfahrend): Ich habe gesagt, wenn die Mehrheit weiter diese Wege wandelt, dann würde sie den Präsidenten herabwürdigen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Vizepräsident **Büsing**: Darin liegt der Ausdruck der Möglichkeit, daß das Präsidium herabgewürdigt wird. (Große Unruhe links.) Ich muß es für völlig ungeschlossen erklären, daß das Präsidium dieses Hauses sich jemals zu irgend etwas herabwürdigt. (Stürmische Bravo!-Rufe bei der Mehrheit.)

Abg. **Haase** (fortfahrend): Wollen Sie (nach rechts) mit Ihrem Lärm die Thatsache übertönen, daß Sie den Wunsch haben, unser Präsident solle, so lange Sie die Herrschaft haben, unterthan sein den despotischen Launen der Mehrheit? (Sehr gut! links. Lärm rechts.)

Vizepräsident **Büsing**: Herr Abgeordneter, was Sie soeben über das Präsidium und die Möglichkeit seiner Herabwürdigung sagen, gehört auf keinen Fall zur Sache, ich rufe Sie jetzt zur Sache. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. **Haase** (fortfahrend): Der Zusammenhang meiner Ausführungen mit dem gestellten Antrage ist ein sehr einfacher, wenn Sie nämlich zunächst über den Antrag Kardorff verhandeln, werden Sie zu den Schlußfolgerungen kommen, die ich hier festgestellt habe. Sie sprechen immer vom Ansehen des Reichstages. Das Ansehen des Reichstages hängt aber eng zusammen mit dem Ansehen des Präsidiums. Sie sollten daher dieses Ansehen Ihrerseits nicht untergraben. Nehmen Sie den Antrag an, lassen Sie die Geschäftsordnungs-Kommission zusammentreten. Wenn Sie die Zwischenzeit benutzen, um unsre Verhandlungen vom 16. Oktober, 29. Oktober und 7. November durchzugehen, so werden Sie finden, daß der Präsident ausdrücklich verkündet hat, daß über den § 1 Absatz 1 erst Beschluß gefaßt werden soll, wenn der Zolltarif durchberaten ist. Redner weist dies im einzelnen nach. Die Unruhe der Mehrheit ist so stark, daß er sich nur mit Mühe verständlich machen kann. Sie haben gestern einen Rechtsbruch verübt, indem Sie beschlossen haben, daß das Haus noch nicht in die Beratung über den Zolltarif eingetreten sei . . . (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Büsing**: Ich rufe Sie zum zweitenmale zur Sache. Die Frage, die Sie eben berührten, ist bereits erledigt. Ich mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam. (Große Unruhe bei der Opposition. Rufe: Oho!)

Abg. **Haase** (fortfahrend): Ich muß mich an dieser Stelle fügen, obwohl ich nach wie vor meine, daß meine Ausführungen im engsten Zusammenhange mit der Sache stehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie nicht den zweiten Rechtsbruch verüben wollen, dann dürfen Sie in der Beratung des Antrags Kardorff nicht fortfahren. Lehnen Sie den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ab, wenn Ihnen Recht, Gesetz und Billigkeit noch etwas gilt! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Singer** (Soc.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Kardorff. Der Antrag wird von der gesamten Linken (Abg. Richter ist nicht im Saale) unterstützt.

Die namentliche Abstimmung wird vorgenommen. Während der Schriftführer Abg. Frese eben begonnen hat, die Stimmzettel auf den Bänken der Socialdemokraten einzusammeln, beginnt Vizepräsident Büsing bereits diejenigen Herren, die ihre Stimmzettel noch nicht abgegeben haben, aufzufordern, die Zettel beim Präsidium abzugeben. (Laute Protestrufe bei den Soc.: Oho! Oho!)

Vizepräsident **Büsing**: Ich werde noch warten. (Heiterkeit.)

Die namentliche Abstimmung ergiebt die **Annahme** die Antrages v. Kardorff auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Singer mit 210 gegen 76 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen.

Vizepräsident **Büsing**: In der nun wieder eröffneten Diskussion über § 1 Absatz 1 des Zolltarif-Gesetzes hat das Wort zur Geschäftsordnung

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vg.):

Es entspricht einer alten Praxis des Hauses, daß zunächst immer erst die Referenten gehört werden. In den Drucksachen 704 a und b, die vom Zolltarif handeln, ist ausdrücklich auf die mündlichen Referate hingewiesen, denn nur über einen einzigen Abschnitt ist schriftlich Bericht erstattet worden. Da der Antrag v. Kardorff die Beschlüsse der Kommission zur Unterlage hat, so ist eine sachliche Beratung auch dieses Antrages, ohne daß die Referenten gehört werden, nicht möglich. Da nun nach dem Antrag v. Kardorff der gesamte Zolltarif uno acto erledigt werden soll, so beantrage ich, daß vor dem Beginn der Diskussion sämtliche 23 Referenten gehört werden. (Unruhe rechts.) Nun könnte der Fall eintreten, daß der eine oder andre Referent verzichtet, und es könnte weiter vorkommen, daß der Präsident erklärt: ich kann den Referenten nicht zwingen, zu reden. Für diesen Fall kündige ich schon jetzt einen Antrag an, diejenigen Positionen, für welche der Referent die Berichterstattung verweigert, an die Kommission zwecks Erstattung eines schriftlichen Berichts zurückzuverweisen. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Ich bitte den Herrn Präsidenten, mit den Referaten beginnen zu lassen und zunächst Herrn Abg. Graf Schwerin-Löwitz zur Berichterstattung über die Positionen 5—22 aufzufordern.

Vizepräsident **Büsing**: Es liegt ein präjudizieller Antrag Mottenbuhr vor, den ersten Absatz des Tarifs zwecks Erstattung des schriftlichen Berichts an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Mottenbuhr (Soc.): Ich ziehe den Antrag jetzt zurück.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Der Abg. Gothein hat verlangt, daß über die Petition vorher berichtet wird. Ich bitte, es beim alten Brauch zu belassen, über die Petition erst am Schlusse der III. Lesung zu referieren.

Abg. **Singer** (Soc.): Es handelt sich hier nicht um die Petitionen, sondern um die Positionen des Tarifs. Herr Gothein hat verlangt, daß die Petitionen gelegentlich der Beratungen der einzelnen Positionen selbst mit verhandelt würden und darüber Bericht erstattet würde. Was Herr Spahn Herrn Gothein sagen läßt, wäre sinnlos und sinnlos zu sein, ist das Vorrecht der Majorität geworden. (Große Heiterkeit.) Ich möchte Herrn Spahn bitten, seinen juristischen Scharfsinn nicht anzustrengen, um die Worte des Kollegen Gothein in ihr Gegenteil zu verkehren. Ich wundere mich nur, daß der Präsident nicht schon von selbst den Referenten das Wort zur Berichterstattung erteilt hat.

Vizepräsident **Büsing**: Dieser Vorwurf ist völlig unzutreffend. Herr Barth hat das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, ehe ein Vorschlag meinerseits überhaupt möglich war.

Abg. **Singer**: Wenn ich aus diesen Worten des Präsidenten schließen darf, daß er beabsichtigt, den Referenten das Wort zu geben, so bin ich ja zufrieden. (Heiterkeit.) Das Verlangen des Kollegen Barth ist völlig gerechtfertigt. Ohne ein Referat ist eine Entscheidung unmöglich.

Vizepräsident **Büsing**: Es ist die Diskussion eröffnet worden über § 1, 1 des Tarifgesetzes mit dem berichtigten Antrag v. Kardorff. Ein Teil dieses Antrages ist der Zolltarif. Ich werde daher den Referenten zum Zolltarif das Wort erteilen. Wenn die Herren mit dieser meiner Ausführung einverstanden sind, so darf ich vielleicht annehmen, daß weitere Wortmeldungen in dieser Sache und die dazu gestellten Anträge wegfallen?

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Ich bin im wesentlichen mit diesen Ausführungen einverstanden und möchte nur gegenüber Dr. Spahn sagen, daß ich mit keinem Wort gesagt habe, daß die Referenten außer über die Petitionen nicht auch über den materiellen Inhalt der Positionen reden sollen. Ich schlage weiter vor, nicht sämtliche Berichterstatter nacheinander sprechen zu lassen, sondern immer erst einen Bericht über die zusammengehörigen Positionen zu hören und dann die Diskussion darüber und über die betreffenden Anträge zu eröffnen.

Vizepräsident **Büsing**: Nachdem gestern der Antrag v. Kardorff für zulässig erklärt worden ist, ist nunmehr der ganze Zolltarif ein einheitliches Ganzes. Die Referenten würden nacheinander zum Zolltarif das Wort erhalten. Es läßt sich nicht anders machen. Ich nehme an, daß die Wortmeldungen und Anträge hierzu jetzt in Wegfall kommen. — Die Geschäftsordnungs-Debatte ist erledigt. Ich erteile nun das Wort dem Abg. Grafen Schwerin-Löwitz zur Berichterstattung über die Positionen 5—22 des Tarifs.

Referent Abg. Graf **Schwerin-Löwitz** (k.): Ich verzichte! (Stürmische Bewegung bei der Opposition. — Mehrere Abgeordnete der Linken melden sich zur Geschäftsordnung.)

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.): Ich stelle nun den Antrag, die Positionen 5—22 zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen. (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Es ist unzulässig, daß Graf Schwerin-Löwitz auf das Wort verzichtet. Die **Kommission hat mündliche Berichterstattung beschlossen.** Er erfüllt seine Pflicht nicht, wenn er sich weigert, zu berichten! (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. **Singer** (Soc.): Die Kommissionsbeschlüsse müssen begründet werden. (Während dieser Ausführungen besteigt Graf Schwerin-Löwitz die Rednertribüne.) Nur wenn schriftlicher Bericht vorliegt, darf der Berichterstatter auf das Wort verzichten. Der Reichstag darf sich nicht durch die Laune eines Berichterstatters ein durch die Geschäftsordnung gewährleistetes Recht wegeskamotieren lassen. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Wenn ein schriftlicher Bericht vorliegt, kann der Berichterstatter verzichten, wenn aber mündlicher Bericht zu erstatten ist, so ist der Berichterstatter verpflichtet, zu berichten.

Vizepräsident **Büsing**: Der Herr Berichterstatter ist bereit, zu referieren. (Stürmische Heiterkeit links.)

Berichterstatter Graf **Schwerin-Löwitz** (k.) beginnt nunmehr seinen Bericht über die Position 5 bis 22 des Zolltarifs um 1 Uhr 28 Min. und schließt den Bericht um 1 Uhr 37 Min. (Graf Posadowsky erscheint am Bundesratstische.)

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.) zur Geschäftsordnung) konstatiert, daß Graf Schwerin-Löwitz seinen Bericht in kaum 10 Minuten beendigt hat. Ich beantrage nunmehr nochmals die Zurückweisung dieser Positionen an die Kommission. (Heiterkeit links und Unruhe bei der Mehrheit.) Es handelt sich hier um eine ganze Reihe der wichtigsten Positionen des ganzen Zolltarifes. Ueber **einzelne** Positionen hat Graf Schwerin **überhaupt keine Silbe verlauten lassen.** Ein derartiger mündlicher Bericht ist nichts weiter als die **Karikatur** eines Berichts. (Große Unruhe bei der Mehrheit. Lebhafte Zustimmung links.)

Vizepräsident **Büsing**: Herr Abgeordneter, es ist nicht zulässig, daß Sie einem Mitgliede des Hauses vorwerfen, er hat die Karikatur eines Berichts geliefert. (Lebhaftes Oho! links.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Ich konstatiere, daß dieselben Herren, die mit so großem Nachdruck verlangen, daß hier Bericht erstattet wird, fast sämtlich während des Berichts außerhalb des Hauses waren. (Stürmischer Widerspruch links.) Ich konstatiere lediglich, daß die Bänke der Socialdemokraten fast leer waren.

Abg. **Singer** (Soc.): Erstens ist die Behauptung des **Herrn** Dr. Paasche unrichtig. Nur einzelne meiner Parteigenossen waren nicht anwesend. Wenn Herr Paasche aber auch recht hätte, so würden wir doch nur dem illustren Beispiel der Mehrheit gefolgt sein, das sie uns in den letzten Tagen fortgesetzt gegeben hat. Die Berichterstattung des Abg. Graf v. Schwerin-Löwitz gab kein Bild von den Kommissionsverhandlungen. Wichtige Vorgänge wurden nicht erwähnt. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Es ist nicht einmal mitgeteilt worden, welche Abänderungsanträge gestellt worden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) **Haben Sie je eine solche Berichterstattung gehört?** (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die jämmerliche Berichterstattung erklärt sich aus dem **Widerwillen** überhaupt, den **Tarif sachlich zu beraten.** Sie (nach rechts) sagen, Sie vertreten die Würde und die Selbstachtung des Reichstages. Wie können Sie das auf Grund solcher Berichterstattung noch behaupten? (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Es handelt sich doch um Beschlüsse der Kommission, die die Lebenshaltung des deutschen Volkes aufs äußerste beeinträchtigen. Angesichts dieses unzureichenden Berichts müssen wir beantragen, daß wir nunmehr auf dem Wege des schriftlichen Berichts erfahren, was in der Kommission geschehen ist. Wenigstens das äußere Gerippe der Verhandlungen muß gegeben werden. In zehn Minuten läßt sich ein solcher Bericht überhaupt nicht geben. Ich möchte den Berichterstatter bitten, wenigstens nochmals das Wort zu nehmen und uns über das Schicksal der Anträge aufzuklären. Er muß uns doch weiter sagen, was die Regierungsvertreter in der Kommission gesagt haben. Möge er sich doch den trefflichen Bericht des Abg. Speck zum Muster nehmen. (Während der Rede des Abg. Singer finden eingehende Konferenzen zwischen den Abgg. v. Kröcher [k.] und Bassermann [natl.] und zwischen den Abgg. Dr. Arendt [Rp.] und Spahn [Z.] statt.) Wird denn die **Regierung nicht endlich hier öffentlich Stellung nehmen zum Antrag Kardorff?** (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. Rufe: Posadowsky soll sprechen!) Es sind doch Kommissionsbeschlüsse von der Regierung für unannehmbar erklärt worden. (Mit erhobener Stimme:) Was für eine **Wirtschaft** ist denn das mit der **Regierung?** Ist sie denn nur dazu da, **hinter dem Rücken des Plenum mit der Mehrheit zu verhandeln?** (Graf **v. Posadowsky verschwindet bei den Worten schleunigst aus dem Saale.** Stürmische Heiterkeit bei der Opposition.) Die Regierung hat **geheime Abmachungen** mit der Majorität getroffen, mit der sie ein Jahr lang im heftigsten Widerspruch stand. Das ist eine furchtbare Blamage für sie vor ganz Europa. Ich beantrage die namentliche Abstimmung über den Antrag Barth. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.): Wir haben uns wegen der Schwierigkeit, den Abgeordneten Grafen Schwerin-Löwitz, der sehr undeutlich sprach, zu verstehen, auf die andre Seite des Hauses begeben. Das scheint Herrn Paasche ganz entgangen zu sein. Berichte mit besserem Inhalt, was bei diesem Berichte ja nicht der Fall war, sollen ja auch im stenographischen Bericht gelesen werden. Auch haben die Herren, die herausgegangen sind, es wahrscheinlich für unmöglich gehalten, daß in zehn Minuten über die wichtigsten Positionen Bericht erstattet würde. Von diesem Bericht konnten wir allerdings nichts lernen. Es **war der** schlechteste Bericht, den ich je gehört habe.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.) wendet sich gleichfalls aus denselben Gründen gegen den Abgeordneten Paasche und beschwert sich darüber, daß dieser versucht hat, die Ernsthaftigkeit der Absicht der Minderheit zu bezweifeln, hier eine sachliche Beratung herbeizuführen. Der Bericht war ganz oberflächlich gewesen. Eines aber war besonders charakteristisch: Graf **Posadowsky verschwand in demselben Augenblick, wo hier auf die Haltung der Regierung eingegangen wurde.** (Sehr richtig! links.) Das beweist, daß die **Regierung** sich an den **sachlichen Verhandlungen nicht beteiligen will.**

Abg. **Dr. Paasche** (natl.) hält unter lebhaftem Protest der Socialdemokraten die Behauptung aufrecht, daß die Mehrheit der Linken während des Referats des Abg. Schwerin-Löwitz den Saal verlassen habe. Ich verstehe auch nicht, wie dieselben Herren einen ausführlichen Bericht verlangen können, die wiederholt erklärt haben, sich durch keine Gründe mehr für den Tarif gewinnen zu lassen.

Abg. **Stadthagen**: Ich muß von dem Präsidium verlangen, daß es den Schriftführer Paasche anweist, uns mitzuteilen, wie er zu der unrichtigen Behauptung kommt, ich wäre hinausgegangen. (Abg. Paasche: Sie nicht!) Sie haben gesagt, die Mehrheit der Linken sei herausgegangen. Sie hätten wenigstens die Verpflichtung gehabt, Namen zu nennen und dürften nicht solche allgemeinen Behauptungen aufstellen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Daß die Positionen zur schriftlichen Berichterstattung zurückverwiesen werden müssen, halte ich wohl für selbstverständlich.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Ich konstatiere, daß unser Verlangen in der Kommission auf schriftliche Berichterstattung mit dem Bemerken zurückgewiesen wurde, daß ein mündlicher Bericht möglich sei. Es hat sich nunmehr erwiesen, daß er nicht möglich ist. Im übrigen habe ich es auch vermißt, daß der Berichterstatter irgend ein Wort über die Petitionen gesagt hätte.

Abg. **Bernstein** (Soc.): Ich konstatiere, daß die **Bänke** des **Centrums** und der **Rechten fast leer sind bei der Erörterung einer so überaus wichtigen Frage.** (Sehr richtig! bei den Soc.) Es handelt sich hier um sehr bedeutende Zollerhöhungen landwirtschaftlicher Produkte, gegen die sich sogar, wie ein mir vorliegender Brief eines ostpreußischen Gutsbesitzers beweist, Großgutsbesitzer teilweise gewandt haben. Diese Zollerhöhungen rächten sich vielfach gerade gegen die kleinen Landwirte und Schweinezüchter, in deren Interesse die Agrarier immer vorzugehen behaupten. Sie bedrohen die Existenzbedingungen einer Anzahl von Landwirten und des ganzen Volkes. (Während dieser Ausführungen hat Graf Posadowsky wieder den Saal betreten.) Bei solchen wichtigen Maßnahmen erfordert es die Würde des Reichstags, daß wenigstens zunächst die Kommissionsverhandlungen dem Hause in genügender Weise zur Kenntnis gegeben werden. Tausende, Millionen von Existenzen schauen jetzt mit Angst auf die Ereignisse im Reichstag. Ganz willkürlich greift der Antrag v. Kardorff eine Anzahl von Positionen, die landwirtschaftliche Instrumente betreffen, in einseitigem agrarischen Interesse aus dem Tarif heraus, auf Kosten großer andrer, auch industrieller Kreise.

Vizepräsident Graf **Stolberg**: Ich habe Ihnen einen weiten Spielraum gegeben, möchte aber doch bitten, sich mehr an den Antrag Dr. Barth zu halten.

Abg. **Bernstein** (fortfahrend): Ich war schon am Schluß. (Heiterkeit links.) Nehmen Sie den Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission an. Sonst dürfen Sie sich nicht beschweren, wenn das Wort von der Würde des Reichstags als eine leere Redensart, eine Heuchelei, eine Täuschung des Volkes bezeichnet wird! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Röcke**-Dessau (wildkons.): Ueber den sehr wichtigen Malzzoll hat Graf Schwerin-Löwitz nichts gesagt. Auch die Differenzierung zwischen Brau- und Futtergerste, auf der das ganze Kompromiß beruhte, hat er mit keinem Wort erwähnt. Er

hätte uns doch wenigstens sagen sollen, was er sich eigentlich unter Braugerste vorstellt. (Hört! hört! links.) Es ist durchaus notwendig, schriftliche Berichterstattung zu verlangen. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über den Antrag Dr. Barth auf Zurückverweisung der Positionen 5—22 an die Kommission ist eine namentliche. Sie ergiebt bei Anwesenheit von 308 Abgeordneten die Ablehnung des Antrages Dr. Barth mit 228 gegen 78 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Bevor ich dem folgenden Referenten, Abg. Gamp, das Wort gebe, erteile ich dasselbe dem Staatssekretär Grafen v. Posadowsky.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Es ist im Laufe der Geschäftsordnungs-Debatte wiederholt die Frage aufgeworfen, ob sich die Regierung zu dem Anträge v. Kardorff nicht äußern wolle. Es entspricht nicht den Gepflogenheiten der verbündeten Regierungen oder des Reichskanzlers, das Wort innerhalb einer Geschäftsordnungsdebatte dieses hohen Hauses zu ergreifen. Die Regierung lehnt es entschieden ab, sich in die inneren Angelegenheiten der Ordnung der Geschäfte dieses Hauses einzumischen. Ich muß auch ausdrücklich um Entschuldigung bitten, wenn ich in diesem Stadium das Wort nehme, weil es nicht der Sitte des Hauses und den Gepflogenheiten der Regierung entspricht, zwischen den Vorträgen der einzelnen Referenten das Wort zu ergreifen. Wir können uns über den Antrag Kardorff erst äußern, wenn das Haus in die sachliche Beratung dieses Antrages eingetreten ist. Die verbündeten Regierungen können im Interesse der wichtigen Geschäfte des Landes nur wünschen, daß dieser Zeitpunkt möglichst bald eintreten möge. (Beifall bei der Mehrheit.)

Um 2 Uhr 55 Minuten erteilt Vicepräsident Graf Stolberg das Wort dem

Abg. **Gamp** (Rp.) zur Berichterstattung über die Positionen 23 bis 43 des Tarifs (Kartoffeln, Futtergewächse, Hopfen, Küchengewächse, lebende Pflanzen, Blumen, Blätter usw.)

Abg. **Gamp** erstattet den mündlichen Bericht, der um 3 Uhr 10 Minuten beendet ist.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Der Abg. Stolle beantragt **Zurückverweisung** der Positionen 23—43 an die Zolltarif-Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. (Unruhe rechts.) Der Abg. Stolle wünscht also das Wort zur Geschäftsordnung? (Abg. **Bebel** meldet sich zum Wort.) Oder Abg. Bebel?

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Ich beantrage **Uebergang zur Tagesordnung** über den Antrag Stolle. (Abg. **Bebel** verlangt das Wort gegen diesen Antrag.)

Vicepräsident Graf **Stolberg** erteilt das Wort dem Abg. Bebel.

Abg. **Bebel**: Wollen Sie nicht zunächst einen Redner für den Antrag sprechen lassen?

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Ach so — — (Heiterkeit) Das Wort für den Antrag hat Herr Dr. Arendt.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Nachdem wir ein Referat gehört haben, das nach jeder Richtung hin den Anforderungen entspricht (Lebhafter Widerspruch links), und nachdem vorher durch Beschluß des Hauses festgestellt worden ist, daß eine Zurückverweisung der Positionen nicht gewünscht wird und wir auch annehmen, daß alle solche Anträge nur gestellt werden in der Absicht, Zeit zu gewinnen, so werden wir **stets** darüber **Antrag auf einfache Tagesordnung** einbringen. (Lachen links.)

Abg. **Bebel** (Soc.):

Wir halten das Referat des Herrn Gamp durchaus nicht für genügend, ja zum Teil für ganz unbrauchbar. Er hat eine knappe Viertelstunde gebraucht, um über eine ganze Reihe von äußerst wichtigen Positionen zu berichten, bei 14 derselben hat die Kommission erhebliche Zollerhöhungen noch über die Regierungsvorlage hinaus beschlossen. Die Gründe für diese Erhöhung hat Herr Gamp uns nicht angegeben. In der Kommission hat die Debatte über diese zwanzig Positionen 3—4 Sitzungstage in Anspruch genommen. Eine schriftliche Berichterstattung über diese Positionen ist jetzt, da Sie die Specialberatung des Tarifs durch den Antrag v. Kardorff verhindern wollen, um so wichtiger, weil sonst das Volk draußen ja gar keine Ahnung hat, was für Beschlüsse unsrer Beratung zu Grunde liegen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Graf v. Posadowsky erklärte vorhin, die verbündeten Regierungen mischten sich nicht ein in die Geschäftsordnung des Hauses. Es ist aber klar, daß der Antrag v. Kardorff hier gar nicht zur Verhandlung gekommen wäre, wenn die verbündeten Regierungen nicht ihre Zustimmung zu ihm erteilt hätten. **Die verbündeten Regierungen sind also schuld an dem Antrage.** Sie sind die Ursache, daß wir hier tagelang Geschäftsordnungs-Debatten gehabt haben. (Sehr richtig! links. Abg. **Arendt**: Zur Sache!) Die Regierung hätte uns längst die Gründe mitteilen müssen, welche sie veranlaßten, sich für den Antrag v. Kardorff zu erklären. (Sehr richtig! links.) Ich kann also die Erklärungen des Grafen v. Posadowsky, die Regierung wolle sich nicht in die Geschäfte des Hauses mischen, als unter diesen Umständen ganz unpassend zurückweisen.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Wenn ich richtig verstanden habe, so hat Herr Bebel gesagt, er müsse eine Aeußerung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky als unpassend zurückweisen. (Zustimmung des Abg. **Bebel**.) Wenn das richtig ist, so erkläre ich eine solche Aeußerung für unzulässig, und **da es sich um ein Mitglied der Regierung handelt** (mit der Glocke ausholend. Heiterkeit links), so rufe ich **ihn zur Ordnung.** (Gelächter bei der Opposition.) Abg. **Ledebour** ruft: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Die Abstimmung über den Antrag Arendt auf einfache Tagesordnung über den Antrag Stolle ist auf Antrag Singer eine **namentliche**.

Die Abstimmung ergiebt bei einer Anwesenheit von 303 Abgeordneten die Annahme des Antrags Dr. Arendt mit 230 gegen 72 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung.

Die Zählung der Zettel durch die Schriftführer und die Ermittelung des Resultats durch den Präsidenten nimmt **außergewöhnlich viel Zeit** in Anspruch. Es scheinen Meinungsverschiedenheiten obzuwalten zwischen dem Präsidenten Grafen **Ballestrem** und dem Schriftführer Dr. **Pausche**, die eifrig mit einander verhandeln. Endlich verkündet Präsident Graf **Ballestrem** das mitgeteilte Ergebnis als das **„vorläufige** Resultat der Abstimmung".

Darauf erstattet — um 3 Uhr 37 Minuten —

Abg. Dr. **Blankenhorn** (natl.): Im Bericht über die Kommissionsverhandlungen über die Positionen 44—59 (Obst, Südfrüchte, Frucht- und Pflanzensäfte). Der Bericht ist um 4 Uhr 4 Minuten beendet.

Abg. **Haußmann**-Böblingen (deutsche Volksp.) beantragt, die Position 46 (Frisches Obst: Aepfel, Birnen, Quitten, Aprikosen, Pfirsiche, Pflaumen, Erdbeeren, Himbeeren, Stachelbeeren, Heidelbeeren usw.) zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission **zurückzuverweisen.**

Abg. **Bassermann** (natl.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag und begründet dies kurz.

Abg. **Haußmann**-Böblingen (deutsche Vp.) spricht gegen den Uebergang zur Tagesordnung. Es handelt sich bei dieser Position um sehr bedeutsame Zollerhöhungen, deren Inaussichtstehen schon zu einer partiellen Verarmung der betroffenen Kreise geführt hat. Viele Vertreter von specielleren Interessengruppen haben sich auf die Specialberatung des Tarifs verlassen. Jede Berücksichtigung dieser Interessen ist aber unmöglich, wenn Sie alles durcheinander gehen lassen. Dazu kommt erschwerend die Erklärung des Grafen Posadowsky, daß die Regierung sich nur in genereller Weise äußern, an der Einzelberatung aber nicht beteiligen wolle. Hüten Sie sich nach dem Streit vom 2. Dezember wenigstens vor den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen des Volkes. (Beifall links.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Wir kommen zur Abstimmung — —

Abg. **Haußmann**-Böblingen: **Ich ziehe meinen Antrag zurück!** Die Herren hier auf der Linken sind auch der Ansicht, daß er aussichtslos ist.

Präsident Graf **Ballestrem**: Damit erledigt sich auch der Antrag Bassermann.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.) giebt einen eingehenden Bericht über die Positionen 60—72 (Kolonialwaren: Kaffee, Kakao, Thee, Gewürze usw., pflanzliche Erzeugnisse zum Gewerbe- oder Heilgebrauch.) Dies Referat dauert von 4 Uhr 14 Minuten bis 4 Uhr 55 Minuten.

Abg. **Gamp** (Rp.) referiert über die Positionen 73—98 (Zölle auf Erzeugnisse der Forstwirtschaft, u. a. Holzzölle, Quebrachozoll, Kautschuk, Kampher). Sein Referat beginnt 4 Uhr 56 Minuten und endigt um 5 Uhr 15 Minuten mit einer persönlichen Bemerkung gegen den Abg. Bebel, den er bittet, nicht mehr den Vorwurf der Gewissenlosigkeit gegen ihn zu erheben. Herr Bebel bringe ja bei seinen Angriffen auf die Ehre andrer diesen weniger Hochachtung entgegen, als er Hochachtung vor der Ehre seiner eignen Partei von andren verlange. Er bitte ihn aber doch, solche sachlich ganz ungerechtfertigten Vorwürfe zu unterlassen.

Abg. **Wurm** (Soc., zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Positionen 91, 92, 93, betreffend Gerbrinden, Quebrachoholz und andren Gerbhölzern, an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung **zurückzuverweisen.** Während die Kommission über diese hochwichtige Frage in erster Lesung einen ganzen Tag beraten hat, hat Herr Gamp seinen Bericht darüber in wenigen Minuten erledigt.

Es handelt sich hier **um das Wohl von Hunderttausenden deutscher Arbeiter.** Die Existenz einer großen Anzahl von Industrien steht in Frage. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Abg. **Gamp** (Rp.): Ich möchte dem Herrn Abg. Wurm hiermit die Akten der Kommission zur Verfügung stellen. Er wird sich dann überzeugen, daß ich mehr mitgeteilt habe, als in diesen Akten enthalten ist. (Gelächter links.)

Abg. **Wurm** (Soc.): Mir ist **selten** ein **schlechteres Protokoll** zu Gesicht gekommen, als das **Protokoll der Zolltarif-Kommission.** In einzelnen Blättern, und zwar nicht nur meiner Partei, haben weit bessere Berichte über die Kommissions-Verhandlungen gestanden, als in diesen Protokollen. Man wundert sich, wenn man die Protokolle liest, daß so wenig in der Kommission geredet sein soll, während die Zeitungen so viel berichteten. Speciell auch die Erklärungen der Regierungsvertreter sind darin sehr dürftig.

Präsident Graf **Ballestrem**: Der Abg. Dr. Arendt beantragt Uebergang zur **einfachen Tagesordnung.**

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Ich ziehe diesen Antrag zurück.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Ich halte es doch für angebracht, im Rahmen einer Geschäftsordnungs-Bemerkung noch auf die von Herrn Gamp so vernachlässigten Positionen einzugehen, um Ihnen zu beweisen, wie notwendig es ist, daß Sie meinem Antrage Folge leisten. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ist ja auch nur zurückgezogen, weil Sie uns die Gelegenheit entziehen wollten, unsern Antrag zu begründen. Der **Quebrachozoll** ist von der Kommission gegenüber der Regierungsvorlage um das siebenfache erhöht worden. Nur durch die Zollfreiheit des Quebracho, an deren Stelle die Kommission einen 7 Mark-Zoll gesetzt hat, ist es bisher der deutschen Lederindustrie möglich gewesen, gegenüber der amerikanischen Konkurrenz den Inlandsmarkt zu behaupten. Wenn Sie diesen Zoll annehmen, so schädigen Sie eine blühende Industrie aufs äußerste zu Gunsten einer winzigen Anzahl von Schälwaldbesitzern. Das sind dieselben Herren, die immer behaupten, sie wollten den Schutz der nationalen Industrie! Die Industrie hat sich auch einmütig gegen eine Verzollung erklärt. Auch Minister Möller war früher als Abgeordneter ein Gegner des Quebracho-Zolles. In der Kommission erklärte er, er dürfe als Interessent seine Stellung nicht so scharf markieren, wie er es sonst thun würde. Das war eine durchaus erklärliche Haltung. Aber diese Vorgänge aus der Kommission mußten doch hier zur Sprache gebracht werden. (Während dieser Ausführungen sitzt **Handelsminister Möller** neben dem Staatssekretär Frhrn. v. Thielmann am Bundesratstisch.) Herr Gamp scheint von alledem nichts zu wissen, er muß dabei gewesen sein, Herr Gamp! (Abgeordneter **Gamp** ruft: Ich bin dabei gewesen!) Um so schlimmer für Sie, Herr Gamp! (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Es wäre unverantwortlich, wenn alle diese Dinge hier verschwiegen würden, weil die Mehrheit glaubt, daß es Zeit zum Abendbrot ist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich protestiere gegen ein solches Verhalten im Namen von Hunderttausend deutschen Arbeitern, die durch den Quebrachozoll außerordentlich geschädigt würden. Ich bin legitimiert zu diesem Protest, zu dem mich die Organisation der deutschen Lederarbeiter ausdrücklich aufgefordert hat. Ich habe auch in der Kommission — was Herr Gamp ebenfalls vergessen hat — ausführlich dargelegt, daß eine einzige Fabrik, die 25 000 Häute verarbeitet, schon bei einem Zoll von 1 Mark, wie ihn die Regierungsvorlage wollte, 40 000 Mark Zoll jährlich bezahlen müßte. Sie erklärt schon dabei kaum bestehen zu können. Bei 7 Mark Zoll müßte **diese Fabrik jährlich 280000 Mark bezahlen!** (Hört! hört! links.) **Das bedeutet die gewaltsame Schließung dieser Fabrik.** Nun hat das Kriegsministerium erklärt, daß es schlechte Erfahrungen mit dem Quebracho-Leder gemacht habe. Es war die Pflicht des Berichterstatters mitzuteilen, daß nachgewiesen worden ist, daß dieses ungünstige Urteil des Kriegsministeriums auf falschen Voraussetzungen beruhte. (Hört! hört! links.) Das Urteil stammt aus den ersten Jahren der Quebracho-Einfuhr, aus dem Anfang der 90er Jahre. Damals verstanden die deutschen Gerber, wie es im Anfange jeder industriellen Neuerung geht, noch nicht genügend mit dem Quebracho umzugehen. Jetzt ist es anders geworden. Wenn die deutschen Lederarbeiter den Bericht des Herrn Gamp gehört hätten, so müßten sie ja sagen, wir hätten in der Kommission alle geschlafen! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ganze Stöße von Petitionen, zahlreiche Broschüren sind uns zum Quebracho zugegangen. Auch davon hat Herr Gamp kein Wort gesagt. (Hört! hört! links.) Mir wurde das Wort in der Kommission abgeschnitten, so daß ich nicht alle notwendigen Ausführungen machen konnte.

Die Beschlüsse der Kommission haben solches Aufsehen erregt, daß man in Fachkreisen behauptete, die Leute, die solche Beschlüsse faßten, müßten gar nicht gewußt haben, worum es sich handelte. Der deutsche Eichenschälwald hat schon zu der Zeit keinen Ertrag mehr gegeben, als noch keine Rede von der Einfuhr von Quebracho war. Jetzt, wo es der deutschen Lederindustrie gelungen ist, sich die amerikanische Konkurrenz vom Halse zu halten, soll sie im Interesse der paar Leute, die an dem deutschen Schälwald interessiert sind, vernichtet werden. Nicht nur die Unfallregierung von heute, auch die feste Regierung von 1895 hat einen Zoll auf Quebracho für unannehmbar erklärt. Zum mindesten müßte man doch hiergegen Rede und Gegenrede hören. Wenn auf der Rechten das Wort nicht ergriffen wird, wird man im Lande einsehen, daß unsre Ansichten die richtigen sind. Warum genieren Sie sich denn zu sagen, welche Gründe Sie für den hohen Zoll haben? Ich glaube, Sie genieren sich deshalb, weil Sie nichts zu sagen haben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sie wollen eben auch hier nur gewissen Agrariern helfen und das Interesse von Hunderttausenden von Arbeitern kümmert Sie wenig. Im Lande hat man erwartet, daß **die Regierung** doch wenigstens **ihr Unannehmbar** wiederholen werde zur Beruhigung der beteiligten Kreise. Ein derartiger Zoll greift in die Existenz der beteiligten Industrie ein, wie ein Räuber in das Leben des Einzelnen. (Zustimmung links.) Herr Gamp hat von alledem kein Wort gesagt. Er muß sich also schon den Vorwurf gefallen lassen, daß sein Referat unzureichend war. Wir brauchen ein ziffernmäßiges, mit merkantilen und technisch genauen Angaben ausgestattetes Referat über diese Materie. Daher bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Der Herr Abg. Dr. Müller-Sagan beantragt die Positionen 91, 92, 93 und 381 (Gerbstoffextrakte) an die **Kommission zur nochmaligen Berichterstattung zurückzuverweisen.** Der Herr Abg. Sachse beantragt für die Position 81 (Felgen und Speichen) dasselbe. Dagegen beantragt der Abgeordnete Dr. Arendt über **alle** diese Anträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Für den Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Ich werde dem Beispiel des Abg. Wurm nicht folgen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Weil Sie es nicht können! — Heiterkeit links.) Wenn in der Ausdehnung, die Abg. Wurm verlangt, über die Kommissionsverhandlungen berichtet würde, so brauchten wir überhaupt keine Kommissionsberatungen. Dann würde allein die Berichterstattung im Plenum wieder 110 Sitzungen in Anspruch nehmen. Wir können Herrn Gamp nur dankbar sein für die genaue Art seines Berichts. (Gelächter links.) Ich bitte alle Anträge auf Zurückverweisung durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Gegen den Tagesordnungs-Antrag erhält das Wort

Abg. **Bock** (Soc.),

der nochmals auf die eminente Schädigung der deutschen Lederindustrie und der Lederarbeiter durch den sinnlos hohen 7 Mark-Zoll auf Quebracho hinweist.

Vicepräsident **Büsing**

bittet den Redner, zum Tagesordnungs-Antrag zu sprechen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Bock** (fortfahrend):

Diese Ausführungen gehören dazu. Ich wundere mich, daß der nationalliberale Abg. Heyl v. Herrnsheim heute nicht anwesend ist.

Vicepräsident **Büsing**:

Ob Freiherr Heyl v. Herrnsheim hier anwesend ist oder nicht, hat nichts mit der Frage auf Uebergang zur Tagesordnung zu thun! (Heiterkeit und Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Bock**

bittet um Ablehnung des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung.

Vicepräsident **Büsing**

teilt mit, daß der Antrag Dr. Müller-Sagan auf Zurückverweisung der Positionen 91, 92, 93 und 381 zurückgezogen ist. Er fährt fort: Wir kommen zur Abstimmung über die Tagesordnungs-Anträge Sachse und Wurm. Diese Abstimmung ist auf Antrag Singer eine namentliche.

Die Abstimmung ergiebt Annahme des Antrages **Arendt** mit 231 gegen 79 Stimmen.

Abg. **Herold** (C.) berichtet nunmehr über die Positionen 99—123 (**Tiere und tierische Erzeugnisse**: Federvieh, Fleischextrakt, Fische, Heringe, Kaviar, Austern, Krebse). Das Referat des Abg. Herold dauert von 6^{10} bis 6^{45} Uhr.

Vicepräsident **Büsing**: Abgeordneter Molkenbuhr beantragt, die Positionen 106 (Federvieh), 109 (Haarwild), 110 (Federwild), 114 (gesalzene Heringe), 116 (Kaviar), 121 (Seekrebse) an die Kommission zurückzuverweisen. Gleichzeitig beantragt der Abg. **Spahn Uebergang zur einfachen Tagesordnung** über diesen Antrag.

Abg. Dr. **Spahn** (C.) begründet kurz seinen Antrag.

Abg. **Molkenbuhr** Soc.) spricht gegen den Antrag Spahn. Das Protokoll der Kommission war durchaus unzuverlässig. In einem Teil der Presse war die falsche Nachricht verbreitet, wir seien in der Kommission für **Zollfreiheit des Kaviars** eingetreten. Solche Unwahrheiten entstehen durch einen unzuverlässigen Bericht. Auch die Legenden des Dr. Bachem wären unmöglich gewesen, wenn ein korrekter Bericht vorläge. Der Berichterstatter hat mit keinem Wort die schweren Bedenken gegen die Geflügelzölle und gegen die Einführung eines Heringszolls, die in der Kommission geltend gemacht worden, erwähnt. Ich bitte dringend um die Zurückverweisung an die Kommission. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Bebel eine namentliche. Sie ergiebt die Annahme des Antrags mit 222 gegen 73 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Nunmehr beginnt um **7 Uhr 7 Minuten**

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) sein Referat über die Positionen 124—141 (**Tierische Fette, Milch, Butter, Eier, Käse, Honig**) und beendet seine Wiedergabe der Kommissionsverhandlungen 10 Minuten nach $^1/_4$8 Uhr.

Als Berichterstatter über die Positionen 142—159 erklärt Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Ich habe nur einen kurzen Bericht zu erstatten, hoffe aber doch Ihre allgemeine Zufriedenheit zu erwerben. (Heiterkeit.) Die Kommission hat mir, gewiß entsprechend meinen Fähigkeiten, das leichteste Referat überlassen (Große Heiterkeit), sie hat mir nur 19 Positionen zugewiesen, von denen $14^1/_2$ zollfrei sind. (Heiterkeit.) Im übrigen handelt es sich um die Positionen Bettfedern und Schmuckfedern. Der Bericht des Abg. Paasche dauert **7 Minuten.**

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.): Herr Paasche hat vergessen, über die Position **Vogelbälge** zu referieren. Hier wäre eigentlich ein hoher Zoll im Interesse der heimischen Vogelwelt angebracht.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): In der Kommission haben die Socialdemokraten Zollfreiheit beantragt. Recht muß ich dem Vorredner darin geben, daß ich diesen Punkt übersehen habe.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Wir haben in der Kommission Zollfreiheit für Vogelbälge beantragt, aber nur zu wissenschaftlichen Zwecken. Ich bitte Herrn Paasche, den Bericht über diesen Punkt nachzuholen und verzichte vorläufig einen Antrag auf Zurückverweisung dieses Punktes zu stellen.

Abg. **Sieg** (natl.) erstattet den Bericht über die Positionen 160 bis 175 (Erzeugnisse landwirtschaftlicher Nebengewerbe, **Mehl, Reis, Oele, Zucker**).

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Es ist ja sehr schwierig für die Referenten, in so später Stunde — ($8^1/_4$ **Uhr**) — und unvorbereitet zu referieren. Der uns eben erstattete Bericht war aber doch sehr dürftig; **er** ist zum Beispiel auf die **Oelzölle** überhaupt nicht eingegangen.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Sie haben lediglich das Wort zur geschäftlichen Behandlung des Referats des Herrn Abgeordneten Sieg.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.): Ich berufe mich auf die Praxis, die Präsident Graf Ballestrem eingeführt hat, indem er in einem solchen Falle ganz ähnliche Ausführungen zugelassen hat. Der Redner fährt hierauf unter Heiterkeit der Linken vom Vicepräsidenten Graf Stolberg nicht wieder unterbrochen in seinen Ausführungen über die Oelzölle fort und beantragt schließlich Ueberweisung der Oelzoll-Positionen an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung.

Abg. Dr. **Spahn** (C.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Gothein und begründet diesen Antrag kurz.

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soc.) spricht gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung. Redner geht ausführlich auf die Wirkung der Mehlzölle ein. Die Mehrheit, die in Erwartung der bevorstehenden Abstimmung wieder vollzählig im Saale erschienen ist, unterbricht den Redner häufig durch **stürmische Rufe: zur Geschäftsordnung!** wird aber vom Vicepräsidenten Grafen Stolberg zur Ruhe verwiesen.

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Bebel eine **namentliche.** Der Antrag wird mit **214 gegen 68** Stimmen angenommen bei einer Stimmenthaltung.

Abg. **Gothein** (zur Geschäftsordnung):

Ich wollte nur folgendes konstatieren: Herr Abg. **Fischer** hat hier 20 Minuten lang zum Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Positionen 164, 165, 169, betreffend Oelzölle, zwar das Wort erhalten, aber thatsächlich nicht mit einem Worte dazu gesprochen, sondern er hat die ganze Zeit über den Grenzverkehr in Mehl gesprochen. Er durfte doch lediglich zu den Positionen sprechen, die ich zurückzuverweisen beantragt hatte. Wenn nun Herr Fischer thatsächlich zu ganz etwas andrem geredet hat, so ist die **Bedingung nicht erfüllt, daß einer für den Antrag auf einfache Tagesordnung gesprochen hat und einer dagegen.** (Großer Lärm bei der Mehrheit.) Der Präsident war verpflichtet, ihm das Wort zu entziehen. (Sehr gut! links.) Es liegt mir gänzlich fern, dem Herrn Präsidenten einen Vorwurf zu machen. Denn ist es selbstverständlich, daß, **wenn man 9 Stunden tagt, das Haus absolut nicht mehr fähig ist, zu folgen.**

Großer Lärm bei der Mehrheit.) Es ist ja sehr traurig, wenn **solche lächerliche Sachen** hier im preußischen Reichstage vorkommen. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Der Reichstag kommt mir dabei in der That weniger vor, wie der deutsche, als wie der polnische! (Sehr gut! links. Lärm bei der Mehrheit.)

Vicepräsident **Büsing:**

Herr Abgeordneter, Sie wollten zur Geschäftsordnung sprechen.

Abg. **Gothein** (fortfahrend):

Bei diesen Unterbrechungen kann ich das nicht. Ich wollte also bloß die Bitte aussprechen, daß alle diejenigen, die es mit der Würde des Reichstags ernst nehmen, dafür sorgen, daß nicht solche Scenen vorkommen, wo weder der Präsident noch die überwiegende Mehrheit des Hauses merkt, daß ein Redner nicht mit einem Worte zur Sache spricht. Wenn wir hier einen Vertagungsantrag einbringen, so werden Sie ihn ja doch ohne weiteres niederstimmen. (Sehr richtig! rechts.) Indem Sie hier weiter tagen, provozieren Sie aber derartige Scenen und das fällt mit auf Sie zurück, denn **Sie alle haben es nicht bemerkt, daß Herr Fischer nicht zur Sache sprach.** (Große Unruhe bei der Mehrheit. Bravo! links.)

Abg. **Stadthagen** (Soc., zur Geschäftsordnung, mit großer Unruhe von der Mehrheit empfangen): Der Berichterstatter hat nicht in genügender Weise Bericht über die Pos. 160—163 erstattet, die sich beziehen auf Mehl, Reis, Graupen und sonstige Müllerei-Erzeugnisse. Ich beantrage deshalb, diese Positionen zwecks schriftlicher Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen. Hierbei kommen besonders in Bezug auf den **Grenzverkehr** Fragen in Betracht, die noch nicht erörtert sind.

Vicepräsident **Büsing:**

Das Referat des Abg. Sieg ist **erledigt.** (Lebhafte Rufe bei der Opposition: **Nein, nein!**) Ich wiederhole, es ist erledigt durch Ablehnung des Zurückverweisungs-Antrages. (Erneute Rufe: **Nein, nein!**)

Abg. **Stadthagen:**

Der Präsident ist im Irrtum. Mein Antrag bezieht sich nicht auf die Positionen, die zurückzuverweisen vorhin beantragt war, sondern auf die Positionen 160—163.

Vicepräsident **Büsing:**

Ich hatte mich geirrt. (Hört! hört! bei der Opposition.)

Abg. **Stadthagen** fährt fort seinen Antrag zu begründen.

Abg. Dr. **Spahn** (C.) beantragt Uebergang zu einfachen Tagesordnung über den Antrag Stadthagen und bemerkt dazu: Ich branche meinen Antrag nicht weiter zu begründen. Gründe sind so billig wie Brombeeren.

Abg. **Fischer-Sachsen** (Soc.) macht längere Ausführungen gegen den Antrag auf Tagesordnung. Gerade aus den Kreisen der **Wähler des Centrums** sind eine große Reihe von **Positionen** an uns gelangt, **die Erleichterungen** des Grenzverkehrs verlangen. Daher haben die Herren vom Centrum nicht den Mut, eine ausführliche Debatte über diese Positionen zuzulassen. (Unruhe im Centrum.)

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Bebel eine namentliche und ergiebt die Annahme desselben mit **207** gegen **67** Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Abg. **Bebel** (Soc., zur Geschäftsordnung):

Wie Herr Gothein schon festgestellt hat, ist mein Parteigenosse Fischer durch einen sehr begreiflichen Irrtum vorhin, als er gegen den Antrag Spahn auf einfache Tagesordnung sprechen sollte, nicht dazu gekommen, die Rede über die Positionen 164, 165, 166 zu halten, sondern hat über die Position 160 die Rede gehalten, die er nachher zum zweitenmal an richtiger Stelle hielt. (Heiterkeit.) Nun ist aber infolge dieses eigentümlichen Umstandes, den der zu jener Zeit **die Geschäfte führende Präsident gar nicht bemerkte,** es so gekommen, daß **diejenigen, die gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung über den Antrag Gothein sprechen wollten, keine Rede bekommen haben.** (Sehr richtig! links, große Unruhe bei der Mehrheit.) Es war also ganz erklärlich, daß die Herren von der Mehrheit sich nicht haben überzeugen lassen. (Große Heiterkeit links.) Auf jeden Fall hat ein Verfahren stattgefunden, das geschäftsordnungsmäßig unzulässig war. Der Präsident war verpflichtet, den Abg. Fischer zu unterbrechen. Wir hatten nicht die Möglichkeit, den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, denn wir dürfen ja, während ein Abgeordneter spricht, uns nicht zur Geschäftsordnung melden. Ich möchte daher in der Debatte über den Antrag Spahn auf einfache Tagesordnung über den Antrag Gothein das **Wiederaufnahmeverfahren beantragen.** (Stürmische Heiterkeit links, große Unruhe bei der Mehrheit.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Das Mißverständnis, von dem Herr Bebel und schon vorher Herr Gothein gesprochen hat, hätte nicht vorkommen können, wenn Herr Gothein seinen Antrag rechtzeitig schriftlich eingereicht hätte. Ich bitte deshalb, daß diejenigen Herren, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, ihre Anträge möglichst sofort schriftlich hier einreichen.

Inzwischen ist mir der folgende Antrag **Bernstein** zugegangen: Der Reichstag wolle beschließen, Tarifstelle 174 (Zucker) an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zu überweisen.

Abg. **Bernstein** (Soc.) begründet diesen Antrag in längeren Ausführungen mit specieller Beziehung auf die Brüsseler Zuckerkonvention. Der Reichstag würde mit einer gewissen Leichtfertigkeit, ja Frivolität über die Interessen weiter Kreise hinweggehen, wenn er diese Zurückverweisung nicht beschlösse. (Bravo! links.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Sie dürfen Mitgliedern des Reichstages nicht Frivolität vorwerfen.

Abg. **Bernstein:** Ich habe nur geäußert, daß der Reichstag sich diese Bezeichnung nicht zuziehen möge. Deshalb bitte ich dringend um Annahme meines Antrages. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß ein Antrag Dr. Stockmann (Rp.) eingegangen ist, die Positionen 166—168 und 170—175 (pflanzliche Fette, Stärke, Zucker usw.) an die Kommission zurückzuverweisen; ferner ein Antrag Dr. Spahn (C.), über die eingegangenen Zurückverweisungs-Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. **Spahn** (C.) spricht ganz kurz für seinen Antrag, Abg. **Wurm** (Soc.) ausführlich dagegen. Der Redner wird wiederholt durch stürmische Rufe der Mehrheit: Zur Geschäftsordnung unterbrochen, an denen sich vor allem die Abgg. Dr. **Heim** und **Gröber** (C.) beteiligen.

Präsident Graf **Ballestrem** erhebt sich, schwingt die Glocke, setzt sich aber, nachdem Ruhe eingetreten ist, schweigend nieder.

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Bebel eine namentliche und ergiebt die Annahme desselben mit 216 gegen 53 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Abg. **Rösicke-Dessau** (wild-liberal): Wir verhandeln jetzt über zehn Stunden. Ich beantrage daher, mit Rücksicht auf das Personal, die Diener und Beamten des Hauses, die morgen nicht erst um 12 Uhr wieder anfangen zu arbeiten, sondern sehr viel früher, und vor allem mit Rücksicht auf die Stenographen, die bis zur Erschöpfung thätig gewesen sind, Vertagung der Sitzung. (Höhnische Rufe rechts. Abg. Dr. Arendt ruft: Reden Sie doch weniger!)

Der Antrag Rösicke, für den sich außer der Linken die Nationalliberalen, ein Teil des Centrums und die Antisemiten erheben, wird angenommen.

Präsident Graf **Ballestrem** schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Dr. **Spahn** (C.) beantragt, schon um 10 Uhr zu beginnen.

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.) widerspricht diesem Antrag, für den sachliche Motive nicht vorliegen.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) bittet, die Stenographen nicht zu überlasten und es beim Vorschlag des Präsidenten zu belassen.

Der Antrag Dr. Spahn wird gegen die Linke angenommen, die morgige Sitzung beginnt um 10 Uhr.

Schluß der Sitzung 10¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Petitions-Kommission. Kleinhändlerischer Konkurrenzneid hatte eine Petition der Handwerkerkammer von Stuttgart veranlaßt, welche **das gänzliche Verbot des Hausierhandels** bezw. seine weitere Einengung und Beschränkung auf gewisse Warensorten verlangte. Jacobskötter (kons.) wollte die Petition zur Erwägung überwiesen wissen. Der Regierungskommissar hielt die Zeit für eine Aenderung der Gewerbe-Ordnung noch nicht für gekommen. Lenzmann (freis.) und Thiele (Soc.) traten mit Entschiedenheit für Uebergang zur Tagesordnung ein. Schrempf (t.) befürwortete die Ueberweisung zur Erwägung, denn viele Hausierer seien Stromer und Strolche, die äußerst aufdringlich sich geberdeten. — Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde angenommen, soweit das Verbot des Hausierhandels verlangt wurde. Die Wünsche auf weitere Einschränkung wurden mit 14 gegen 10 Stimmen als Material überwiesen.

Der Verband der Chorsänger und Chorsängerinnen an deutschen Bühnen, Sitz Frankfurt a. M., beschwert sich über die sehr trüben Arbeitsverhältnisse, die durch den üblichen Kontrakt noch verschlechtert werden, über die Nichtzugehörigkeit zur Alters- und Invalidenversicherung usw. — Der Regierungskommissar erkennt das Bestehen verschiedener Mißstände an, die beseitigt werden könnten. Da der anfangs vom Referenten Thiele (Soc.) gestellte Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung keine Annahme fand, votierte er auf Erwägung, der die Kommission gegen eine Stimme (Demmer freis.) beitrat.

Die jüdischen Lehrerseminare, die nicht staatlich sind, fordern die Zuerkennung des gleichen Rechts, das den staatlichen Lehrerseminaren zusteht, nämlich das Recht der Ausstellung von Befähigungszeugnissen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst. Der Regierungskommissar teilt mit, daß Erhebungen in der Angelegenheit im Gange seien und wahrscheinlich den Wünschen der Petenten Rechnung getragen werden würde. Die Kommission beschließt die Ueberweisung zur Erwägung und spricht die Erwartung aus, daß auch den andren privaten Lehrerseminaren, sofern sie gleichen Lehrplan haben wie die staatlichen, das Recht zuerkannt wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine eigenartige Arbeiterfreundlichkeit bethätigt gegenwärtig — wie man uns schreibt — die Firma Keiling u. Thomas, Eisengießerei und Maschinenfabrik, Ackerstraße 129. In diesem Betriebe hat es schon seit geraumer Zeit allerhand Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegeben. Besonders sind es die mangelhaften sanitären Einrichtungen, die den Unwillen der Arbeiter wachgerufen haben. So u. a. das Fehlen von Ventilatoren, was sich hauptsächlich beim Gießen recht unangenehm fühlbar macht. Doch auch Lohnabzüge und das unwürdige Strafgeldersystem haben längst den Unwillen der Arbeiter erregt. Um nun den beregten Uebelständen abzuhelfen, wählten die Arbeiter eine Kommission, die zu verschiedenen Zeiten bei dem Firmeninhaber vorstellig wurde. Zu diesem Vorgehen glaubten sie sich umsomehr berechtigt, als es in der Arbeits-Ordnung heißt: Beschwerden . . . sind in geziemender Form bei der Direktion anzubringen. Herr Kommerzienrat Keiling, der bekanntlich 2. Vorsitzender der Vertrauensmänner-Kommission des Kühnemänner-Verbandes ist, erklärte den Arbeitern kurz und bündig, daß er in Zukunft ihre Kommission überhaupt nicht mehr empfangen werde, sondern wer eine Beschwerde habe, möge diese selbst bei ihm anbringen. Als daraufhin mehrere Arbeiter ihre Beschwerden persönlich anbrachten gefiel auch dies Herrn Keiling nicht mehr. Er beschloß, die „mißliebigen Elemente" nach und nach aufs Pflaster zu setzen. Durch die Mitwirkung liebevoll gehegter Schmarotzer-Existenzen in den Reihen der „zufriedenen" Leute legte er sich eine Liste der „Aufwiegler" an und dann in voriger Woche begannen die Entlassungen. Als erster kam ein Arbeiter an die Reihe, der 7½ Jahre in dem Betriebe thätig war. Den Grund der Entlassung sieht dieser Mann in einem Gespräch mit dem Gewerbe-Inspektor, der ihn gelegentlich einer Revision gefragt hatte: Haben Sie im Betriebe auch Deckel auf den Pfannen? Die Antwort lautete wahrheitsgemäß „Nein", und über die Folgen dieser Antwort konnte der Arbeiter dann nachdenken, als ihm seine Entlassung gegeben wurde. Bemerkt sei, daß der Fabrik-Inspektor schon wiederholt sanitäre Mängel in der Fabrik gerügt hatte. Seitens der Fabrikleitung ist dann meistens gesagt worden, die mangelhaften Einrichtungen beständen nur vorübergehend, in Wirklichkeit aber bestehen sie dauernd, an eine Aenderung wurde gar nicht gedacht. In vergangener Woche setzte Herr Keiling dann die Entlassungen von Kommissionsmitgliedern oder Vertrauensmännern der Arbeiter in schneller Reihenfolge fort. Bis jetzt sind 7 Mann entlassen, und zwar solche, die bis zu 13½ Jahren für die Firma thätig gewesen sind. Ein solches Vorgehen ist um so charakteristischer, als Herr Keiling sich stets den Deckmantel besonderer Arbeiterfreundlichkeit umzuhängen verstanden hat. Er thut sich viel darauf zu gute, daß es — außer dem allgemeinen Metallarbeiter-Streik — bis jetzt noch nie zu einer Arbeitseinstellung in seiner Fabrik gekommen ist, auch hört er es nicht ungern, wenn seine „zufriedenen" Arbeiter von ihm als von „Vater Keiling" reden. Doch jetzt scheint auch den „Zufriedenen" ein Licht aufgegangen zu sein. Auch diese können es nicht mehr verstehen, wie ein „arbeiterfreundlicher" Mann wie Herr Keiling die Arbeiter erst auffordert, Beschwerden bei ihm anzubringen und dann die Beschwerdeführer, die meistens nur im Auftrage der übrigen Arbeiter handelten, einfach auf die Straße setzt. Eine stark besuchte Metallarbeiter-Versammlung der Keilingschen Fabrik beschloß deshalb am Montag, zu gegebener Zeit die richtige Antwort auf die erfolgten Entlassungen zu erteilen, d. h. falls noch weitere auf der Aufwieglerliste verzeichnete Arbeiter entlassen werden, dann sofort über den Eintritt in einen Streik zu beraten.

Deutsches Reich.

Die Brauerei-Arbeiter in Zwickau und Umgebung hatten an den Vogtländischen Brauverein das Gesuch gerichtet, den im vergangenen Jahre abgeschlossenen Lohntarif zu Gunsten der Arbeiter abzuändern. Daraufhin erhielt die Lohnkommission ein von einer Anzahl Brauereien unterzeichnetes Schriftstück, nach dem sie es mit Rücksicht auf die durch die Zollerhöhung drohende Krisis ablehnen, die Aenderung eintreten zu lassen. Es kam aber doch eine Konferenz einer Anzahl Brauereibesitzer und der erwähnten Lohnkommission zu stande, in der der Tarif durchberaten und verschiedentlich den Wünschen der Arbeitgeber angepaßt wurde. Die Brauereibesitzer versprachen, in ihrer demnächstigen allgemeinen Versammlung Stellung zu den Beschlüssen zu nehmen. Diese Versammlung lehnte indes jedes Eingehen auf die bescheidenen Forderungen ab. In einer darauf abgehaltenen Brauereiarbeiter-Versammlung wurden diese Vorgänge scharf kritisiert und beschlossen, an den Forderungen festzuhalten und eventuell zum äußersten zu schreiten.

Der Verband der städtischen Arbeiter Württembergs, welcher mit dem Centralverband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten seit ungefähr zwei Jahren im Kartellverhältnis stand, hat den Beschluß gefaßt, mit dem 1. Januar 1903 zum Verbande der Gemeinde-Arbeiter überzutreten. Der Verband der Württemberger zählt ungefähr 600 Mitglieder. Der Centralverband der Gemeinde-Arbeiter errichtet mit dem Tage des Uebertritts in Stuttgart ein Sekretariat, welches in Süddeutschland die Agitation ꝛc. betreiben soll.

Der Vorstand des Verbandes der Graveure und Ciseleure hat über die Frage der Aufnahme von Gold- und Silberarbeitern in den Verband, die zu Grenzstreitigkeiten mit dem Metallarbeiter-Verbande führen konnte, insofern die Mitglieder des 1899 aufgelösten Goldarbeiter-Verbandes sich letzterem anschlossen, durch eine Abstimmung der Filialen und Zahlstellen entscheiden lassen. Die Mehrzahl derselben sprach sich gegen die Aufnahme von Gold- und Silberarbeitern aus. Demgemäß veröffentlichte der Vorstand in Nr. 30 des Verbandsorgans folgende Erklärung: „Es ist unzulässig, Gold- und Silberarbeiter in unsren Verband aufzunehmen; die sich eventuell Meldenden sind an den „Deutschen Metallarbeiter-Verband" zu verweisen."

Ausland.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der dänischen Hafenarbeiter. Die Vermittelungskommission, die in Odense vor einiger Zeit eingesetzt wurde, um einen Vergleich zwischen der Handelsvereinigung und der Hafenarbeiter-Organisation herbeizuführen, einigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den Vertretern beider Parteien auf folgenden Vorschlag: „Die Handelsvereinigung zieht ihre Forderung, die Hafenarbeiter sollten sich verpflichten, keinem Fachverein anzugehören, zurück. Dagegen wird ein permanentes Schiedsgericht errichtet. Der dänische Arbeitsmanns-Verband übernimmt die Garantie dafür, daß die Hafenarbeiter in Odense in keinen Streik hineingezogen werden." — Die Handelsvereinigung von Odense hat nun aber in einer Versammlung der Importeure und Exporteure der Stadt diesen Vorschlag abgelehnt und beharrt darauf, daß die Hafenarbeiter keinem Fachverein angehören sollen. Der Bürgermeister Dithmer, der Vorsitzende der Vermittelungskommission, hat diesen Beschluß dem Vorsitzenden des dänischen Arbeitsmanns-Verbandes, Folkethingsmann Lyngsie, mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns mitgeteilt. Die Hafenarbeiter aber haben beschlossen, an ihrer Organisation festzuhalten und den Kampf aufzunehmen. —

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Bank. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung, in der ohne Debatte entsprechend dem Antrage der Verwaltung die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark beschlossen wurde, führte Direktor Koch zur Begründung der Erhöhung aus, es habe sich der Deutschen Bank die Gelegenheit zu einer Verstärkung ihrer Bestrebungen in Rheinland-Westfalen geboten, und zwar durch die Absicht der Duisburg-Ruhrorter Bank, sich an ein größeres Berliner Institut anzugliedern. Für die Deutsche Bank sei die dringende Notwendigkeit entstanden, dieser Anregung Folge zu leisten, da sie sonst hätte erwarten müssen, daß das, was sie bisher in Rheinland-Westfalen angefangen hatte, eine Schädigung erleiden würde. Diese Schädigung abzuwenden und andrerseits ihrer dortigen Entwicklung neue Elemente zuzuführen, habe die Deutsche Bank bewogen, die Ueberlegung zu nehmen, die Duisburg-Ruhrorter Bank in ihren Kreis zu ziehen.

Treber-Schmidt droht eine weit höhere Strafe, als er bei seiner Auslieferung erwartet haben dürfte. Der Untersuchungsrichter II beim Kasseler Landgericht erläßt jetzt eine Aufforderung, in der es heißt: Nachdem die französische Regierung der Strafverfolgung Schmidts auch wegen Betruges zugestimmt hat, werden alle diejenigen, die in den Jahren 1898 bis 1901 durch die günstigen Geschäftsberichte der Gesellschaft, die Höhe der Dividenden oder sonstige ihnen seitens der Direktion erteilte Auskunft zu dem Erwerb von Treberwerten bestimmt wurden und infolge des Zusammenbruchs der Trebergesellschaft Verluste erlitten haben, aufgefordert, hierüber unter Darlegung des Sachverhalts zu den Akten J. I. 1217/01 schleunigst an den oben bezeichneten Richter Mitteilung zu machen.

Ueber die Beschäftigung in der Metall- und Maschinenindustrie schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz":

Die Hoffnung, daß die Geschäftsflaue im Metall- und Maschinengewerbe während der Wintermonate etwas nachlassen würde, muß nunmehr als endgültig beseitigt angesehen werden. In Halle a. S., einem Orte mit ziemlich starker Maschinenfabrikation, haben bis in die jüngste Zeit hinein noch immer Entlassungen stattgefunden, obwohl von 1900 auf 1901 eine ganz bedeutende Verminderung der beschäftigten Metallarbeiter stattgefunden hat. Nach einer Zählung in den 26 größten Betrieben des Metall- und Maschinengewerbes waren zu Beginn des letzten Jahresvierteljahrs Arbeiter beschäftigt:

1900	1901	1902
4818	3676	3364

Besonders zurückgegangen ist in diesem Jahr die Zahl der Schlosser, von denen in den angeführten Betrieben 1900 noch 1157, 1901 896, dagegen gegenwärtig nur noch 563 Arbeiter beschäftigt waren. Recht ungünstig liegen die Beschäftigungsverhältnisse auch in Chemnitz und Leipzig. Namentlich Fabrikschlosser und Dreher überschwemmen den Arbeitsmarkt. In Hannover ist die Abnahme der beschäftigten Arbeiter gleichfalls groß. Auf Grund einer Umfrage in Maschinenfabriken, Eisengießereien, Metallgießereien usw. hat sich ergeben, daß fast in allen Betrieben die Entlassungen überwiegen. Dabei haben viele Firmen, um ihren Betrieb nicht noch weiter einschränken zu müssen, Aufträge zu sehr gedrückten Preisen hereingenommen oder auf Lager gearbeitet und dergleichen mehr. In Brandenburg a. H., wo namentlich Fahrrad-Fabrikation betrieben wird, äußert sich der schlechte Geschäftsgang in einer Abwanderung vieler Arbeiter nach dem Lande. Auch in Berlin ist die Beschäftigung noch immer unbefriedigend, so daß vorübergehend Arbeitszeitverkürzungen notwendig werden. Die Aussichten für die nächsten Monate sind ungünstig und die Meinung herrscht vor, daß eine Aenderung zum Besseren sobald kaum zu erwarten sein dürfte.

Roheisenproduktion der deutschen Hochöfen. In den ersten zehn Monaten 1902 wurden von den deutschen Hochofenwerken produziert: 907 021 Tonnen (in der gleichen Zeit 1901: 1 135 922 Tonnen) Puddelroheisen und Spiegeleisen, 326 631 Tonnen (393 358 Tonnen) Bessemer Roheisen, 4 276 948 Tonnen (3 732 369 Tonnen) Thomasroheisen und 1 317 137 Tonnen (1 255 337 Tonnen) Gießereiroheisen, in Summa also 6 917 737 Tonnen (6 516 986 Tonnen) Roheisen. Davon entfallen, nach der „Rhein.-Westf. Ztg.", in der Hauptsache auf Rheinland und Westfalen 2 686 961 Tonnen (2 516 734 Tonnen), auf Siegerland, Lahnbezirk und Hessen-Nassau 447 632 Tonnen (596 384 Tonnen), auf Saarbezirk, Lothringen und Luxemburg 2 715 833 Tonnen (2 424 855 Tonnen) und auf Schlesien 564 965 Tonnen (639 379 Tonnen).

Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht hat die Brauerei unter der ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu leiden gehabt, wodurch der Absatz trotz Erweiterung des Kundenkreises um über 5000 Hektoliter zurückgegangen ist. Günstige Einkäufe der Rohmaterialien und verbesserte Betriebseinrichtungen ermöglichten indessen, den entstandenen Gewinnausfall auszugleichen und ein etwas besseres Resultat als im letzten Jahre aufzuweisen. Der Reingewinn beträgt nach 201 353 Mark (i. V. 214 805 M.) Abschreibungen 113 873 M. (i. V. 130 228 M.) und findet folgende Verwendung: Reservefonds 6846 M. (i. V. 6204 M.), Tantieme der Direktion 7804 M. (i. V. 7073 M.), der Beamten 6000 M. (i. V. 5000 M.), 4 Proz. Dividende gleich 120 000 M. (i. V. 3½ Proz. gleich 105 000 M.), Vortrag 3222 M.

Gerichts-Zeitung.

Ein böser Konkurrenz-Streich hat dem Milchhändler Göde eine Anklage wegen Sachbeschädigung eingetragen, die gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz verhandelt wurde. Der Gerichtshof nahm auf Grund der Beweisaufnahme für erwiesen an, daß der Angeklagte in verschiedenen Fällen in die Milchbehältnisse, die ein in derselben Straße wohnender Konkurrent des Morgens seinen Kunden vor die Küchenthür zu stellen pflegte, Stückchen Priemtabak geschüttet hat. Die Milch erhielt dadurch einen bitterlichen Geschmack, der die Kunden des Konkurrenten schließlich kopfscheu machte. Es waren Zeugen aufgetreten, die sich auf die Lauer gelegt hatten und die Unthat des Angeklagten gesehen haben wollten. Dieser bestritt entschieden seine Schuld und behauptete, daß die Hauptbelastungszeugin, die mit ihm in Feindschaft lebe, nur einen Rache-Akt gegen ihn ausübe. Der Gerichtshof kam zu andrer Ansicht und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 150 M.

Vorwärts-Buchhandlung
69 Lindenstrasse 69.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir als

Weihnachts-Geschenke

unser reichhaltiges Lager in

Bilderbüchern, Jugendschriften, Märchenbüchern, Gedichtsammlungen, illustrierten und nichtillustrierten Klassiker-Ausgaben, naturwissenschaftlichen und Geschichts-Werken.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die reichhaltige Auswahl unserer

im Preise bedeutend herabgesetzten Werke aus allen Wissensgebieten,

die, in ihrer tadellosen Ausstattung, ein selten günstiges Kaufobjekt bilden.

Special-Weihnachts-Verzeichnisse

auf Wunsch **gratis** und **franco.**

☞ **Bilderbücher** im Preise von **10 Pf.** bis **5 M.** ☜
Märchenbücher für Kinder von 6—8 Jahr. **25 Pf.** bis **6 M.**
Märchenbücher und **Kleine Erzählungen** für Kinder von 8—12 Jahren **50 Pf.** bis **5 M.**
Erzählungen für die reifere Jugend 25 Pf. bis **10 M.**
Die im **Gewerkschaftshause** ausgestellten **Jugendschriften** sind bei uns zu beziehen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 7. Dezember 1902, abends 7 Uhr,
in **Frankes Festsälen,** Sebastianstrasse No. 39:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Agster über:
„Klassenkämpfe und deren Versöhnung".

Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe. Nach dem Vortrage: [5/11
Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Gau Berlin (Vereinigte Naturheilvereine),

Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

bei **Buggenhagen,** am Moritzplatz.

Verkehrte Geschlechtsempfindung

und die Opfer des § 175 d. St.-G.-B.

Referent: G. Wagner-Charlottenburg.

„Verkehrte Geschlechtsempfindung" ist eine Krankheit und kein Verbrechen und kann nicht durch Strafparagraphen geheilt werden. Gefängnisse und Zuchthäuser sind keine Heilanstalten. — Diesen Standpunkt haben die Naturheilvereine oft genug in der Oeffentlichkeit vertreten; leider haben dieselben nicht das allgemeine Verständnis gefunden.

Die jüngsten Vorkommnisse werden hoffentlich dazu beitragen, daß diese Versammlung recht zahlreich besucht wird. 857b

Der Vorstand. I. A.: **Emil Bartsch.**

Rum No. 3 Façon

ca. 50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.

Jamaica-Rum

echt und echt Verschnitt
a Literfl. **1,60, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10** Fl. 10 Pf. billiger.

Glühwein-Extrakt

hochfein im Geschmack
a Literfl. M. **1,30. 10** Fl. M. **12,—** inkl.

Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack
a Literfl. M. **2,10, 2,50, 3,—**

Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a. Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29. Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 129. Steglitz, Albrechtstrasse 18. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Oranienstrasse 190. Grüner Weg 60. Elsasserstr. 71. Putbuserstr. 35.

Stralauerstr. 56.

5881L*

Für Grofs-Restaurateure u. Kantinen-Vorstände.

Von meinem Schluss gebe ich andrer Unternehmungen halber ca. 4000 Hekto eines erstklassigen **Berliner Lagerbieres** zum Preise von **Mk. 13.—** pr. Hekto franco Haus oder Berlin Bahnhof ab. Nur Kassa-Käufer mit wenigstens 250 Hekto Jahresbedarf werden berücksichtigt. Offerten erbeten sub Chiffre **N. 7** an die Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68. 5773L*

Grosse Weihnachts-Gemälde-Auktion

Unter den Linden 58, parterre.

Heute Donnerstag, den 4. Dezember, und folgende Tage, jedesmal vormittags 11 Uhr beginnend, findet durch den **Auktionator** Herrn **C. Joseph** die bereits mehrfach angezeigte Versteigerung von **150 Stück Original-Oelgemälden** in **Eduard Guttmanns Kunst-Salon, Unter den Linden 58, parterre,** statt. 51/9

Rothe Kreuz-Geld-Lotterie.
Ziehung: 13. bis 18. Dezbr

16 870 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

575000

Hauptgewinne: Mark

100000
50000
25000

etc. etc. etc.

Originalloose à 3.50 M.
Für Porto und Liste **30 Pf. extra.**

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW., Wilsnackerstr. 63.
O., Andreasstr. 46a.
SO., Oranienstr. 177.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Arbeiter-Gesangverein
wünscht zum ersten Weihnachtsfeiertagabend **einen oder zwei tüchtige Volks-Humoristen.** Zu erfr. bei A. Zoschke, Grofs-Beerenstr. 28a, part. 855b

27 Volks-Versammlungen

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8½ Uhr

in folgenden Lokalen:

I. Wahlkreis: Arminhallen, Komandantenstraße 20.
Englischer Garten, Alexanderstraße 27c.
II. Wahlkreis: Berliner Bock-Brauerei (Am Tempelhofer Berg).
Schnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21.
III. Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.
Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
IV. Wahlkreis (Osten): Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13.
Scheruch's Festsäle, Rüdersdorferstraße 45.
Germania-Säle, Frankfurter Allee 53.
IV. Wahlkreis (Süd-Osten): Urania, Wrangelstraße 11.
Zehrend, Manteuffelstraße 95.
Zur Drachenburg, Vor dem Schlesischen Thor 2.
V. Wahlkreis: Brauerei Friedrichshain (fr. Lipps), Am Friedrichshain.
VI. Wahlkreis (Moabit): Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
(Oranienb. Vorstadt und Wedding): Eiskeller, Chausseestr. 88.
(Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Hensel, Invalidenstraße 1a.
Weimann's Volksgarten, Badstraße 56.
(Schönhauser Vorstadt): Brauerei Königstadt, Schönh. Allee.
Nieder-Barnim (Lichtenberg): Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 120.
(Pankow): Roczycki (Ww. Roell), Kreuzstraße 3/4.
(Rummelsburg): Weigel's Ballsalon, Türrschmidt- u. Goethestr.-Ecke.
(Weissensee): Zum Prälaten, Lehderstraße 122.
Teltow-Beeskow (Charlottenburg): Volkshaus, Rosinenstraße 3.
(Schöneberg): Obst, Meiningerstraße 8.
(Rixdorf): Wernicke's Festsäle, Hermannstraße 48/49.
(Köpenick): Kaiserhof, Grünstraße 35.

Tages-Ordnung in sämtlichen Versammlungen:

1. **Der Umsturz im Reichstage.**
2. Diskussion.

☞ Zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.** 2097

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. — Fernsprecher Amt VII, 358.

Wegen der **Partei-Versammlungen** fällt die Sitzung der erweiterten Verwaltung am Donnerstag, den 4. Dezember aus.

Wir ersuchen die Bezirksleitungen, Branchenvertretungen und Obleute der Großbetriebe davon Notiz zu nehmen.

167/16 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Töpfer. Achtung!

Freitag, den 5. Dezember, abends 5½ Uhr, in Kellers grossem Saal, Koppenstr. 29:

Grosse Versammlung

aller im Organisationsgebiet Berlin wohnender Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: **„Die vereinigten Völker von Europa."**
2. Bericht über die Beschlußfassung der Innung in Bezug auf den paritätischen Arbeitsnachweis.
3. Gewerkschaftliches.

Vor Beginn der Versammlung werden die Bau-Kontrollkarten an die Vertrauensleute ausgegeben.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

206/13 **Der Vorstand der Filiale Berlin.**

Prämiiert mit der goldenen Medaille.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 20 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 50 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen.
H. Stramm, Reh., **Ritterstr. 123.**

Achtung! Brauerei-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr:

Grosse öffentliche Versammlung

in **Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kuratoriums des Arbeitsnachweises der Ring-Brauereien. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Kuratoriums-Wahl. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.

NB. Wir ersuchen um pünktliches Erscheinen, da der Saal um 4 Uhr geräumt werden muß.

821b **Die Agitationskommission.**

Naturärztliche Vorträge

wichtig für Kranke und Frauenleiden jeder Art sind in Broschüren a 20 Pf. erschienen v. prakt. Naturheilk. Grundmann, Kur- u. Heilanstalt, Köpnickerstr. 72.
☞ **Naturärztl. Sprechst. 11—2. 6—8. Sonntags 10—12.** ☜

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteinachrichten.

Parteipresse. Für den austretenden Genossen Hertlein ist am 1. Dezember der Genosse Bildstein aus Cannstadt in die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" eingetreten.

Gemeindewahlen. Bei den Stichwahlen in Frankfurt a. M. sind unsre Parteigenossen unterlegen. In München wurden bei der Wahl der Ersatzmänner noch zwei Parteigenossen gewählt. Unsre Parteigenossen in Stuttgart beschlossen für die bevorstehende Bürgerausschuß-Wahl mit der Volkspartei sechs Kandidaten auszutauschen, um die nationalliberale Mehrheit des Kollegiums zu brechen.

Im Königreich Sachsen wurden gewählt: In Groß-Zschachwitz ein Parteigenosse, einer in Krippen a. E. und zwei in Pillnitz. Der Gemeinderat in Vogtsberg bei Oelsnitz besteht jetzt aus sieben Socialdemokraten und fünf Gegnern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Die von den staatserhaltenden Parteien geschaffene Mißstände herabzuwürdigen** soll die Absicht des Genossen Markwald in Magdeburg gewesen sein, als er in der „Volksstimme" das Verhalten zweier Schutzleute bei einem Unfalle kritisierte. So behauptete wenigstens der Staatsanwalt in der dieserhalb wegen Beleidigung der Schutzleute abgehaltenen Gerichtssitzung. Die Socialdemokraten sind zwar gewiß geneigt, auch die Vorkommnisse des täglichen Lebens möglichst unter allgemeinen Gesichtspunkten zu betrachten, aber die bestehenden Zustände herabzuwürdigen aus Anlaß einer angeblichen Nachlässigkeit zweier Schutzleute, das ist doch wohl auch einem Socialdemokraten nicht gut möglich. Es handelte sich nämlich darum, daß eine auf der Straße verunglückte Frau nicht rasch genug polizeiliche Hilfe erhalten haben soll. Der Staatsanwalt beantragte gegen Markwald nicht weniger wie sechs Wochen Gefängnis und gegen zwei Feuerwehrleute, von denen Markwald seine Informationen hatte, je 150 M. Geldstrafe. Das Gericht sah in der einfachen Mitteilung allerdings auch eine Beleidigung der Schutzleute, erkannte jedoch nur auf 50 M. Geldstrafe gegen Markwald und 30 M. und 40 M. gegen die beiden Feuerwehrleute.

— **Die Schanksperre,** die als Guillotine des Versammlungsrechts wirkt, geht im Ruhrrevier wieder um. In einem Lokal bei Werden, das noch niemals Schanksperre gehabt hat, sollte am Sonntag eine Bergarbeiter-Versammlung stattfinden. Drei Stunden vor Beginn der Versammlung erhielt der Wirt den polizeilichen Befehl, **während der Dauer der Versammlung** den Ausschank einzustellen.

Um den Wirt nicht zu schädigen, verständigten sich die Veranstalter, daß die Versammlung unterbleiben solle, wovon auch die Gendarmen in Kenntnis gesetzt wurden. Nachdem sich die Anwesenden dann einige Stunden bei einem Glase Bier zwanglos in Gegenwart der Gendarmen unterhalten und einige Lieder gesungen hatten, sprang plötzlich einer der Gendarmen auf, erklärte die Versammlung für aufgelöst, forderte die Anwesenden auf, das Lokal zu verlassen, und verkündete überdies noch offiziell die Schanksperre, das heißt also nunmehr noch **nach** der Versammlung.

Kommunales.

Straßenhandel.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung, dem die Vorberatung der vom Polizeipräsidium beim Magistrat beantragten Polizeiverordnung betreffend die Einschränkung des Straßenhandels mit Waren, Zeitungen, Blumen usw. übertragen ist, hat gestern abend getagt und in dreistündiger Beratung seine Arbeit beendet.

In der zeitweise recht lebendigen Generaldiskussion wurde von verschiedenen Rednern sehr die Ansicht vertreten, daß die vorgelegte Polizeiverordnung im Verkehrsinteresse unnötig sei, und daß die politische Tendenz der Verordnung (Verbot des Zeitungsverkaufs, wobei der Polizei in besondren Fällen Genehmigung gestattet sein soll) energisch bekämpft werden müsse. Für eine Großstadt sei der Straßenhandel ein nützliches und legitimes Gewerbe, das nicht unterdrückt werden dürfe. Von andrer Seite wurde zum Schutz der seßhaften Gewerbetreibenden die Einschränkung des Straßenhandels gefordert, weil den Ladenbesitzern die Kundschaft durch den Straßenhandel entzogen wird. Das Ergebnis der Generaldiskussion war der mit 8 gegen 7 Stimmen gefaßte Beschluß, der Versammlung zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, der vorgelegten Polizeiverordnung **nicht** zuzustimmen.

In eine Specialberatung der einzelnen Paragraphen wurde nicht eingetreten. Mehrere Resolutionen, welche auf Beseitigung einzelner Formen des Straßenhandels (Feststehende Wagen in außergewöhnlichem Umfange, Straßenhandel für Rechnung eines andern) hinzuwirken beantragten, wurden ebenfalls abgelehnt.

Lokales.

In 27 Volksversammlungen

will die Arbeiterschaft Berlins heute abend mit der zollwucherischen Reichstagsmehrheit Abrechnung halten, die in ihrer Raubgier Recht und Gesetz mit Füßen tritt. Seit langen Jahren ist die politische Situation nicht so ernst gewesen wie jetzt, wo ganz Deutschland auf die parlamentarischen Vertreter des Proletariats blickt, die die Gesetzlichkeit gegen den Umsturz der Krant- und Schlotjunker-Sippe verteidigen. Dieser ernsten Lage hat das Berliner Proletariat sich dadurch würdig zu zeigen, daß es heute abend in Massen den Versammlungen zueilt. Hier sollen die Zollwucher-Parteien die Meinung des Volkes zu hören bekommen, hier soll den Arbeitervertretern im Reichstage in ihrem schweren Kampfe ein Rückhalt gegeben werden.

Kein Proletarier, keine Proletarierin darf daher heute abend fehlen. Agitiere jeder für einen Massenbesuch der im Inseratenteil angekündigten 27 Versammlungen!

Wie man kranke Arbeiter verleumdet.

In der für Ordnung, Religion und Krupp schwärmenden Presse wird der holde Brauch, die Arbeiterschaft nach Kräften zu verleumden, in neuerer Zeit mit verdoppelter Anstrengung geübt. Neben der Erfindung von Terroristengeschichten, in denen ausständige Arbeiter sich wie Räuber benehmen, geht die Fabrikation von Greuelthaten kranker Arbeiter besonders flott vor sich. In kranken Proletariern konzentriert sich nach kapitalistischer Anschauung das socialistische Gift anscheinend mit besonderer Gefährlichkeit, und überdies macht es sich sehr wirkungsvoll, wenn der Philister zum Morgenkaffee prickelnde Geschichten von der schnöden Undankbarkeit lesen kann, die der ewig unzufriedene Arbeiter den socialen Wohlfahrts-Einrichtungen gegenüber zeigt.

Durch eine Reihe Blätter, wie „Kreuz-Zeitung", „Deutsche Zeitung" ꝛc. ging vor etwa acht Tagen eine Geschichte über Mißstände in der Lungenheilstätte am Grabowsee, die nach der Versicherung dieser Zeitungen ein „bekannter Berliner Industrieller" auf dem Gewissen haben soll:

„Nachdem ein anständiger Arbeiter aus dieser Anstalt als geheilt entlassen war, berichtete er mir über seine dortigen Wahrnehmungen die nachstehenden Einzelheiten: Eine Anzahl kranker Genossen haben sich bei der Brandenburger Landesversicherung über Fleischklöße beschwert, die nicht geschmeckt hätten. Darob sei eine förmliche Untersuchung und große Umfrage gehalten worden. Ein Kranker, der nicht zu den Beschwerdeführern gehört, habe der Untersuchungskommission erklärt: ihm hätten die Klöße gut geschmeckt. Hierüber große Entrüstung unter den Genossen, die dem „Zufriedenen" gegenüber zunächst in der Drohung zum Ausdruck kam: „Das würde ihm noch besorgt werden!" Als derselbe die Anstalt verließ, um nach dem Bahnhof zu fahren, wurde sein Wagen von den beschwerdeführenden Patienten unterwegs angehalten und der Mann gründlich verhauen und mit Sand beworfen. Als am andren Tage der Gendarm die Thäter ermitteln wollte, war das unmöglich, weil der eine für des andren Alibi eintrat. Auch sonst seien die Zustände in der Anstalt wenig erfreulich. Die freie Zeit wird benutzt zum Vogelfangen und Ausnehmen von Vogelnestern. Während der freien Zeit wird Bier und Schnaps getrunken und in den benachbarten Dörfern tüchtig gekniffen. Man kneipt auch außer der regelrechten Ausgehzeit, indem man durch oder über den Zaun steigt. Nachts nach 10 Uhr fand z. B. der Oberarzt einen völlig betrunkenen Patienten vor dem Zaun. Er mußte ihn durch den Bademeister in die Anstalt bringen. Die Maifeier, an einem von den Genossen durch Laufzettel bestimmten Platz an der „Ulme", mußte erst durch Polizei verhindert werden. Wenn ein Patient sich mit den „Genossen" nicht einläßt, heißt es, er sei ein Verräter. Er muß sich sehr vorsehen, daß er nicht geschlagen wird, und ist froh, wenn er die Anstalt verlassen kann."

Wir wandten uns an ein **Vorstandsmitglied der Landesversicherungs-Anstalt Berlin** mit der Bitte, diesen Anschuldigungen auf den Grund zu gehen, und erhielten darauf folgende Zuschrift:

„Ich begab mich am Dienstag dieser Woche nach der Heilstätte, weil ich dachte, an Ort und Stelle am besten den Thatbestand feststellen zu können. Mein erster Schritt war zu dem Chefarzt der Anstalt, Herrn General-Oberarzt Dr. Groschke. Ich trug diesem Herrn den Inhalt der Zeitungsmeldung vor, die er übrigens auch schon zu kennen schien. Auf meine Frage, ob er über Unzuträglichkeiten der geschilderten Art zu klagen habe, erhielt ich in bestimmter Form eine **verneinende Antwort.** Von keinem Kranken seien ihm Klagen, wie sie in dem Zeitungsartikel verlautbart werden, zu Ohren gekommen; wenn Beschwerden der Insassen untereinander erhoben worden wären, so habe es sich um kleine Hänseleien harmloser Natur gehandelt, wie sie unter 190 Patienten selbstverständlich eintreten könnten. Soweit wirklich ernsthafte Fälle in Betracht zu ziehen seien, könne erwähnt werden, daß im August dieses Jahres zwei Berliner Patienten plötzlich wegen einer Prügelei hätten entlassen werden müssen, ein ähnlicher Fall im September habe ebenfalls die Entlassung des Schuldigen zur Folge gehabt. Seitdem habe kein Anlaß zu energischem Einschreiten vorgelegen.

Soweit die Auskunft des Chefarztes. Da ich gerade gegen die Mittagszeit angekommen war, bat ich Herrn Dr. Groschke, mit den Berliner Patienten gleich nach Tisch persönlich sprechen zu dürfen. Diese Erlaubnis wurde mir gern gegeben, und so erging an die Berliner die Bitte, daß sie nach dem Mittagessen noch im Speisesaal verweilen möchten. Ich fand etwa 150 Personen im Saale sitzen, unter diesen auch Patienten andrer Versicherungsanstalten, ebenfalls einige in Post- und Militär-Uniform. Die nicht von der Berliner Anstalt gesandten Patienten wollten den Saal verlassen, doch blieben sie auf mein Ersuchen. Als ich den Versammelten den Inhalt der von den kapitalistischen Blättern gebrachten Anschuldigungen mitteilte, erhob sich allseitig ein **Sturm der Entrüstung** als Antwort und die Verdächtigten beruhigten sich erst, als ich ihnen die mir vom Chefarzt gewordene Widerlegung der Verleumdungen mitteilte. Zum Ueberfluß richtete ich dann noch das Ersuchen an die Patienten, auch hinfort nichts zu thun, was der Unternehmerpresse Stoff zu Verdächtigungen bieten könne. Hier sei jeder nur Patient, wenn er gebessert die Anstalt verlassen habe, könne der Einzelne wieder wirken, wie es in seinen Kräften stehe. Bemerken will ich noch, daß der jetzige Chefarzt bei den Patienten durchaus angesehen ist, wogegen über seinen Vorgänger viele Klagen laut geworden sind."

Im Anschluß an diese Auskunft sei noch erwähnt, daß die „National-Zeitung" eine Zuschrift der Anstaltsleitung der Lungenheilstätte am Grabowsee veröffentlicht, die sich im wesentlichen mit den Mitteilungen des Vorstandsmitgliedes deckt und nur insoweit davon abweicht, als sie berichtet, daß seit Juli 13 Kranke strafweise entlassen sind.

Der wesentliche Teil dieser Zuschrift lautet:

... Auch ist Vorsorge getroffen worden, daß Bedrängung einzelner Kranker durch politisch oder religiös Andersdenkende verhütet und, wenn sie vorkommt, streng geahndet wird. Es ist deshalb nicht gerechtfertigt, aus einzelnen Unregelmäßigkeiten im Verhalten der Kranken verallgemeinernde Schlüsse auf Mangel an Ordnung in der Anstalt zu ziehen. Daß der Besuch des in der Anstalt eingerichteten Gottesdienstes erschwert werde, hat nicht festgestellt werden können. Der Herr Anstaltsgeistliche hat uns ermächtigt, zu erklären, daß der Kirchenbesuch ein reger ist. Als Zeitung ist seitens der Anstalt in jedem Tageraum der drei Krankenblocks lediglich ein Lokalblatt ausgelegt. Daß von einzelnen Kranken andre Zeitungen durch die Post bezogen werden, ist nicht zu verhindern. Das seitens des Verbandes Berliner Metallindustrieller der Anstaltsleitung zugegangene und gleichzeitig in einer Zeitung veröffentlichte Schreiben, welches den Anlaß zu den Erörterungen in der Presse gegeben hat, lief Ende Oktober d. J. ein. Die infolgedessen eingeleiteten Erhebungen wurden dadurch erschwert, daß der Name des sich angeblich beeinträchtigt glaubenden Kranken nicht genannt war, wie denn derselbe auch jetzt noch nicht bekannt ist. Es ist unrichtig, daß seitdem weitere Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Die neuerdings in einzelnen Zeitungen besprochenen einzelnen Vorkommnisse sind früheren Datums, liegen zum Teil weit zurück und sind in jedem Falle nach genauer Untersuchung geahndet worden.

Man kennt die kapitalistische Presse schlecht, wenn man annimmt, daß sie nach solcher Abfertigung mit den Verleumdungen kranker Arbeiter einhalten wird. Solche Verleumdungen gehören zum System der Blätter, die über den Fall Krupp in Entrüstung machen.

Gute Jugendlektüre — gute Volkslektüre.

Auf die ratlose Frage vieler Eltern „Was geben wir unsern Kindern zu lesen?" giebt die beste Antwort die am Montag eröffnete Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften, die vom Gewerkschaftshaus (Engel-Ufer 15) veranstaltet worden ist. Diese Ausstellung ist ein wichtiges Stück praktischer Mitarbeit an den dankenswerten Bestrebungen der deutschen Lehrerschaft, aus der deutschen Jugendlitteratur die elenden Machwerke zu verdrängen. Zur theoretischen Begründung ihres Vorgehens hatte die Verwaltung des Gewerkschaftshauses auf Montagabend eine öffentliche Versammlung einberufen, für die der Berliner Gemeindeschullehrer Alex. Troll das Referat übernommen hatte.

Daß der Schund in der Jugendlitteratur rücksichtslos bekämpft und den Händen der Kinder entwunden werden muß, leitete Herr Troll ab aus der Notwendigkeit, den beschämenden Zuständen ein Ende zu machen, die bezüglich der Lektüre der Erwachsenen herrschen. Er entwarf ein trübes Bild von dem Tiefstand des litterarischen Geschmackes der Mehrheit des Lesepublikums. Auf der einen Seite die Familienblatt-Litteratur der Journal-Lesezirkel bezw. die Hintertreppen-Romane der Kolportage-Buchhändler, auf der andren der aus demselben Geiste geborene nichtige Klatsch einer gesinnungslosen Tagespresse bilden noch immer für einen großen Teil unsres Volkes die Lektüre. Es sei aber, so führte der Vortragende aus, nicht gleichgültig, was das Volk, was im besonderen der Arbeiter lese. Nicht nur das Wissen — auch die ästhetische Bildung sei eine Macht, auch sie könne als Waffe im socialen Kampf dienen. Millionen würden alljährlich von der Arbeiterbevölkerung für schlechte Lektüre ausgegeben — Millionen, die sie zu ihrem eignen Schaden opfern.

Die Ursache dieses Elends der Volkslektüre ist, wie Herr Troll weiter ausführte, das Elend der Jugendlitteratur. Von der Indianergeschichte und der Erzählung für Backfische führt der Weg zum Hintertreppen-Roman und zum Zeitungsklatsch. Jung gewohnt, alt gethan! Wollen wir die Volkslektüre bessern, so müssen wir bei der Jugendlektüre anfangen. Auch hier gilt das Wort: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.

Welche Jugendschriften sind gut zu nennen? — Es gab eine Zeit, in der man überhaupt keine Jugendlitteratur, keine Kinderbücher kannte. Goethe griff als Kind zu dem Bücherschatz des Erwachsenen. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts kamen „Jugendschriften" auf, und damit begann das Elend der Jugendlektüre. Zwei Arten solcher „Jugendschriften" sind zu unterscheiden. Die Unterhaltungsschrift kommt meist nur dem Hang des Kindes zum Stofflichen, zur „spannenden Handlung" entgegen. Das gilt nicht nur von den Indianergeschichten, auch manche andre, recht vornehm auftretende Unterhaltungsschrift für Kinder verzichtet darauf, das ästhetische Interesse zu wecken. Die Tendenzschrift trägt ein moralisches Mäntelchen. Ob sie religiöse, ob sie patriotische Stoffe behandelt — immer erdrückt die Tendenz die künstlerische Gestaltung und mordet die Wahrheit. In diesen Schriften wird stets das Gute belohnt und das Böse bestraft, sind stets die Deutschen tapfer und edel und alle andren das Gegenteil. Unterhaltungs- wie Tendenzschriften sind gehalten in einem aufdringlich wirkenden „Kinderton", der selbst den kindlichen Leser verstimmt und dem Theodor Storm das Wort entgegengestellt hat: „Wer für die Jugend schreiben will, der darf nicht für die Jugend schreiben." Eine gute Jugendschrift muß ein absichtslos geschaffenes Werk der Dichtkunst sein, das auch dem Erwachsenen Genuß zu bereiten vermag. Und alles das gilt übrigens auch für die Bilderbücher, deren Einfluß auf die Erziehung der Jugend und des Volkes zum Verständnis der bildenden Kunst noch sehr verkannt wird.

Die deutsche Lehrerschaft, schloß Herr Troll, sei seit Jahren bemüht, die guten Jugendschriften und die guten Bilderbücher von den schlechten zu sondern und bei den Verlegern auch auf niedrigere Preisberechnung hinzuwirken. Was bisher geleistet sei, zeige die Ausstellung. Zu wünschen sei nur, daß den Eltern nicht bloß vor Weihnachten, sondern ständig Gelegenheit gegeben werde, die Jugendlektüre selber zu prüfen, vielleicht durch Vermittelung der Volksbibliotheken. Auch das Kind müsse in ästhetischer Hinsicht endlich zu seinem Recht kommen.

An den gedankenreichen Vortrag, den die gut besuchte Versammlung mit lebhaft zustimmendem Beifall aufnahm, knüpfte sich eine kurze Besprechung. Der Vorsitzende, Genosse Sassenbach, schloß mit dem Wunsche, daß die Ausstellung, die bis 6. Dezember täglich von 10—10 bei freiem Eintritt geöffnet ist, regen Besuch finden und gute Früchte bringen möge.

Die Große und das Publikum. Ein Leser schreibt uns: Geradezu unerhörte Zustände herrschen auf der Linie „Spittelmarkt—Friedrichsfelde" der Großen Berliner Straßenbahn. Die Gesellschaft läßt es zu, daß auf der genannten Strecke Fahrgäste, trotzdem sie ihr Fahrgeld bezahlt und ihren Fahrschein für die Fahrt bis zur Kirche in Friedrichsfelde erhalten haben, gar nicht oder doch nur mangelhaft befördert werden. Muß man sich das bieten lassen? Auf genannter Strecke verkehren die Wagen wegen des starken Verkehrs meist mit Anhängewagen. An dem Ringbahnhof Frankfurter Allee oder an der Hubertusstraße wird dann in den meisten Fällen der Anhängewagen abgehängt, ohne Rücksicht darauf, ob der Verkehr stark oder schwach ist. Durch einfaches Verlöschen des Lichtes und Stehenbleiben des Wagens werden dann die Fahrgäste gezwungen, die Fahrt stehend und arg zusammengepreßt im meist schon übervollen Motorwagen fortzusetzen. Ja, einmal geschah es, daß eine ganze Gesellschaft — trotzdem sie ihr Fahrgeld bezahlt hatte — an einem Sonntage aus Raummangel nicht weiter befördert wurde — der Anhängewagen blieb am Ringbahnhofe zurück. Der Rechtslage nach ist die Gesellschaft verpflichtet, jeden, der einen entsprechenden Fahrschein gelöst hat, bis an das Ende der Strecke zu befördern. Geschieht dies nicht, so wäre der nichtbeförderte Fahrgast berechtigt, da er einen Beförderungsvertrag mit der Gesellschaft durch Lösung des Fahrscheins abgeschlossen hat, sich auf Kosten der Gesellschaft zur Weiterfahrt bis zum Ende der Strecke ein Automobil zu mieten. Für die Mehrkosten müßte die Gesellschaft thatsächlich aufkommen. Ebenso ist aber jeder Fahrgast, der die Fahrt auf einem Sitzplatz des Anhängewagens begonnen hat, berechtigt, zur Fortsetzung der Fahrt einen Sitzplatz zu beanspruchen, er hat nicht nötig, sich als überzähliger Passagier stehend befördern zu lassen. Es sind das Zustände, die dringend sofortiger Abhilfe bedürfen. Trotz vieler Beschwerden — diese Strecke hat nach Aussage eines Schaffners die meisten Beschwerden — hat die Gesellschaft nicht das mindeste geändert. Hätte da nicht die Behörde die Pflicht, die „Große" auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen?

Zum städtischen Krankenhauswesen. Der Stadtverordnete Professor Dr. med. Landau und Genossen (Dr. Langerhans, Dr. Neumann, Cassel ꝛc.) haben der Stadtverordneten-Versammlung folgenden dringlichen Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, neben dem leitenden Direktor für das städtische Krankenhaus am Friedrichshain für die chirurgische Abteilung einen in ärztlicher Beziehung gleichgestellten leitenden Arzt in derselben Weise anzustellen, wie es bereits für die innere Abteilung dieses Krankenhauses geschehen ist, und nach Möglichkeit diese Einrichtung auf die übrigen städtischen Krankenanstalten auszudehnen." Der Magistrat hat kürzlich einen ähnlichen Antrag der städtischen Deputation für die Krankenanstalten und öffentliche Gesundheitspflege abgelehnt.

Der Magistrat hat die Ferien für die höheren städtischen Lehranstalten für das Schuljahr 1903 wie folgt festgesetzt: Osterferien vom Mittwoch, den 1. April bis Donnerstag, den 16. April, Pfingstferien vom Freitag, 29. Mai bis Donnerstag, den 4. Juni, Sommerferien vom Freitag, den 3. Juli bis Dienstag, den 11. August, Herbstferien vom Sonnabend, den 26. September bis Dienstag, den 6. Oktober, Weihnachtsferien vom Sonnabend, den 19. Dezember bis Dienstag, den 5. Januar 1904, Osterferien 1904 vom Sonnabend, den 26. März bis Dienstag, den 12. April 1904.

Der Stadtverordnete Talke ist am Dienstag beim Ueberschreiten der Kreuzung der Friedrichstraße und Behrenstraße von einem Omnibus überfahren und schwer am Oberschenkel verletzt worden.

Die schon angekündigte Erfrischungsstation im Kriminalgerichtsgebäude ist nun mit dem gestrigen Tage in Thätigkeit getreten. Dem Publikum wurde dies durch Plakate bekannt gemacht, welche folgendes besagen: „Der Berliner Verein für Volkshygiene, Kaffeestuben und Karren verabreicht im Zimmer 89 von 11—2 Uhr warme und kalte alkoholfreie Getränke und Brötchen zu soliden Preisen. Die Verabreichung erfolgt nur an vorgeladene Personen." Daß die neue Einrichtung einem wirklichen Bedürfnis entspricht, werden alle die-

jenigen ohne weiteres bestätigen, die schon einmal das Vergnügen durchgekostet haben, als Zeugen stundenlang auf dem Korridor des Gerichts warten zu müssen. Auch der gestrige erste Tag des Betriebes zeigte, daß eine solche Stätte der leiblichen Erholung eine Notwendigkeit ist. Die verabreichten Getränke, wie Kaffee, Kakao, Bouillon, Thee 2c. sind schmackhaft, ebenso die belegten Brötchen, Schrippen, Kuchen 2c., die Preise sind äußerst solide, denn sie schwanken zwischen 5 und 20 Pf. Der Betrieb wird von Damen des Vereins geleitet.

Die Härten der modernen Armenunterstützung treten in einer Entscheidung des Bundesamtes für das Heimatwesen hervor. In einer Streitsache des Ortsarmen-Verbandes Charlottenburg wider den Ortsarmen-Verband Berlin hat das Bundesamt folgende bemerkenswerte Grundsätze ausgesprochen: Ein Unterschied zwischen verschiedenen Hilfsbedürftigen bei der Bestimmung des Maßes und der Art der zu beschaffenden Wohngelegenheit und Lebensmittel kann nur mit Rücksicht auf ihre körperlichen Verhältnisse, aber nicht mit Rücksicht auf ihre früheren Lebensgewohnheiten und ihre frühere gesellschaftliche Stellung gemacht werden. Das Gleiche gilt auch dann, wenn darüber zu entscheiden ist, ob die Einnahmen einer Person zur Beschaffung ihres Lebensunterhaltes ausreichen, oder in welchem Maße sie hierzu eines Zuschusses aus Mitteln der öffentlichen Armenpflege bedarf. Von diesem Gesichtspunkte aus kann nicht angenommen werden, daß eine 62 Jahre alte, gesunde weibliche Person zur Befriedigung ihres Wohnungsbedürfnisses eines eignen, d. h. eines ihr zur ausschließlichen Benutzung zustehenden Zimmers bedarf und in Charlottenburg mindestens 20 Mk. monatlich für ihr Obdach aufwenden muß. Es muß die Beschaffung einer sogenannten „Schlafstelle" in seiner fremden Wohnung als ausreichend erachtet werden, um das Wohnungsbedürfnis für einen Hilfsbedürftigen zu befriedigen. Es kann nicht angenommen werden, daß für die Beschaffung von „Obdach" mehr als 9 M. monatlich aufgewendet werden muß. Die Kosten des unentbehrlichen Lebensunterhalts und der Bekleidung für eine erwachsene hilfsbedürftige Person können dort nicht höher als auf 23 M. monatlich veranschlagt werden. Hiermit steht es auch im Einklang, daß das Bundesamt in der vom Beklagten erwähnten Entscheidung vom 11. Mai 1901 für eine Familie, die aus einer Frau und drei Kindern unter 14 Jahren bestand, ein Einkommen von monatlich 58,40 M. unter normalen Verhältnissen zur Beschaffung des unentbehrlichen Lebensunterhalts in Berlin für ausreichend erachtet hat. Hierzu bemerkt die Charlottenburger Armendirektion: Der Satz, daß auf frühere Lebensgewohnheiten und die frühere gesellschaftliche Stellung der Hilfsbedürftigen keine Rücksicht bei Bemessung der Unterstützung zu nehmen ist, entspricht dem bestehenden Recht, wenngleich seine Durchführung in der Praxis ohne außerordentliche Härten, wie jeder Praktiker weiß, häufig schwer möglich ist. Auch dagegen, daß einer alten Person, die ihr Leben lang wenigstens einen Raum ihr eigen genannt hat, lediglich eine Schlafstelle als angemessenes Obdach zugestanden wird, wird trotz der auch damit sicher nicht selten verbundenen Härte vom Standpunkte des Gesetzes nichts erinnert werden können.

Die Kälte hat in der Nacht zu gestern so stark zugenommen, daß das Thermometer auf 16 Grad unter Null sank. Spree, Dahme und Havel, auf denen die Eisdecke durch Dampfer zertrümmert worden war, um die Rückkehr der noch unterwegs befindlichen Schiffe nach ihren Winter-Ankerstellen zu ermöglichen, sind neuerdings geschlossen; das Eis hat in 24 Stunden eine Stärke von 22 Millimetern erreicht. Das Eis des Müggelsees ist stellenweise bis 8 Zoll stark und ist in begrenzten Bezirken für Schlittschuhläufer freigegeben. Da die Eisfläche des Gewässers jedoch noch vielfach dünne Stellen hat, so kann vor dem Betreten der nicht gekennzeichneten Stellen nur dringend gewarnt werden. Die Natureisbahnen im Tiergarten, Rousseau-Insel und Neuer See haben bereits die Stärke von sechs Zoll erreicht, und sind polizeilich abgenommen. Auch die Eisfläche des Spandauer Schiffahrts-Kanals dürfte, wenn der Frost noch einige Tage anhält, voraussichtlich am Sonntag freigegeben werden.

Die Mauerungsarbeiten auf den Bauten sind wieder unterbrochen worden. Von der Baupolizei werden „Kälterevisionen" vorgenommen, nachdem zur amtlichen Kenntnis gelangt ist, daß bei der scharfen Kälte in der Mitte vorigen Monats auf verschiedenen Neubauten weiter gearbeitet worden ist, obwohl der Mörtel unter der Kelle förmlich gefror.

„Frau Baronin v. Arco". In das Goldwaren- und Uhrengeschäft von Ellinghaus in der Potsdamerstraße kam gestern eine feingekleidete Dame, um zu Weihnachten einzukaufen. Sie ließ sich allerhand Sachen vorlegen, konnte aber so recht keine Auswahl treffen. Als der Verkäufer sich einmal umgewandt hatte, um noch etwas Neues zu holen, ließ sie blitzschnell eine goldene Damenuhr vom Ladentisch verschwinden. Durch Diebstähle in andern Geschäften vorsichtig gemacht, hatte sich aber der Verkäufer seine Vorlagen gemerkt und das Fehlen der Uhr entging ihm daher nicht. Da er seiner Sache sicher zu sein glaubte, so fragte er die Kundin ohne Umschweife nach ihrem Verbleib. Mit großer Entrüstung wies sie seinen Verdacht zurück. Wie er überhaupt dazu komme, eine solche Frage an sie zu richten, sie, die Baronin von Arco, die eigens um Weihnachtseinkäufe zu machen mit ihrem Gatten und ihren Kindern nach Berlin gekommen sei und im „Oestreichischen Hof" wohne! Diese Sicherheit machte den Verkäufer nun doch wieder stutzig. Unbemerkt ging er aber der Kundin, die unter diesen Umständen natürlich nichts kaufte, nach, um ihre Angaben zu prüfen. Da sah er denn, daß die Dame auf der Straße die vermißte Uhr aus einer Falte ihres Kleides, in der sie sie mit der linken Hand festgehalten hatte, herausholte, um sie sich etwas genauer anzusehen. Nun rief er einen Schutzmann und dieser brachte die Frau zur Kriminalpolizei. Hier blieb sie dabei, daß sie eine Baronin von Arco sei, der Erkennungsdienst aber brachte bald heraus, daß man eine mehrfach bestrafte und lange gesuchte Schwindlerin und Ladendiebin Anna Probell, geb. Heise, erwischt hatte. Diese sollte vor einigen Jahren wieder einmal festgenommen werden, bekam aber Wind und entfloh nach Holland, wo sie nicht zu ermitteln war. Als ihr kein Leugnen mehr half, gab sie dann auch zu, die gesuchte Probell zu sein und behauptete nun, daß sie eben erst aus Holland zurückgekehrt sei. Das glaubt man ihr jedoch nicht. Viel wahrscheinlicher ist, daß sie sich schon länger wieder in Berlin aufgehalten und eine ganze Reihe von Diebereien, die der Kriminalpolizei angezeigt wurden, verübt hat.

Das Hausieren in der Kaschemme. Einen schwunghaften Handel mit Cigarren und Cigaretten betrieben in den letzten Tagen zwei Männer in den Kaschemmen am Kottbuser Damm. Die Sachen waren gut, aber die Händler hielten auch auf Preise. Das ärgerte nun einen Stammgast, der gern billig gekauft hätte, zumal da er genau wußte, daß die Händler umsonst „eingekauft" hatten. Er machte die Kriminalpolizei auf die Geschäfte aufmerksam und diese ermittelte in den Händlern die mehrfach bestraften Einbrecher Esserstädt und Brunow, die sich ihre Ware in der Nacht vom Sonntag zum Montag aus einer Cigarrenhandlung in der Yorkstraße geholt hatten. Beide sind geständig. Ein Teil ihrer Beute konnte dem Eigentümer wieder zugestellt werden.

Auf dem Stadtbahnhof Friedrichstraße bemerkte bei der Einfahrt des Zuges 5,35 der diensthabende Stationsassistent Pohl einen jungen Menschen von etwa 14 Jahren auf den Geleisen. Er sprang schnell hinzu und es gelang ihm, den jungen Mann dicht vor den Rädern der Lokomotive von den Schienen zu reißen. Der Beamte fiel bei diesem Rettungsversuche hin, hatte aber das Glück, auf dem Bahnsteig zu bleiben, sonst wäre er selbst verloren gewesen. Der unter Gefahr des eigenen Lebens des Beamten dem sicheren Tode entrissene junge Mann war plötzlich verschwunden, als der Beamte den Zug abgefertigt hatte.

Ueber ein Ehedrama wird nachträglich aus der Gabelsbergerstraße berichtet. Hier bewohnt in dem Hause Nr. 16 der praktische Arzt Dr. Wandersleben, ein lediger Mann von 35 Jahren, seit 1½ Jahren den zweiten Stock. Am 1. April gab er einen Teil der Wohnung an das Buchhalter Kurt Körnersche Ehepaar ab, wofür ihm Frau Körner, die außerdem noch eine Entschädigung in Geld erhielt, die Wirtschaft führte. Der 28 Jahre alte Ehemann Körner, der lungenleidend und arbeitsunfähig ist, hegte nun gegen seine erst 22 Jahre alte Frau, mit der er seit sechs Jahren verheiratet war, eine unbegründete Eifersucht. Darüber kam es, sobald der Arzt nicht zu Hause war, oft zu heftigem Streit, so daß sich Hausbewohner wiederholt bei der Wirtin beschwerten. Am Sonntagabend gingen die Eheleute mit einigen Verwandten aus. Ein Streit veranlaßte, daß Frau Körner eher nach Hause kam als ihr Mann. Als dieser dann folgte, fand er seine Frau und den 3½ Jahre alten Sohn Kurt eingeriegelt. Erst auf die Drohung, die Thür einbrechen zu wollen, öffnete die Frau. Die Folge war wieder ein Streit, bei dem es auch zu Thätlichkeiten kam. Morgens um 4 Uhr wurde Körner durch Röcheln aus dem Schlafe geweckt. Seine Frau hatte den Knaben und sich mit Morphium vergiftet. Da Dr. Wandersleben nicht zu Hause war, so wurde der Arzt Dr. Osterwald aus der Nachbarschaft gerufen. Dieser ließ die Frau sofort und den Knaben am Sonntagvormittag um 11 Uhr nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain bringen. Dort starb gestern Frau Körner, während sich ihr Sohn auf dem Wege der Besserung befindet.

Ein böses Unglück ist einem Angestellten Schwenn, Mauteuffelstraße 13, vorn 4 Treppen, widerfahren. Der Herr hat eine Aktenmappe, welche Grundbuchpapiere, Hypothekenbriefe usw. enthält, in der Gegend des Halleschen Thores verloren. Die Papiere sind für den Finder völlig wertlos; vielleicht verhilft diese Mitteilung den Inhabern wieder zu ihrem Eigentum.

Im Wintergarten ist jetzt das Udel-Quartett eingekehrt, Wiener Gäste, die immer von neuem beweisen wollen, daß im guten Vortrag selbst der Unsinn wirkungsvoll ist. Das Orchester setzt ein und spielt die ersten Accorde der herrlichen Freischütz-Ouverture. Die vier Herren heben bald zu singen an: „Durch die Wälder, durch die Auen" aber mit neuem, im Anfang unverständlichen Text. Man blickt befremdet auf die Sänger, sieht dann auf das Programm und entdeckt nun, weshalb das Personenverzeichnis einer alten Freischütz-Aufführung im Opernhause auf dem Zettel abgedruckt steht. Dies Personenverzeichnis ist dem Gesangsvortrag als Text untergelegt. Wie man im Reichstage je nach der Parteistellung über die Anwendung des Wortes Rhabarber verschieden denkt, so mag man im Wintergarten je nach der mitgebrachten Laune eine solche Verulkung einer der schönsten Volksopern humorvoll oder mit Unwillen aufnehmen. Wirkungslos bleibt diese Virtuosität des Unsinns aber auf keinen Fall. — Eine russische Sänger- und Tänzertruppe lehrt, welch ein Raffinement heute für nottwendig gehalten wird, um sich auf dem Variété Geltung zu verschaffen. „Eine Bojaren-Hochzeit" steht auf dem Programm. Zuerst wird das Aeußere, dann das Innere einer russischen Kirche in prächtiger Dekoration gezeigt. Eine große Hochzeitsgesellschaft ist versammelt, Pope, Brautpaar, Brautjungfern und Gäste; alles schillert in farbenprächtiger, pelzverbrämter Kleidung. Die ganze Trauungsceremonie mit Orgelspiel und Chorgesang spielt sich auf der Bühne ab; die feriöse Stimmung der Gesellschaft schlägt in den beiden folgenden Bildern, die die eigentliche Hochzeitsfeier darstellen, um in tolle, ausgelassene Lustigkeit. — Es würde zu weit führen, aus dem abwechslungsreichen Programm alle Einzelheiten anzuzählen; erwähnt sei noch das Auftreten der temperamentvollen Französin Eugenie Fougère.

Aus den Nachbarorten.

Die Adlershofer Genossen werden ersucht, sich an der heutigen Protestversammlung in Köpenick recht zahlreich zu beteiligen.

Steglitz. Nur immer langsam voran! — — daß scheint die Parole unsrer Gemeindeverwaltung bei den Vorarbeiten zu dem zu errichtenden Gewerbegericht zu sein. Nach dem Gewerbegerichts-Gesetze vom 30. Juni 1901 sind die Ortschaften mit über 20 000 Einwohnern bekanntlich verpflichtet, bis zum 1. Januar 1902 Gewerbegerichte zu errichten. Jetzt schreiben wir bald den 1. Januar 1903, aber von den vorzunehmenden Wahlen zu einem solchen Gerichte verlautet bei uns noch kein Sterbenswörtchen. Am 23. September genehmigte die Gemeindevertretung nach beinahe einjährigen Vorarbeiten endgültig das Statut, welches am 7. Oktober vom Bezirksausschuß genehmigt wurde. Da könnte man doch erwarten, daß nunmehr, nachdem abermals acht Wochen ins Land gegangen sind, die Vorarbeiten erledigt wären. Nichts von alledem, nur das „Gehalt" des zukünftigen Gerichtsschreibers am Gewerbegericht ist bereits bewilligt — ob das gerade das Eiligste war, lassen wir dahingestellt. So viel ist sicher, daß die hiesige Arbeiterschaft unter diesen Umständen noch mindestens bis April auf das Funktionieren des Gewerbegerichts warten muß; denn § 13 des Statuts schreibt ein 14tägiges Ausliegen der Wählerliste vor, woran sich eine dreitägige Einspruchsfrist anschließt; § 14 bestimmt, daß zwischen der ersten Bekanntmachung der Wahl und dem Wahltage eine Frist von mindestens drei Wochen liegt, während § 18 zu Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl eine Frist von einem Monat festsetzt. Also selbst einen vollständig glatten Verlauf der Wahlen vorausgesetzt, vergehen noch reichlich 9 Wochen vom Tage der Bekanntmachung des Ausliegens der Wählerlisten bis zur endgültigen Konstituierung des Gerichts. Wie verträgt sich das mit den §§ 55 und 56 des Statuts? § 55 bestimmt: „Dieses Ortsstatut tritt am 1. November 1902 in Kraft", und § 56 sagt: „Die am Tage des Inkrafttretens dieses Statuts bei den zuständigen Behörden bereits anhängigen Streitigkeiten sind bei denselben auch zur Erledigung zu bringen". Wer entscheidet nun die Streitigkeiten, welche nach dem 1. November entstanden sind oder bis zur endlichen Konstituierung des Gerichts noch entstehen? —

Reinickendorf. In der letzten Gemeinderats-Sitzung zeigte sich die soziale Rückständigkeit unsrer bürgerlichen Gemeindevertreter wieder einmal im schönsten Lichte. Von unsrer Seite war eine Interpellation eingebracht, was der Gemeindevorstand zur Abhilfe der bestehenden Fleischnot zu thun gedenke. In seiner Antwort erklärte der Vorsteher nichts thun zu können; ein Petitionsrecht stehe der Gemeinde in dieser Sache nicht zu, da es sich nicht um eine rein örtliche Angelegenheit handle. Genosse Schilling bedauerte die ablehnende Antwort des Vorstehers; die Fleischnot sei akut geworden, durch die mangelhafte Ernährung werde die Bevölkerung physisch geschwächt und die Armenlassen gesteigert, also die Gemeinde geschädigt. Die bürgerlichen Herren meinten, die Petition käme post festum, denn die Fleischnot sei vorbei, die Fleischpreise gingen zurück; die Grenzsperre sei eine Notwendigkeit zur Verhütung von Viehseuchen, der Reichskanzler habe im Reichstag erklärt, eine Fleischnot existiere nicht. Vergebens wies Genosse Ohl ziffernmäßig das stetige Anwachsen der Fleischpreise im Orte nach, betonte die Schädigung der Volksernährung und Gesundheit und sprach offen aus, daß die Grenzsperre nicht wegen der Seuchengefahr, sondern nur zu Gunsten der mächtigen Agrarierclique gehandhabt werde. Mit 11 gegen unsre 3 Stimmen wurde sein Antrag, eine entsprechende Petition an den Reichskanzler zu richten, abgelehnt. — Beschlossen wurde die Anstellung von 3 neuen Lehrern und die Einrichtung von 3 neuen Schulklassen zum 1. April. Da zwei Klassen sogenannte „fliegende" sein sollen, so sprach Genosse Ohl den Wunsch aus, man solle diese Einrichtung nicht nach berühmtem Berliner Muster verewigen.

Die Spandauer Stadtverordneten nahmen in ihrer letzten Sitzung die Wahl der gemischten Kommission zur Vorberatung des sozialdemokratischen Antrages betr. die Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter vor. Entgegen dem Vorschlage des VI. Ausschusses wurde neben unsrem Genossen Pieper auch Genosse Rieger in die Kommission gewählt. Die Vorlage betr. Erhebung einer „Wohnungsstatistik und Schaffung eines Wohnungsamtes" gab den bürgerlichen Stadtvätern wieder einmal Gelegenheit, ihr sozialpolitisches Licht leuchten zu lassen. Der Magistrat hatte den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion rundweg abgelehnt, mit der bequemen Begründung, daß die Kosten zu groß seien. Irgend eine Berechnung über die voraussichtlichen Kosten hatte der Magistrat nicht erst anstellen zu müssen geglaubt, weil er ja genau wissen konnte, daß er für seine Logik bei den bürgerlichen Stadtvätern volles Verständnis finden würde. Der Hinweis darauf, daß ja — die Spandauer Polizei schon jetzt „Wohnungserhebungen" anstelle und daß die Wohnungs-Inspektion zum Geschäftsbereiche der bestehenden — „Gesundheitskommission" gehöre, kennzeichnet ja allein schon das Maß des sozialen Verständnisses, welches die städtischen Behörden Spandaus derlei Anträgen entgegenbringen. Die sachlichen Ausführungen unsres Genossen Rieger vermochten darum auch nicht die bürgerliche Mehrheit zu einer besseren Erkenntnis zu bringen, sie trugen ihm nur eine Anzapfung seitens des bürgerlichen Stadtv. Rupke ein; ein Antrag unsrer Genossen, 2000 M. für eine Wohnungsstatistik flüssig zu machen, wurde mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Liberalen ergriffen diesmal den besseren Teil der Tapferkeit, sie schwiegen sich gänzlich aus.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 9. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Fall Krupp. — Zum Ausbau unsrer Organisation. Von Wilhelm Dittmann. — Vom Hartkohlenstreik in den Vereinigten Staaten. Von Edmund Deuß. — Ueber die Anfänge der Lehre vom Klassenkampf. Von Georg Plechanow. I. — Die höhere Gewalt als Gefahrenquelle in technischen Betrieben. Von J. German.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag), ist uns soeben die Nr. 25 des 12. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Gegen den Polizeistaat! — Ein neues Arbeiterinnenschutzgesetz in der Schweiz. Von D. Z. — Zum Schaden den Spott. — Aus der Bewegung. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Von Louise Zietz. — Feuilleton: Mutter Jones. (Fortsetzung.) — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sittlichkeitsfrage. — Verschiedenes. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Von der „Hütte", Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag H. Kaltschi) ist soeben das siebzehnte Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm v. Polenz. — Die Arbeiterfrage — eine Frage des werdenden Lohnarbeiterstandes von Paul Kampffmeyer. — Um Mitternacht. Gedicht von Eduard Mörike. — Aus der Jugendzeit des Kommunismus. Von Gustav Jaeckh. — Ratten Has'. Gedicht von Klaus Groth. — Der stille See. Märchen von Karl Ewald. — Max Klinger. Von John Schikowski. — Das große Gespenst. Erzählung von Henrik Pontoppidan. — Wilhelm Hauff. — Auf Wilhelm Hauffs frühes Hinscheiden. Gedicht von Ludwig Uhland. — Notizen. Büchertisch. Von Kurt Grottewitz. — Kunstbeilage: Friedrich Nietzsche von Max Klinger.

„Der Arbeitsmarkt", Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 5 des 6. Jahrganges u. a.: Die Berliner Arbeitsbörse. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Städtisches Arbeitssekretariat in Ulm. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Einwirkung des französischen Streiks auf den Ruhrkohlen-Bergbau); Baugewerbe (Bauthätigkeit in Großstädten); Verkehr (Dienstverhältnisse bei der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Streikstatistik. — Börsenkurse. — Haushaltskosten. Konsum: Lebensmittelpreise im November. — Arbeitslosen-Fürsorge: Reglements für die Notstandsarbeiten in Frankfurt a. M.

„Das Gewerbegericht", Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) Die Zeitschrift enthält in Nr. 3 des 8. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbegerichten (Weimar, Delmenhorst, Stuttgart, Offenbach), andren deutschen Gerichten (Amtsgericht Kölln) u. a. Lotmars „Arbeitsvertrag" und die Gewerbegerichte. Von Stadtrat Dr. Flesch. — Verfassung und Verfahren. Wählerlisten nach dem neuen Gewerbegerichts-Gesetz. — Kostenansätze im Einspruchsverfahren. — Stellungnahme der Arbeiter zu der Verhältniswahl. — Einigungsämter. Das Einigungsamt in der Lohnbewegung der Berliner Rohrleger. Von Arbeitgeber-Beisitzer Ingenieur E. Bernhard. — Allgemeines. — Kaufmännische Gewerbegerichte. — Petition des allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die Nr. 25 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Von den beiden farbigen Bildern der Nummer beschäftigt sich das erste „Chamberlain triumphator" mit der Reise des englischen Kolonialministers durch Transvaal, das zweite „Der agrarische Hochmutsteufel in voller Fahrt" verspottet den Bund der Landwirte, dessen Zollforderungen so hoch gespannt waren, daß sie sämtlich durchgefallen sind. Das Bild „Notstandsscene im deutschen Reichstage" ist eine Karikatur auf das jetzige namentliche Abstimmungsverfahren nach dem Antrag Richthofen. Die Bilderserie „Die lückenlose Wurst" stellt den angeblichen Segen des Zolltarifs für den kleinen Bauer ins rechte Licht. Das Bild „Die Hebamme des Zolltarifs" zeigt Eugen Richter eifrig bemüht, dem Zolltarif durch Beihilfe beim Umsturz der Geschäftsordnung zum Siege zu verhelfen. Weitere Illustrationen sind dann noch andren politischen Vorgängen gewidmet. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Ein guter Mensch", „Das Lied von der Polizei", „Ein berühmter Mann", „Der brave Soldat", „Obstruktio parlamentaria", „Der geplagte Kanzler", „Die Dreizehn" „Lied des Schutzmanns" von Ludwig Frank, „Eine Kalamität", „Hoch Berlin!", „Bernhards Klage", sowie eine große Anzahl kleiner satirischer Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige.

Vermischtes.

Ein furchtbarer Sturm wütete, nach einer Depesche aus London, gestern in der Nordsee. Etwa 80 Schiffe suchten im Hafen von Shields Zuflucht.

Eis im Frischen Haff. Nach einer telegraphischen Meldung aus Königsberg, 3. Dezember, hatte das Eis auf dem Haff bei Pehse und Groß-Heydekrug gestern eine Stärke von 15 bezw. 16 Centimeter. Bei zunehmendem Frost (bis 19° Réaumur) bemerkt man eine nebelartige Ausdünstung des Wassers wie Rauch. Im Seekanal befindet sich sogenanntes Klumpeis. Für Dampfer wird die Fahrt zwischen hier und Pillau noch durch Eisbrecher aufrecht erhalten.

In einer Konditorei in Bochum brach gestern Feuer aus. Es sind bei dem Brande neun Personen ums Leben gekommen; schwer verletzt wurden drei, leicht verletzt eine Person. Von den schwer Verletzten liegen zwei im Sterben.

Grauenhafte Lynchjustiz. Die Einwohner von Lenoxville im Staate New York haben an einem Neger, der eine weiße Frau ermordet hatte, fürchterliche Lynchjustiz verübt. Sie banden den Mörder an den Leichnam seines Opfers fest und sperrten ihn alsdann so in eine Gefängniszelle, worin er drei Tage und drei Nächte blieb. Der Leichnam, von dem sich der Neger nicht losmachen konnte, zersetzte sich schnell. Der Schwarze brüllte unaufhörlich. Nach 72 Stunden öffnete man die Zelle und fand, daß der Neger von Tobsucht befallen war. Daraufhin wurde er mit Revolverschüssen getötet.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

K. L. 61. 1. bis 3. In diesen Handlungen kann strafbare Untreue und Unterschlagung erblickt werden. 4. So weit ersichtlich, läge Beihilfe nicht vor. — **W. W. 9.** Im Streitfall hat das Vormundschaftsgericht die Besuchszeiten festzusetzen. Bestimmte, im Gesetz normierte Fristen existieren nicht. Etwa 8 bis 14 Tage werden in der Regel für eine angemessene Frist erachtet. — **L. 19.** 1. In solcher Handlung kann eine strafbare Mißhandlung erblickt, aber auch das Gegenteil angenommen werden. 2. Fragen können die Parteien stellen. — **G. W.** 1. Ja. 2. Ja, ratsamer ist aber das erste. 3. Sie können bis zur Haftantrittszeit die Haft durch Zahlung abwenden. — **J. 93.** 1. und 2. Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 4. Dezember.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Der Geigenmacher von Cremona.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) 5. Symphonie-Abend.
Deutsches. Es lebe das Leben.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Lessing. Jack.
Central. Madame Sherry.
Neues. Herren der Schöpfung.
Residenz. Nathan der Weise.
Westen. Manon.
Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Kabale und Liebe.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Der Pfarrer von Kirchfeld.
Belle-Alliance-Theater. Die Schröderischen.
Carl Weiss. Ilse Römer.
Luisen. Emilia Galotti.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Buntes Theater. Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Der Hund. — Abergläubisch.
Kleines. Rausch.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49. Tausend Jahre deutscher Kultur.
Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.

Die Liebesschaukel.

Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **Denise.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Nur noch 3 Aufführungen!

Ilse Römer.

Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Benefiz für Frl. Roger. **Ilse Römer.** Sonnabendnachmittag: **Frau Holle.** Sonntagnachmittag: **Romeo und Julia.** Sonntagabend zum 1. Male: **Witwe Dallia.**

Central-Theater

Donnerstag, 4. Dez., abends 7½ Uhr:

Madame Sherry.

Operette in 3 Akten von Hugo Felix.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene 1 Kind frei: **Schneeweißchen und Rosenrot.** Abends: **Madame Sherry.** Sonntagnachmittag 3 Uhr (halbe Preise): **Der Zigeunerbaron.** — 7½ Uhr: **Madame Sherry.** Montag und folgende Tage: **Madame Sherry.**

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Rausch.

Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Morgen: **Ackermann.**

Residenz-Theater.

Donnerstag, den 4. Dezember:

Nathan der Weise.

Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. Lessing.
(Nathan: **Sigmund Lautenburg.**)
Morgen: **Seine Kammerzofe.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72—73.
Zum **198.** Mal:

Charleys Tante.

Guido Thielscher als **Charleys Tante.**
Anfang: Charleys Tante. 8½ Uhr.
Vorher: **Cassis Pascha.** Anf. 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gastspiel des Frl. **Klara Iszka: Alexandra.** Schauspiel in 4 Akten von R. Voß.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Das Riesen-Dezember-Programm.
5½ Uhr: 8½ Uhr:

Goldene Jugend.

Gr. Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz von B. Gericke.
Hyronimus Ziebig — Dir. **R. Winkler.**
Durchweg neue Schau- und Kunstnummern. — Nur Schlager I. Ranges.
Soeurs Blanche, Gymn. Melangeakt. **Charles Morino,** Champion Equilibrist. **Mr. Montani,** Gr. Dressurakt. **Yiang You,** Gaukler, unerreicht. **Aniela Koncewicz,** Soubr.-Ding. **Schwestern Montani,** Doppel-Trapez. **Miss Nebula,** mysteriöses Lichtakt.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:

Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.

Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine **schneeweisse Negerin** von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen die schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.

Das Elite-Weihnachts-

Fest-Programm.

Liane Leischner,

Secessions-Soubrette.

Bajerri als Beethoven.

sensationelle musikalische Recitationen.

Georg Kaiser prolongiert.

Kinematograph:

Krupps Leichenzug.

14 neue erstklassige Nummern

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr: **Neue Specialitäten.**
Um 9 Uhr: **Mit kolossalem Erfolg:**

Nakiri's Hochzeit

Ausstattungs-Operette in 2 Akten von **P. Lincke.**
Im zweiten Bilde (10¼ Uhr):

Der sensationelle Spiegeltrick.

Im letzten Bilde (10½ Uhr):

H. Harndins elektrisches Ballett.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Buntes Theater

(Ueberbrett'l.)
Köpnickerstraße 68. Anfang **8 Uhr.**
Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Der Hund. — Abergläubisch.
Bunter Teil:
Leitung: **Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Bokken Lasson. — Hans Fredy.**

Luisen-Theater.

Donnerstag, den 4. Dezember:

Emilia Galotti.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse, Invaliden-, Künstlerdank u. Warenhäuser A. Wertheim.
Freitag: **Faust.** Sonnabend: **Der grüne Karl.** Sonntag 3 Uhr: **Die Räuber.** 8 Uhr: **Berlin, wie es weint und lacht.** Montag: **Faust.**

Steidl-Theater

Oranienburg. Thor — an der Friedrichstr.

Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Steidl-Sänger.

Vorverkauf 40 Pf. — Entree 60 Pf.

(Fritz Steidl, Scheuerl, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel.)
Neu: **Am Weihnachtsabend.**
Lebensbild von Fritz Steidl.
Entree 50 Pf. (Vorverk. 40 Pf.) bei **Rühle,** Friedrichstr. 115.

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37.
Große Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 7½ Uhr. 7396
Täle an Vereine sind zu vergeben.

Cirkus Schumann

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7½ Uhr:

Ausserordentlich gr. Vorstellung
mit **vorzügl. Programm.**
Um 9¼ Uhr:

Mr. Diavolo,
die grösste Sensation des XX. Jahrh.

Looping the Loop.

Um 9¼ Uhr:
Eine **Fortsetzung** der beliebten Pantomime: **Die lustigen**

Heidelberger.

Sonntag **2** grosse Vorstellungen.
In **beiden** Vorstellungen:
Mr. **Diavolo, Looping the Loop.**
Nachm. 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Jugendfreunde.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Freie Volksbühne.

Metropol-Theater
13./14. Abteilung:
Was ihr wollt.

Lessing-Theater
2./3. Abteilung:
Der Tartüff.

am Sonntag, den 7. Dezember, 2¾ Uhr nachmittags.
Die Vorstellungen der **5. Serie** im Metropol-Theater beginnen am Sonntag, den **14.** Dezember, und zwar für die

9. und 10. Abteilung zuerst.

Dann folgt die 11./12. und 13./14. Abteilung, dann erst die 1.—8. Abteilung. **Die Daten** der Vorstellungen in den Mitgliedskarten sind zu beachten und **massgebend.** Aufgeführt wird:

Kollege Crampton. Komödie in 5 Akten von **Gerhart Hauptmann.**

Sonnabend, den 6. Dezemb., 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause:**

Ordner-Sitzung.

230/16 **Der Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

Chaussee-Str. 103. Germania-Prachtsäle Chaussee-Str. 103.
Arnold Scholz.

Heute Donnerstag:

Grosses Militär-Streichkonzert

ausgeführt von der **Regimentsmusik des IV. Garde-Regiments zu Fuss in Uniform** unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors Herrn **Frz. A. Bergter.** 5803L*

Anfang **8** Uhr. Bons gelten. Eintritt **30** Pf.

Nachdem:

Familien-Kränzchen.

Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inhaber: **Albert Mörner.**

Walzer- und Operetten-Abend

(sogenannter Verlobungs-Abend)
des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn **Jul. Einödshofer.**

Heute: Populäres Konzert.
Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.

Sonnabends stehen meine Säle wie Vereinsräume, 50—2000 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Ein kleiner Saal ist auch an andren Wochentagen frei. 5886L*

Voranzeige. Voranzeige.

Neues Konzerthaus.

Im Grand Hotel am Alexanderplatz.
Inh.: **Alb. Mörner.** [5880L*
Sonnabend, den 6. Dezember 1902:

Einmaliges Streich-Konzert

der gesamten Kapelle der **Lübbener Jäger,** unter Leitung ihres Stabshornisten Herrn Ebert.
Entree 30 Pf. Reserv. Platz 60 Pf. Anfang 8 Uhr.

A. Rossbachschultze

Juwelier und Goldschmiedemeister
110 Chausseestr. Berlin N. Chausseestr. 110
Um mein reiches, wohlsortiertes Lager in

Juwelen, Gold-, Silber- u. Alfenidewaren u. Uhren

zu verkleinern, veranstalte ich zu bedeutend herabgesetzten Preisen einen **Weihnachtsverkauf** und empfehle besonders **Armbänder, Broschen, Ohrringe, Ringe, Knöpfe, Ketten, Bestecks, Löffel, Myrthenkränze** in reichster Auswahl. 50/1*

Hinaus in die Ferne!

ist die Losung für viele Menschen, sobald es ihre Zeit erlaubt. Ein Ausflug, ebenso der Besuch eines Theaters gewinnen aber erst an Interesse, wenn man sich dabei eines guten Fernglases bedienen kann. **Hervorragend schöne und praktische Modelle, mit nur scharfen Gläsern,** bietet in seiner grossen Auswahl zu billigsten Preisen das altbekannte Institut für Präcisions-Optik von

Carl Buttendorff,
1. Firma **Ernst Riek, Berlin N.,**
Weinbergsweg 15b, 6. Laden v. Rosenth. Thor.

Theatergläser mit schwarzem Körper, mit scharfe Gläser von M. **4.50** an.
do. **mit Perlmut-Körper,** v. M. **7.50** an.
Triumph: Reise-Glas mit Etuis und Riemen . . . . M. **8.00.**
Merkur: wie nebenstehende Abbildung mit 3 Gläsern Compaß und Etuis mit 2 Riemen . . . M. **12.00.**
Monopol: klein, äußerst lichtstark M. **12.00,** gross, lichtstark M. **16.00.**
Rapid: beste Combination für Reise und Theater. **Extra scharf.**
Nr. I. **18.00.** Nr. II. **22.00.** Nr. III. **28.00.**

Bitte genau auf Firma und Hausnummer 15b achten.

Wer-Stoff-hat.

Fertige Anzug 20 M., feinste Zuth., 2 Anproben, für guten Sitz bekam goldne Medaille. Handnäharbeit. 124/15
Ludwig Engel,
Prenzlauerstraße 23. 2 Tr.,
nahe Alexanderplatz. Gegr. 1892.
Komme auch Maßnehmen ins Haus. Bitte Postkarte.

H

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25—10,35, Rum 1,00—5,60, Nordhäuser 0,45—1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- u. Himbeersaft, Port- u. Ungarweine gut u. billigst
Carl Schindler, Chausseestrasse 55.

Belle-Alliance-Theater.

Münchener Ensemble-Gastspiel
Heute abend 8 Uhr: Zum 6. Male:

Die Schröderischen.

Bürgerl. Volksstück v. **H. Schrottenbach.**
Morgen und folgende Tage: **Die Schröderischen.**

Winter Garten

Vollständig Neues Programm.

Geschwister Andersen, Fuss-Equilibristinnen.
Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette.
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch. Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische Gesangs- und Tanz-Scenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Porzina's dressierte Affen.
Mason und Forbes, Excentrics.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bycicle-Rennen.
Eugenie Fougère, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Bartho,
Pariser Luft, Ballett-Divertissement.
„Biograph".

Metropol-Theater.

Zum 6. Mal:
Die zwölf Frauen
des
Japhet.

Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund. In Scene gesetzt v. Direktor Richard Schulz. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Hermann Haak. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Frid-Frid. Junker-Schatz. Wini Grabitz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringer Straße 37.
Die brillanten Specialitäten.
Nur noch bis Freitag:

Ein Sohn des Volkes.

Sonnabend: „**Pustekohl**" m. Richter.
Anfang Wochent. 8, Sonnt. 7½ Uhr.

Etablissement

Buggenhagen

am Moritzplatz.
Heute Donnerstag:

Militär-Konzert

Musikcorps Garde-Füsilier-Reg. (Herr **Dippel.**) 5119L*
Im Kaiser-Saal: **Norddeutsche Sänger** und **Tanz.**

Cirkus Busch.

Donnerstag, 4. Dezember 1902, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung.

Dahomey.

Die Strausse als Reitpferde. 3 Frères Honcke.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1½ Uhr.

(Meidel, Pietro, Britton, Max Steidl, Krone, Böhme, Bachmann, Walther jr.)

Bernhard Rose-Theater,

Badstr. 58.
Donnerstag, den 4. Dezember:

Jägerliebchen.

Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon Treptow.
Anfang 8 Uhr.

W. Noack's Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.

Durchgegangene Weiber.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Freitag: **Der Dorneuweg.**

Königstadt-Casino.

Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. **Specialitäten-Vorstellung.** Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Albert Lange

am Sonnabend, den 29. November verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/5 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Hermann Grunow
(Stockarbeiter)

am Montag, den 1. d. M., verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4., nachmittags 3 Uhr, auf dem Luther-Friedhof in Lankwitz statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
NB. Die Stockarbeiter treffen sich um **2 Uhr** am Potsdamer Bahnhof. 92/4

Blumen- und Kranzbinderei

Richard Engelke,
Reichenberger-Strasse 164,
Ecke Mariannenstr.
Specialität: **Vereinskränze.**

Stempel-Fabrik
von [5237L*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142.
liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1,50 M. an.**

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Sanssouci

Kottbuser Thor.
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstraße 77/79.

Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante

Dezember-Programm.

Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Hans Kayser

SO., Kiefholzstrasse, Platz 9,
empfiehlt sein grosses Lager in

Brennmaterialien

zu billigsten Preisen. L.*

Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest. Goldi., Brillanten jed. Art, gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Pfandl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für [50/11*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Für 20 Mark

fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zuthaten. **Weyer, Rosenthalerstr. 6/7.** Amt III 8324.

Lemkes Heizapparat

mit Chamotten, D. R. G. M. 104 318, in 5 Min. mit wenig Feuerung warme Zimmer, St. **4,50,** denn **7,50** u. **10 M.,** f. Küche 1 u. **2,25 M.**
Berlin, Sebastianstr. 4. 18489

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27—29. — Oranienstr. 52—55.

Spielwaren für Mädchen

Kugelgelenkpuppen

Grösse ca.	38	47	54	58 cm
mit Biskuitkopf und genähter Perrücke	2.50	2.90	3.50	4.25

Gelenkpuppen mit Strümpfen und Schuhen, Gr. ca. 36 cm 85 Pf.
Gekleidete Puppen Gr. ca. 29 cm 45, 35 cm 95 Pf.

	Gr. ca. 20	43 cm
m. Schlafaugen	1.10	2.60

	Gr. 34	39 cm
Puppenbälge mit Stoffbezug	28 Pf.	38 Pf.

Puppenbälge mit Lederbezug 40 bis 90 Pf.
Puppenköpfe Porzellan m. Haar u. Schlafaugen 45 bis 1.80
Puppenausstattung 95 Pf.
Besenständer 50 Pf.

Gekleidete Puppen

Gr. ca.	26	31	39	41 cm
Gekleidete Puppen mit weissem Batistkleid	75	95	1.90	2.90

Puppen-Bettstellen 35 Pf. bis 1.40
Puppen-Wiegen bronziert 2.85 Mk.
Puppen-Sportwagen 95 Pf. u. 1.85
Puppen-Sportwagen mit Verdeck 2.25
Badewanne mit Ständer und Puppe 25, 45, 85 Pf.
Badewanne mit Holzständer 95 Pf.
Fahrende Puppen 48 Pf. bis 2.85
Puppenzelte mit Möbeln 85 Pf.
Nähmaschinen 2.75, 4.50, 7.75

Puppenstuben 2.90 u. 4.50 Mk.
Puppenmöbel 45 Pf. bis 2.85 Mk.
Puppenküchen m. Einrichtg. 80 Pf., 1.30, 2.10
Puppenküche mit Speisekammer 2.90 u. 4.50
Küchenmöbel aus Blech 75 Pf. u. 1.50
Kochheerde 28 Pf. bis 1.50
Kaffeeservice Porzellan 45, 90 Pf., 1.50
Wirtschaftsartikel aus Blech 23 bis 90 Pf.
Plättbretter 35 Pf. bis 2.10 Mk.

Spielwaren für Knaben

Eisenbahn mit Uhrwerk 45 u. 90 Pf.
Eisenbahn mit Schienen 1 bis 4 Mk.
Holz-Eisenbahnen 45 u. 95 Pf.
Feuerwehrwagen d. Uhrwerk beweglich 75 u. 1.25
Menageriewagen mit Elefant 90 Pf.
Baukasten „Stella" Neuheit 60 bis 1.25
Steinbaukasten „Adler" 40 bis 2.75
Festungen aus Holz 45 Pf. bis 2.75
Menagerien u. Oekonomien 2.50

Schäferei, Hühnerhof 42 u. 90 Pf.
Druckereien 95 Pf. bis 3.75 Mk.
Werkzeuggarnituren 50 Pf.
Laterna magica mit Bilder 50, 90 Pf., 2.75
Dampfmaschinen 95 Pf. bis 4.75
Modelle Brunnen, Fontaine, Bagger etc. 40 bis 2.75
Zauberkasten 45 u. 90 Pf.
Tivolispiele 45 u. 90 Pf.
Neuheit. „Der gordische Knoten" 40 Pf.

Durch Uhrwerk beweglich;
Automobil 45 u. 90 Pf.
Schneider mit Nähmaschine 95 Pf.
Musiker mit Piano 2 Mk.
Segelboot 90 Pf.
Hund mit Ball spielend 50 Pf.
Elefant mit Ball spielend 95 Pf.

Meggendorfer Gesellschaftsspiele 45 u. 95 Pf.
Max u. Moritz auf der Leiter 48 Pf.

Kaufladen mit Schaufenster 2.25 u. 2.85
Pferdeställe 45 Pf. bis 2.90 Mk.
Gewehre 42 Pf. bis 2.85 Mk.
Säbel 30 Pf. bis 1.50 Mk.
Trommeln beide Seit. Fell 35 bis 95 Pf.

Kanonen 42 bis 95 Pf.
Hinterlader-Kanonen Neuheit! 2.90 Mk.
Geige mit Bogen 38 u. 90 Pf.
Klarinetten 30 u. 42 Pf.

Leierkasten „Intona" mit Note 10 Mk.
Leierkasten „Ariosa" „ 16 Mk.
Musikwerk „Edelweiss" mit 3 Noten 31 Mk.
Organola mit Harmoniumklang 9.50 Mk.
Klaviere 28 Pf. bis 2.85 Mk.

Kindertische 2.90, 3.75, 4.75 Mk.
Kinderstühle 85 Pf., 1.40, 2.85 Mk.

Kinderpulte 10.50, 13.50, 19 Mk., 23.50
Kinderstühle verstellbar 2.75 Mk.

Porzellan Steingut Glas

Tafelservice dekoriert, 30 Teile 14.75 Mk.
Kaffeeservice für 6 Personen 2.40 bis 4.50 Mk.
Satztöpfe 6 Stück 1.15 u. 1.35 Mk.

Waschgarnituren
2.80, 5 Mk., 7.50 Mk.

Bierbecher Goldrand 7, Biertulpen 25 Pf.
Groggläser geschliffen 20 Pf.
Käseglocken „ 50 Pf. u. 1 Mk.

Elektr. Glühbirnen

Normalfassung Dutzend 5.50 Mk.

Photographische Ateliers

Leipzigerstrasse 135 — *Rosenthalerstrasse 54* — *Oranienstrasse 55*

vorzügliche Aufnahmen, auch bei künstlichem Licht, von 8—8 Uhr

Visitbilder Dtz. 1.80 Mk. Kabinettbilder Dtz. 4.80 Mk.
Alle modernen Formate und Vergrösserungen zu billigsten Preisen.

Für das Weihnachtsfest bestimmte Aufnahmen bitten wir schon jetzt machen zu lassen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen die Uebergriffe der Polizei richtete sich eine vom Verein „Frauenwohl" einberufene Protestversammlung, die am Montag in der „Ressource" stattfand. Sie war sehr zahlreich besucht, der Saal wurde schon vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt. Der Minister des Innern, der Justizminister, der Polizeipräsident und der Chef der Sittenpolizei waren eingeladen worden, aber natürlich nicht erschienen, was vorausgesagt zu haben wir uns keineswegs als einen Beweis besonderer Prophetengabe anrechnen. Dagegen war die Polizei vor dem Lokal außerordentlich stark vertreten, vermutlich, um ihre Autorität zu wahren. Der erste Referent, der Reichstags-Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen, war, wie Frau Cauer mitteilte, durch die Verhandlungen im Reichstage verhindert, zu erscheinen. Zunächst sprach Fräul. Heymann aus Hamburg, dann Frau Scheven aus Dresden und schließlich Dr. Anita Augspurg. Die in letzter Zeit zahlreich bekannt gewordenen Fälle von Verhaftungen anständiger Frauen unter dem Verdacht der Prostitution, die schändliche Behandlung, die ihnen auf der Polizei zu teil wurde, gaben den Referentinnen ein reiches und schwerwiegendes Material zur Kritik.

In der Diskussion trat ein Herr Professor Hottinger auf, der die Kritik an der Polizei unberechtigt fand. Zum Beweise dafür legte er eine alte Dame auf den Tisch der Versammlung nieder (im Bilde gesprochen natürlich), die schon 30 Jahre in Berlin wohnt und noch nie belästigt worden ist. Wir schämen uns als Mann vor den Frauen für diesen Vertreter des männlichen Geschlechts. Etwas Dümmeres wird man nicht leicht zu einer ernsthaften Sache sagen können. Die Versammlung gab dem Herrn dringend zu verstehen, daß sie sich denn doch für zu gut halte, das weiter anzuhören. Er mußte à la Bachem aufhören.

Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die sich in sehr scharfen Worten gegen die in Rede stehenden Polizeimaßregeln ausspricht, die Bestrafung der schuldigen Beamten, aber auch die Abschaffung des § 361 6 des Reichs-Strafgesetzbuches sowie die gesetzliche Regelung des Strafvollzuges und die Entschädigung unschuldig Verhafteter fordert.

Sociales.

Felisch und Genossen.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt jetzt in Leipzig seine Generalversammlung ab. Nach Mitteilung des Vorsitzenden Felisch zählt der Bund jetzt 5700 Mitglieder, während noch 21 Verbände mit 1900 Mitgliedern außerhalb des Bundes stehen.

Aus dem Bericht des Ratsmaurermeisters Simon-Breslau über Arbeitseinstellungen sind einige Aeußerungen bemerkenswert. Herr Simon findet die Forderung auf Lohnerhöhung an rückständigen Orten verständlich, dagegen sei die Verkürzung der Arbeitszeit unberechtigt. Da handle es sich um eine sozialdemokratische Forderung, die zum Achtstundentag führe. Die Unternehmer des Baugewerbes müßten auch länger wie acht Stunden arbeiten. Das würde natürlich, auch wenn es zuträfe, nichts gegen die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter beweisen.

Herr Simon sprach auch über die Formen der Arbeitseinstellung und erklärte, daß **die teilweisen Arbeitseinstellungen und Sperren für die Unternehmer viel gefährlicher seien wie die allgemeinen Streiks.** Es bedürfe für die Unternehmer bei den Einzelstreiks einer gewissen Selbstüberwindung, um die Sache des einzelnen mit zu der eignen zu machen.

Ein Herr Ries aus Braunschweig meinte, daß den Arbeitern unter der Diktatur des Parteivorstandes empfohlen werde, einen Rummel zu machen, weil jeder Rummel die Partei fördere.

Gegen der Streikklausel soll ein erneuter allgemeiner Vorstoß gemacht werden. Namentlich der „Vierstädtebund" will demnächst in Hamburg energisch vorgehen.

Zum Arbeiterschutz wurde eine schnurrige Resolution angenommen. Sie lautet:

Die vierte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbes erklärt sich principiell für einen durchgreifenden Bauarbeiterschutz. In Anbetracht der Gefährlichkeit des Baubetriebes an sich hält sie jedoch eine vollständige Beseitigung aller Unfälle für unerreichbar und zu einer möglichsten Verringerung und Vorbeugung derselben die bestehenden Unfallverhütungs-Vorschriften für ausreichend.

Die Generalversammlung erblickt in einer Kontrolle der Bauten durch Arbeiter, die ihrem Bildungsgang nach dazu unbefähigt sind, ein durchaus ungeeignetes Mittel zur Erhöhung des Bauarbeiterschutzes und eine schwere soziale Gefahr. Sie protestiert aus diesen Gründen gegen die Anstellung von Gewerkschaftsvertretern als Baukontrolleure sowie gegen die gesetzliche Regelung einer derartigen Maßnahme.

Schnurrig nennen wir die Resolution deswegen, weil sie sich erst für einen durchgreifenden Arbeiterschutz erklärt und dann die bestehenden Vorschriften für ausreichend erklärt. Im übrigen ist sie aber ein Produkt des bekannten hochmütigen Herrentums, das den Arbeiter nur als Ausbeutungsobjekt betrachtet. In der Praxis ist ja selbst in Deutschland schon der Beweis erbracht, daß die Arbeiter nicht nur zur Kontrolle sehr geeignet sind, sondern daß auch die Betriebskontrolle durch Arbeiter sehr nützlich ist.

Gegen die Arbeitslosen-Versicherung sprach sich die Versammlung deswegen aus, weil sie den Unternehmern neue Lasten auferlege und dadurch **die nationale Produktionsfähigkeit beeinträchtige.** Worunter sich die Herren schwerlich etwas zu denken vermögen. Der einzige Gedanke, der sie beseelt, ist der des Krämers, der auf dem Pfennig sitzt und ihn hütet, als ob alle Seligkeit davon abhinge.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin hatte noch folgendes beantragt:

Die Generalversammlung wolle den Bundesvorstand beauftragen, bei den zuständigen Behörden zu petitionieren:

Um Anerkennung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bezw. Zugrundelegung derselben bei den Submissionsbedingungen an allen Orten, wo Kollektivverträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geschlossen sind für die Dauer dieser Verträge.

Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß man damit nur die Forderungen der Socialdemokratie unterstütze.

Dem Vorstande des Bundes wurde noch folgender Antrag zur Erledigung überwiesen:

Zur Verhütung der Beschäftigung im Ausstande befindlicher Arbeiter wolle die Generalversammlung in Leipzig beschließen:

1. Die obligatorische Einführung von Entlassungs-Bescheinigungen.

a. Arbeitgeber dürfen Arbeitnehmer ohne Entlassungs-Bescheinigung über ihre letzte Beschäftigung nicht aufnehmen.

b. Die Arbeitsbescheinigungen über die Beschäftigung des Arbeitnehmers innerhalb der letzten vier Wochen sind, wenn es gesetzlich zulässig ist, einzubehalten.

c. Arbeitnehmer, welche ausweislich ihrer Entlassungs-Bescheinigung vier Wochen vor Eintritt eines Ausstandes oder Verhängung einer Sperre innerhalb des betreffenden Gebietes gearbeitet haben, dürfen nicht beschäftigt werden.

2. Mitteilung der Namen derjenigen Betriebsunternehmer, welche ausständige Arbeitnehmer während eines Ausstandes oder einer Sperre beschäftigen.

Eine Befragung der Arbeiterorganisationen über die wirtschaftliche Lage wird in Hessen vorgenommen werden. Nachdem das hessische Ministerium zuvor die Handelskammern über die wirtschaftliche Lage befragt hatte, sind jetzt den Arbeitervertretern im Handelsministerium folgende Fragen vorgelegt worden:

1. In welchen Industrien haben Arbeiterentlassungen in größerem Maßstabe stattgefunden?
2. In welchen Industrien sind Feiertage oder Kürzungen der Arbeitszeit eingetreten?
3. Hat der wirtschaftliche Niedergang Lohnreduktionen zur Folge gehabt?
4. Ist im kommenden Winter eine Zunahme oder Abnahme der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahre zu erwarten?
5. Sind in günstiger Lage befindliche Industrien im stande, Arbeitslosen (auch ungelernten) Beschäftigung zu gewähren?
6. Sind nach Ihrer Ansicht Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitsnot erforderlich (sogenannte Notstandsarbeiten)?

Die Befragten werden zur Beantwortung der Fragen die Arbeiterorganisationen zu Rate ziehen.

Weberlöhne im badischen Hotzenwald. Aus dem badischen Oberland wird uns geschrieben: Die Vermutung Ihres Artikels über die elektrisch betriebenen Webstühle im Schwarzwald, der als Auskunftsperson zu den Verhandlungen der Kommission für die Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben nach Berlin berufene Obermeister Wenk von der Baslerischen Bandfabrik in Säckingen habe die in der Hausweberei des Hotzenwaldes bezahlten Löhne noch viel zu hoch angegeben, ist durchaus zutreffend. Sind 2 M. bis 2,50 M. pro Tag für eine Familie mit mehreren Kindern, wie sie in der fraglichen Gegend die Regel zu sein pflegen, wahrhaftig schon kein Lohn, der zur Ueppigkeit reizen könnte, so ist auch damit noch der Durchschnittsverdienst der Weber im Hotzenwald stark übertrieben. Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die bürgerliche Presse des badischen Landes, die die geplante Versorgung der Hotzenwälder Hausweberei mit elektrischer Kraft aus einer neu zu errichtenden Centrale am Rhein behandelte. Aus dieser Mitteilung — sie stammt offenbar vom Säckinger Bezirksamtmann, der als hervorragendster Förderer jenes Unternehmens gilt, und hatte deshalb gewiß nicht die Tendenz, die wirtschaftliche Lage der Hausweber des Hotzenwaldes schlimmer hinzustellen, als sie thatsächlich ist — konnte man entnehmen, daß der Durchschnittsverdienst einer Weberfamilie im Jahre sich dort auf etwa 500 M. beläuft, d. i. also **noch nicht ganz 1 M. 40 Pf. im Tag.** Es kommen dabei etwa 600 Familien mit zusammen mindestens 3000 Köpfen in Betracht, die — wie jene Notiz selbst sagte — über ein jährliches Gesamteinkommen von etwa 300 000 M. verfügen. Dabei ist eine tägliche Arbeitsdauer von 14 Stunden das wenigste, und es kann zur Sommerszeit, wenn die Leute nicht so viel Ausgaben für Beleuchtung haben, vorkommen, daß dieselbe bis auf 18, ja 20 Stunden gesteigert wird. Mann, Frau und alle nur halbwegs erwachsenen Kinder müssen dabei mithelfen, um den Hungerverdienst wenigstens einigermaßen ausreichend zu gestalten. Drüben in Basel und an den herrlichsten Punkten der badisch-schweizerischen Rheinlinie stehen die Paläste der Textilfürsten, die ihre Reichtümer der Ausbeutung der armen Hotzenwälder Weber verdanken, die man jetzt mit dem elektrischen „Doppelläufer" beglücken will, angeblich um ihnen eine Wohlthat zu erweisen, in Wirklichkeit jedoch nur, um das Maß der Ausbeutung noch zu steigern.

Versammlungen.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Wahlverein zwei Versammlungen zu gleicher Zeit ab. In der gut besuchten Versammlung, die im „Kölsner Hof" stattfand, sprach Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über „Die Wahl zum preußischen Landtage". Redner konnte seinen Vortrag allerdings erst um 10 Uhr beginnen, weil er durch die bekannten Vorkommnisse in der Reichstags-Sitzung jenes Tages am rechtzeitigen Erscheinen verhindert worden war. Infolgedessen unterhielten sich die Anwesenden während der vom Vorsitzenden so lange vertagten Versammlung in zwanglosen Gruppen lebhaft über den durch die Abendpresse bekannt gewordenen Parlamentskampf um den Antrag Kardorff, und hörten später mit vermehrter Aufmerksamkeit den packenden Ausführungen des Referenten zu. Dieser hob noch besonders hervor, daß es infolge der im Januar stattfindenden Landtags-Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen Professors Virchow der Arbeiterschaft des dritten Wahlbezirks verhältnismäßig leicht gemacht sei, auf Grund der jetzigen amtlichen Einteilung der Urwahlbezirke die erforderlichen Vorarbeiten für den nächstjährigen Wahlkampf zu treffen. Im Anschluß hieran ermahnte er die Wahlvereinsmitglieder dringend, alles zu thun, um die Wahlbeteiligung möglichst wirksam zu gestalten.

In der Versammlung bei Bernau, Schwedterstraße, sprach Dr. Alfred Bernstein über „Kautskys socialistische Lehren". Der Redner wandte sich in seinem Vortrage gegen die Ansicht, daß sich der Socialismus auf dem Wege der Reform allmählich aus dem Kapitalismus entwickeln werde, und erklärte, daß er in Hinsicht auf diese Frage vielmehr der Meinung Kautskys sei. Er wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Formen entgegenstellen, und deutete, wesentlich übereinstimmend mit den Anschauungen Kautskys, den Weg an, der aus der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in die socialistische hinüberführt. Der Vortragende schloß mit der Bemerkung, daß es unbedingt notwendig sei, daß man die großen revolutionären Ziele immer ins Auge fasse. In der Diskussion sprachen die Genossen Bartel und Thomas.

Der Verein deutscher Schuhmacher beschäftigte sich am 29. November mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Ball- und Reiseschuh-Fabriken. Es wurde festgestellt, daß nicht nur in den verschiedenen Fabriken für dieselben Artikel sehr verschiedene Löhne gezahlt werden, auch in den einzelnen Fabriken wird an die als Heimarbeiter thätigen Kollegen für die gleiche Arbeit verschiedener Lohn gezahlt. Es gelingt den Fabrikanten meistens ohne Widerstand Lohnreduktionen vorzunehmen, und das noch in der Hochsaison. Besonders hervorgehoben wurde, daß in der Fabrik von Fürstenheim, nachdem an mehreren geringeren Artikeln Lohnabzüge vorgenommen worden sind, auch von der weißen Arbeit 1,80 M. pro Dutzend abgezogen wurde, obgleich gerade für diese Specialität qualifizierte Arbeiter selten sind und gesucht werden. Die Versammlung verurteilte es auf das entschiedenste, daß die Arbeiter bei Fürstenheim nichts gegen diesen Abzug unternommen, und daß sie ihre Fabrik-Konferenzen nicht besuchen, um sich gegenseitig auszusprechen.

Der Verband der Sattler (Ortsverwaltung Berlin) hielt am 2. Dezember in den Arminhallen eine außerordentliche Generalversammlung ab. An Stelle Aßmanns, der wegen Veränderung seiner Berufsstellung das Amt niedergelegt hat, wurde Semmle zum Vorsitzenden der Ortsverwaltung gewählt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Diskussion über die Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1903, die in der vorigen Versammlung begonnen hatte, fortgesetzt. Standke als erster Redner erachtete für einen der wichtigsten Punkte, die den Verbandstag beschäftigen werden, die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, zu der es diesmal sicher käme. Nach seinen Berechnungen wäre es möglich, bei einem Wochenbeitrage von 35 Pf. an Arbeitslosen-Unterstützung fünf Wochen lang zu zahlen: bei einjähriger Mitgliedschaft wöchentlich 6 M., bei mehr als zweijähriger Mitgliedschaft wöchentlich 7,50 M., bei mehr als fünfjähriger Mitgliedschaft wöchentlich 9 M. Redner schlägt eine solche Abstufung vor und erklärt sich gegen eine Staffelung der Beiträge und Unterstützungssätze. Er ist weiter dafür, daß die Streikunterstützung nicht gleich, wie jetzt, sondern erst nach drei Tagen gezahlt werde und daß man den Centralvorstand statutarisch ermächtige, Unverheiratete aus Streikorten nach vierzehntägiger Streikdauer wegzuweisen. Den Agitationskomitees müßten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Notwendig wäre auch die Anstellung eines Beamten im Centralvorstand. — Blum rät, vorläufig die Arbeitslosen-Unterstützung so einfach wie möglich zu gestalten und Verbesserungen späteren Verbandstagen vorzubehalten, da es sich für den Verband nun ein Experiment handle. Er ist für eine Arbeitslosen-Unterstützung von je 7 M. für fünf Wochen bei einem erhöhten Beitragssatz von 40 Pf. Unter 40 Pf. Beitrag käme man nicht aus. Wenn der Verbandstag sich nicht darauf einigen könnte, dann müßten die Delegierten, weil der Verband sonst gefährdet wäre, gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sein. — Hesse stellt den Antrag auf Verlegung des Centralvorstandes und Ausschusses von Berlin. Berlin habe in seinem eignen Beamten eine Agitationskraft; es wäre deshalb im Interesse der Agitation praktisch, wenn der Centralvorstand mit dem anzustellenden Beamten in ein andres Berufscentrum versetzt würde. — Tannhausen erachtet es im agitatorischen Interesse für zweckmäßig, daß die Arbeitslosen-Unterstützung schon nach halbjähriger Karenzzeit gegeben werde, vielleicht für drei Wochen, und nach einem Jahre für sechs Wochen. — Beyer wendet sich gegen jede Art Verschlechterung des Streikreglements. — Es wurde beschlossen, noch über keinen der vorliegenden Anträge abzustimmen, sondern diese erst einer Redaktionskommission zu überweisen, die sie dann in gehöriger Formulierung den Branchenversammlungen vorlegen soll. Danach soll dann eine kombinierte Generalversammlung der Berliner Filialen darüber beschließen, ob und in wieweit sie der nächstjährigen Kasseler Generalversammlung des Verbandes zu unterbreiten seien.

Der Verband des technischen Bühnen-Personals berichtet über seine letzte Versammlung: Der Central-Vorsitzende erstattet den Agitations-Bericht; auf Veranlassung des Flugblattes haben sich Freiburg i. Br. und Bremen dem Verbande angeschlossen. Ein Kollege brachte eine Anregung, daß die Theater-Arbeiter keiner Unfall-Berufsgenossenschaft angehören, also auch nicht wissen, wer sie bei Unfällen unterstützt.

Coepenick. Am 28. November hielt der hiesige Wahlverein seine Versammlung im „Kaiserhof" ab. Auf der Tagesordnung stand unter anderm: Verkündung des Wahlresultats der Stadtverordneten-Wahlen. Hieran schloß sich eine längere Diskussion, in welcher die Genossen Herbst, Rochlitz und Riele die Handhabung einiger Verwaltungszweige hiesiger Stadt kritisierten, und die Absicht kundgaben, darin unbedingt Wandel schaffen zu wollen. Ferner nahm die Versammlung den Bericht von der General-Versammlung des Central-Wahlvereins entgegen und erklärte sich mit den dort gepflogenen Verhandlungen einverstanden.

Birkenwerder. Hier tagte am 30. November eine Volks-Versammlung, in welcher Franz Klopte-Berlin über das Thema „Wie stellt sich die Socialdemokratie zur heutigen Gesellschaft" referierte. Reicher Beifall lohnte dem Redner. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Heinz im Sinne des Referenten. Eine Resolution gelangte einstimmig zur Annahme, worin es heißt: Die Versammlung erhebt energischen Protest gegen den im Reichstag beabsichtigten Staatsstreich, und beauftragt die socialdemokratische Fraktion, im Reichstag mit allen Mitteln der Gesetzgebung dagegen zu kämpfen.

Charlottenburg. Der hiesige Konsum-Verein (E. G. m. b. H.) hielt am 1. Dezember im „Volkshause" seine von ca. 250 Personen besuchte ordentliche General-Versammlung ab. Der Geschäftsführer erläuterte das Ergebnis des am 14. Oktober abgelaufenen Geschäftsjahres. Der Gesamtumsatz belief sich auf 135 232,07 M., während sich der vorjährige nur auf 66 103,64 M. bezifferte. Die Zahl der Mitglieder ist von 940 auf 905 gestiegen. Im Laufe des Jahres wurde die dritte Verkaufsstelle eröffnet. Nach längerer Diskussion genehmigte die Versammlung die Berichte und beschloß, den Reingewinn nach dem Vorschlage der Verwaltung zu verteilen und auf die abgelieferten Warenmarken 4 Proz. zurückzuvergüten. Der Antrag des Aufsichtsrates, das Frauen-Genossenschaftsblatt zu abonnieren, wurde abgelehnt. Die zur Wahl stehenden Verwaltungs-Mitglieder vom Vorstand und Aufsichtsrat wurden wiedergewählt und beschlossen, das Gehalt des Geschäftsführers zu erhöhen, sowie der nächsten General-Versammlung eine Gehaltsstaffel vorzulegen.

In Königs-Wusterhausen fand am 30. November im Lokale des Herrn Widhorn eine Volks-Versammlung statt. Daselbst wurde einstimmig beschlossen, einen Wahlverein zu gründen. Derselbe erhielt den Namen „Socialdemokratischer Wahlverein für Königs-Wusterhausen und Umgegend". Als provisorische Vorstands-Mitglieder bis zur General-Versammlung wurden gewählt: Vorsitzender Hermann Heinig, Schriftführer Albert Wahle, Kassierer Adolf Palm. Dem neugegründeten Verein traten sofort 19 Mitglieder bei.

Gerichts-Zeitung.

Die staatsgefährliche Hausthür. Ein kammergerichtliches Urteil über das Recht der Polizei zum Einschreiten gegen politische Demonstrationen teilt die „Deutsche Juristen-Ztg." mit. Es handelt sich dabei um eine sozialdemokratische „Demonstration", dadurch begangen, daß jemand seine Hausthür zum Teil hat rot anstreichen lassen. Das Kammergericht hielt dies für unzulässig, da der Anstrich geeignet sei, „öffentlich ein Aergernis zu geben und berechtigten Anstoß zu erregen." Aus diesem Grunde war die Polizei auch befugt, den Anstrich zu verbieten — aber nur auf Grund der landrechtlichen Vorschriften, wonach die Behörden die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sowie zur Abwendung bevorstehender Gefahren zu treffen hat. Hinsichtlich des Zustandes der Gebäude ist die Polizei aber nicht nur auf die Wahrnehmung bautechnischer Rücksichten beschränkt, sie hat auch dafür zu sorgen, daß in keiner Hinsicht dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet wird. Von diesen Gesichtspunkten aus müsse die polizeiliche Anordnung, die rot angestrichenen Teile des Thores zu übermalen, für gerechtfertigt erachtet werden. Die deutschen Gärtner sollten sich nach diesem Urteil auf das Uebermalen der roten Rosen einrichten, die in ihrer Massenhaftigkeit ebenfalls öffentlich ein Aergernis geben und berechtigten Anstoß erregen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

B. R. 100. Wir kennen keinen Schriftstellerverband, der Witwen von Nichtmitgliedern unterstützte, ebenfalls unterstützt unseres Wissens der städtischen Stiftungsdeputation keine Stiftung, die dauernde Unterstützungen verbürgte. Fragen Sie immerhin bei der Deputation, Poststr. 16, an.

A. B. Ein solches Denkmal ist früher nicht auf dem Mariannenplatz vorhanden gewesen.

F. B. 50. Unires Wissens nicht.

J. R. 27. Wollen Sie uns mitteilen, auf welche Angelegenheit sich Ihre Anfrage bezog?

Nirwana. „Das" ist richtig, weil nicht Bildewerk.

F. U. Wenden Sie sich an das Bureau des Vereins für Feuerbestattung, Berlinerstraße 5.

Witterungsübersicht vom 3. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0° reduz. mm	Wind	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer auf 0° reduz. mm	Wind	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	758	O	1	bewölkt	—6	Haparanda	774	N	2	wolkig	—30
Hamburg	763	O	1	bewölkt	—7	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	762	NO	4	heiter	—12	Cork	766	SO	4	wolkig	8
Frankf./M.	757	NO	1	bedeckt	1	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	758	S	3	heiter	—8	Paris	758	SSO	2	bedeckt	5
Wien	755	S	4	halb bed.	5						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 4. Dezember 1902.

Trocken und vielfach heiter bei strengem Frost und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Heize

mit

5790L*

Anhaltische Kohlenwerke **MONOPOL** Mariengrube

Brikets

Niemand kaufe Petroleumglühlicht

ohne vorher den soeben erschienenen

SCHAPIRO-BRENNER MODELL 1903 Preis 6,50 mit Strumpf und Cylinder

probiert zu haben. Zu diesem Zwecke sind wir bereit, einen kompl. Schapirobrenner jedem Interessenten ohne Nachnahme und ohne Vorausbezahlung auf

5 Tage zum probeweisen Gebrauch

(vom Empfang der Sendung an gerechnet) auf unsre Gefahr und Kosten zu übersenden.

Das „Schapirolicht"

ist dem Gasglühlicht völlig gleich. Kein Blaken, kein Russen mehr! Glühstrümpfe bedeutend verbessert. Petroleumverbrauch ein Liter in 22 Stunden.

so dass sich der Apparat schon allein durch Ersparnis an Petroleum nach kurzer Zeit voll bezahlt macht. Der Schapirobrenner passt für jedes 14"' Bassin (39—40 mm Durchmesser der Bassinöffnung, für 10"' 24"' oder 30"' Bassins liefern wir passende Zwischenringe.

Alleinige Fabrikanten u. Patentinhaber

Hermann Hurwitz & Co.

BERLIN C.,

Stralauer-Strasse 56.

Patente in allen Staaten. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Billigste Photographische Handlung.

Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6×9 mit Zeit- u. Momentverschluß, M. 4,50. Hochelegant für 6 Aufnahmen, 9×12 mit 2 Spiegelsuchern, M. 9,00. **Unerreicht! Handcamera Germania** für 12 Aufnahmen, 9×12 mit regulierbarem Zeit- und Momentverschluß und Zählubr, M. 20,00; derselbe etwas **einfacher M. 15.00. Nussbaum Stativ-Apparat,** 9×12 komplett mit Objektiv-Stativ u. dopp. Kassette, M. 15,00, Größe 13×18 mit **doppeltem Bodenauszug** und Zahnrieb, komplett **M. 35.00** inkl. Aplanat mit Irisblende. Blitzlampe M. 2,00. **Elegante Preisliste gratis!** 5804Q*

Grass & Worff, Berlin,

Hauptgeschäft: Junkerstraße 1. Filiale: Potsdamerstraße 9.

Wiederverkäufer gegen hohe Provision gesucht.

Haupt-Katalog über Solinger Stahlwaren, Waffen, Lederwaren, Musikwaren, Pfeifen, Schirme, Stöcke, Feldstecher, Fernrohre, Haus- und Küchen-Gegenstände, Uhren, Ketten, Ringe, Brochen gratis u. frko.

Neuheit!!

30 Tage zur Probe.

Feuerzeug „Edison"

zur jahrelangen Benutzung! nur einen Druck und man hat sofort eine 103/15

hellleuchtende Flamme.

Zum Anstecken von Cigarren, Pfeifen, und dient auch gleichzeitig als Taschenlampe. Hochfein vernickelt, versenden gegen Einsendung v. 1,70 Mark (auch Briefmarken) frei ins Haus

Kirberg & Comp.

in **Foche** bei Solingen.

Alleinige Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Schneidig".

Tausende ehrende Anerkennungen.

Bequem in der Westentasche zu tragen.

Aeltestes Geschäft dieser Art am Platze.

Fritz Preuss

74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke Bergmannstraße, empfiehlt Freunden und Bekannten sein **Weiss- und Bayrisch - Bierlokal** nebst Vereinszimmer für 50 Personen.

Steppdecken

Gelegenheitskäufe!

Wollatlas, alle Farben, **4,85, 6,00**

Similiseide, alle Farb., **5,25, 6,00**

Special-Haus **Emil Lefèvre,**

Berlin S., Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Neu! Neu!

Wer seinen Kindern ein schönes Weihnachtsfest bereiten will, der kaufe ein Kistchen von unsren Genossen aus Lauscha selbst angefertigten **Glas-Christbaumschmuck.** 5659Q*

Ein überaus großes und schönes Sortiment, bestehend aus 7—8 cm großen Eiern und Kugeln, glatt u. eingestochen, bemalt, mit Chenille und feinem Silberdraht übersponnen. Phantasie-Artikel in allen Formen und Farben, 10 Strang versilberte und bemalte Strangkugeln, Eis- und Tannenzapfen, Schiff, Vogelbauer, klingende Glocken, Ballon, brillante Reflexe, eine Baumspitze, Aepfel, Birnen, Aprikosen und Früchte aller Art, Lametta usw.

Hierzu eine Gratisbeilage. Eine überraschende Neuheit der Glasbläserei, eine schön bemalte, 22 cm hohe Salonlampe. Das Kistchen gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung von nur 5 M. franco. Auch versenden wir in größeren Quanten und garantieren für **volle** Zufriedenheit der Käufer.

Guido Müller jun.
Lauscha, Thür.

Wurstbruch in schöner Ware von **50 Pf.** pr. Pfund an, sowie **Knochen, Knochenfleisch, Eisbeine** 2c. täglich frisch in unserem Detailverkauf-Laden **Berliner Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik Petersburger Platz 8.** 5103L.*

Für Photographien 852b lebensgroß Bebel, Liebknecht und Lassalle zu Preisen, die jeder Arbeiter zahlen kann, werden Vertreter für Berlin, Vororte und in allen Provinzen Deutschlands sofort gesucht. Offerten mit näherer Angabe postlagernd **Berlin C. 22 u. E. P. A.** erbeten.

Musikwerke,

mit auswechselbaren Notenscheiben. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahlung. **Neue Königstr. 47,** II Treppen, Alexanderplatz. [5669Q*

Ein großer Teil des Publikums

verschließt sich oft der Ankündigung irgend einer Firma in den Zeitungen, und sicher mit Unrecht, wenn es sich um außergewöhnlich günstige Angebote handelt und bei denen der ausgezeichnet gute Ruf und das hervorragende Renommee der genannten Firma eine sichere Bürgschaft für reelle Bedienung bietet. Und machen Singer u. Co., Chausseestr. 56, wiederholt darauf aufmerksam, daß dieselbe in erster Reihe zu diesen Firmen gehört und daß gerade diese Firma während ihres 15jährigen Bestehens Beweise geliefert hat, daß ihre Angebote stets die

Erwartung des kaufenden Publikums übertroffen haben.

In dem diesjährigen Weihnachtsverkauf des bekannten Kaufhauses Singer u. Co., Chausseestr. 56, kommen

große Gelegenheitskäufe zu Weihnachts-Geschenken

geeigneter Waren enorm billig zum Verkauf. Von der sprichwörtlichen Billigkeit haben sich Tausende von Käufern überzeugt, und wollen wir auch heute zum Beweise dafür einige ganz besondere Gelegenheitskäufe hervorheben.

Hauskleiderstoffe in 10 verschiedenen Mustern, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **1.50** Mk. — Velour-Flanelle in großer Auswahl, 6 Mtr., das Kleid **1,35** Mk. — Gingham für Hauskleider, waschecht, 6 Mtr., das Kleid **1,95** Mk. — Schwere Winter-Lodenstoffe, einfarbig, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **2.10** Mk. — Schwere Kostümstoffe in großer Auswahl, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **2,70** Mk. — Helle Sommerstoffe von letzter Saison, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **2,70** Mk. — Reinwollene einfarbige Cheviots, auch schwarz, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **3,00** Mk. — Schwere Homespune-Stoffe, 110/115 Cmtr. breit, das Kleid **3,25** Mk. — Schwarze reinwollene Cheviots und Alpacca-Stoffe, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **3,30** Mk. — Elfenbeinfarbige Alpacca-Stoffe, doppelbreit, das Kleid **3,30** Mk. — Schwarzweiße Kostüm-Stoffe, große Breite, das Kleid **4,25** Mk. — Braune reinwollene Kostüm-Stoffe, große Breite, das Kleid **4,25** Mk. — Noppen-Stoffe in englischem Geschmack, vorzügliche Qualitäten, doppelbreit, 6 Mtr. das Kleid **3,90** Mk. — Gestreifte Alpacca-Stoffe, vorzügliche Qualitäten, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **3,90** Mk. — Einfarbige Zibeline-Tuche, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **4,50** M. — Tuch-Kostüme-Röcke, mit angesetztem Volant, **2,75** Mk. — Alpacca-Kostüm-Röcke, ganz gefüttert, **2,25** Mk. — Schwarzweiß-Kostüm-Röcke, mit angesetztem Volant, neuester Schnitt **3,50** Mk. — Blusen aus Velourflanell **1,10** u. **1,75** Mk. — Sammet-Blusen, reich gesteppt, ganz auf Futter, **3,75** M. — Reinseidene Blusen „Japan. Seide", ganz gefüttert, **4,50** Mk. — Velour-Morgenröne in verschiedenen Größen **2,50** Mk. — Pelz-Velour-Morgenröcke mit Sammetgarnierung **4,00** Mk. — Velour-Matinées **1,75** Mk. — Tuch-Unterröcke mit garniertem Volant **1,45** Mk. — Prima Moiré-Unterröcke mit breitem Volant **2,85** Mk. — Seidenglänzende Kloth-Unterröcke mit und ohne Flanellfutter **1,95** Mk. — Weiße Bettbezüge, Deckbett und zwei Kissen, mit Litze, fertig genäht, **3,00** Mk. — Weiße Bettlaken ohne Naht, fertig gesäumt, **85** Pf. — Glatter Hemdentuch, Stück von 20 Mtr., **4,80** Mk. — Damenhemden, mit Spitze garniert, **55** u. **85** Pf. — Damenhemden, Achselschluß mit Handstickerei, **1,20** Mk. — Weiße Damen-Nachtjacken aus Piqué-Parchend **75** u. **95** Pf. — Weiße Damen-Beinkleider aus Renforcé mit Stickerei **0,75** u. **1,00** Mk. — Velour-Unterröcke, 2 Mtr. weit, **85** Pf. — Weiße Damast-Handtücher, 50 Cmtr. breit, Dutzend **3,50** Mk. — Weiße Gerstenkorn-Handtücher, 50 Cmtr. breit, Dutzend **2,90** Mk. — Weiße Damast-Servietten, 45 Cmtr. groß, fertig gesäumt, Dutzend **2,25** Mk. — Thee-Gedecke mit 6 Servietten **1,15** Mk. — Weiße Taschentücher, auch mit bunter Bordüre, fertig gesäumt, Dutzend **1,50** Mk. — Weiße Tischtücher, Hausmacher Gewebe, **50** u. **75** Pf. — Winter-Normalhemden für Herren **0,75** u. **1,20** Mk. — Winter-Normalhosen für Herren **0,78** u. **1,20** Mk. — Elfenbeinfarbige reinwollene Cheviots, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **4,10** Mk. — Reinwollene Damentuche, hervorragende Qualität, doppelbreit, 6 Mtr., das Kleid **5,20** Mk. — Aparte Neuheiten in eleganten Qualitäten, schwarzweiß und einfarbig, große Breite, das Kleid **5,75** und **6,75** Mk. — Gestreifte Blusen-Sammete, in neuen modernen Farbenstellungen, vorzügliche Qualitäten, 4 Mtr. Sammet, die Bluse **3,40** Mk. — Aparte gestreifte Blusenstoffe, für elegante Blusen, doppelbreit, 2 Mtr., die Bluse **1,50** Mk. — Reste für elegante Kostüm-Röcke, in Homespune-, Zibeline-, Noppen- und reinwollenen Cheviot-Stoffen, große Breite, 3 bis 4 Mtr. enthaltend, jeder Kostüm-Rock **1,95** und **2,65** Mk. — Reinseidene Damassés, schwarz und farbig, große Musterauswahl, 12 Mtr., das Kleid **15.00** Mk. — Reinseidene leichte Ball- und Gesellschaftsroben, in prachtvollen Lichtfarben, 12 Mtr., das Kleid **7,00** Mk. — Reinseidene Merveilleux, schwarz, gute Qualitäten, 12 Mtr., das Kleid **15.00** Mk. — Schwere reinseidene Damassés, Broccats und Merveilleux, hervorragende Qualitäten, große Farben und aparte neue Muster, 12 Mtr., das Kleid **22.50** und **30,00** Mk. — Für Brautkleider! Reinseidene elfenbeinfarbige Damassés und elfenbeinfarbige Kleider-Atlasse, Reste, enthaltend 14 bis 20 Mtr., das Kleid **18,00, 24,00** und **30,00** Mk. — Reinseidene und waschseidene Blusen-Reste, in ganz neuen reizenden Mustern, prachtvolle Qualitäten, eingeteilt in 4 Mtr., jede Bluse **2,20** und **3,60** Mk.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft verkäuflich, billige Miete, Markusstr. 16. 811b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 13738*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Futtaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 13078*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 50/3*

Damenpaletots. Jacketts, Capes, elegante Reisemuster 4,50 bis 9 Mark verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 733b*

Tricotagen, Massenauswahl, fabelhaft billige Gelegenheitskäufe.

Kleiderstoffreste, bedeutend unter Preis.

Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, außerordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Leuchter mit Feuerzeug. Markus, Reinickendorferstraße 7a. 1442R*

Krawattenstoffe, große Auswahl. Schwarze Seidenstoffe, Blusenstoffe, sehr billig. Wallnertheaterstraße 30. 788b

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Kostümröcke, Stühle spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 50/3*

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstraße 20. †92*

Verkaufe meine drei Zimmer Möbel, großer Muschelspiegel 15,00, Säulentrumeau 35,00, Schränke, Bettstellen, Tische, Stühle, Garnitur, Paneelsofa, Teppiche, Oelgemälde, Zither, Nußbaumbuffett, alles noch neu, spottbillig Gartenstraße 148, I, nahe Stettinerbahn. †133*

Säulentrumeau, geschliffen, 40 M., Strausbergerstraße 6a, I. [46/10*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Strickmaschinen auch Teilzahlungen Bredereck, Engel-Ufer 20. 47/16*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, Central-Bobbin, Orion (Rotations-Bobbin), Vesta, Jamhourier, Elastic, Säulen- und Biesen-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 13878*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13398*

Christbaumschmuck. Riesige Auswahl. Billigste Einkaufsquelle für Geschäfts- und Händler. A. M. Görnemann, nur Lindenstraße 47, I. †86*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Matstoffen herrührend, 18—38, Beinkleider 7—11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. 792b

Nähmaschinen, Fahrräder, spottbillig. Pfandleihhaus, Sendelstraße 20.

Zwei Mark ein viertel Dutzend Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Parchendhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie eleganteste Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, Dircksenstraße 21, Nähe Polizeipräsidium. 79/7

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Christbaumschmuck für Händler von 20 Pf. an in reichster Auswahl. Müller, Albrechtstraße 16. 747b

Verschiedenes.

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Raterteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 13265*

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung.

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 801b*

Zahnatelier C. Gedicke, Stargarderstraße 3. †137*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. 802b

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung Paulstraße 7, Lagerspeicher. *

Fahrrad kauft Raßlaff, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Gesangverein sucht Saal oder Anschluß, Maskenball, Februar. Gradhandt, Prenzlauer Allee 215. *

Vereinszimmer, großes frei, Simeonstraße 23, Flck. 13349*

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 816b*

Zeugen gesucht, welche am 23. September 1901 den Vorfall sahen, wie die Straßenbahn Bülow-, Ecke Ziethenstraße einen Radfahrer überfuhr. Adressen Schulzendorferstraße 14, Bäckerei erbeten. 856b

Blasorchester sucht Mitglieder (Tuba). Donnerstags. Borchardt, Köpnickerstraße 138, Restaurant. 851b

Platina, Gold, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Rehrgold kauft Brod, Wrangelstraße 4. 51/1

Metallbruch, Lumpenabfälle kauft höchstzahlend, holt ab Mietzling, Oppelnerstraße 11. †18

Verloren am Abend des 29. November eine Aktenmappe, Inhalt Grundbuchsachen, Hypothekenbriefe, Dokumente. Für den Finder vollständig wertlos. Vom Verlierer hohe Belohnung zugesichert. Abzugeben bei Schwenn, Manteuffelstraße 13, vorn IV, oder unter Beifügung des Namens vom Finder an das Amt abzusenden. 858b

Vermietungen.

Wohnungen.

Leere Zimmer, 1 bis 3, passend für Anwalt oder Musterlager sofort, Gerson, Ritterstraße 24, II. 850b

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobey, Kolbergerstraße 26. 812b*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Seher, Adalbertstraße 40, bei Schmidt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Gesanglehrer gesucht vom neugegründeten Gesangverein. Meldungen bis spätestens Freitag erbeten (Uebungsstunde) Restaurant Hugo Briebel, Berlin O., Kronprinzenstraße 49. †116*

Tüchtiger Packer auf Goldleisten wird verlangt bei Neumann, Hennig & Co., SO., Zeughofstraße 21. 853b

Tüchtige Preßvergolder finden dauernde Beschäftigung bei Ferdinand Stange, Papierausstattung, Beuthstraße 3. 849b

Reisenden für abends von 6 bis 9 Uhr zum Besuch von Kasernen sucht Ritter, Sebastianstraße 4. 51/10

Tüchtigen Ausschneider verlangt Goldleisten-Fabrik Reichenbergerstraße 88. †18

Wollhäklerin, Kinderröcke, verlangt Güldenpfennig, Görlitzer Ufer 21. †18

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Redakteur gesucht.

Wir suchen zu möglichst sofortigem Antritt einen **zweiten Redakteur,** der mit den sächsischen und lokalen Verhältnissen vertraut ist. Anfangsgehalt 1800 M.

Bewerber wollen ihre Offerten mit Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit bis **10. Dezember** richten an den

Verlag des „Sächsischen Volksblattes"
Seifert & Co.,
Zwickau, Richardstr. 15.

Schlossermeister!

Erstklassige Bettstellen-Fabrik sucht per sofort einen mit der Bettstellen-Fabrikation durchaus vertrauten Schlossermeister. 5886Q*

Offerten an die Exp. unter **T. 7.**

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:

Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lur u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krausstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.

Die Ortsverwaltung.

Möbelpolierer.

In der Werkstatt von **Equitz,** Große Frankfurterstr. 125, haben die Kollegen wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt. 147/14

Um Zuzug fernzuhalten ersucht

Der Vorstand.

Achtung Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krausstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Julius, Höchststr. 17.
Hahn & Retzkow, Weissensee, König-Chaussee 71.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend

Achtung! Töpfer!

Wegen Nichtbenutzung des Arbeitsnachweises sind gesperrt: **Gebauer, Jahnke, Schlaffke, Henckel** (Klopstockstraße), **Arnold** (Fürstenwalderstraße), **Kormann** (Leipzigerstraße), **August Günther** (Bau Rosbenbergstraße 29) und **Salinger** (Bau Sommer, Schreinerstr. 67).

Wegen Maßregelung sind gesperrt: **Jakob u. Metzer** (Zorndorferstraße 33).

Ferner bleibt bis auf weiteres der Bau Prinzen-Allee wegen der ablehnenden Stellung des Bauherrn in Bezug auf die Fensterfrage gesperrt.

Die Sperre über den Bau: **Kantstraße** (Charlottenburg) ist aufgehoben. 206/16

Der Vorstand der Filiale Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.